

Er scheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 2,50 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Voll-Abonnement:
3,50 Mk. pro Quartal, halbes Jahr
6,00 Mk., ein Jahr 10,00 Mk., für das übrige
Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Post-Zeitungsbefreiung
für 1894 unter Nr. 7126.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die
fünftägige Zeitungs- oder deren
Raum 40 Pf. für Vereins- und
Veranstaltungs-Anzeigen 20 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis 4 Uhr nachmittags in
der Expedition abgegeben werden.
Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
und Festtagen bis 9 Uhr vormittags
geöffnet.

Verantwortlicher: Just 1. Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 11. Dezember 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Am Spiegel des Auslandes.

Nachdem im „heiligen Krieg“ von 1870/71 der Beweis geliefert worden ist, daß Deutschland mehr Soldaten und besser gedrückte Soldaten hatte als Frankreich, ist es bei unseren Patrioten Mode geworden, verächtlich auf die anderen Staaten herabzusehen, die nicht so viele und so gut gedrückte Soldaten haben wie wir. Lobt uns das Ausland, so nehmen unsere Patrioten das mit herablassendem Lächeln als selbstverständliche Puldigung hin — tadelt man uns, so sagen sie mit hochmüthigem Nasenrumpfen: „Der pure Neid!“

Nun, die Sache ist doch etwas anders. In Deutschland sind die letzten Reste der Pressefreiheit fast unterdrückt — kein freies Wort kann mehr gesprochen werden, ohne daß der Sprecher Gefahr läuft, auf Monate und Jahre eingesperrt zu werden. Kurz, es ist jetzt in Deutschland ungefähr so, wie es vor 110 und 120 Jahren in Frankreich war — nur noch etwas schlimmer. Und damals flüchtete der Gedanke und das Wort sich nach Holland, — in die Schweiz — ins Ausland.

Nach sind wir in Deutschland nicht so weit gekommen, daß die Oppositionsparteien, namentlich wir Sozialdemokraten das geistige Kampffeld ins Ausland verlegen müssen. Ist auch die Presse bei uns mehr geknebelt als damals in Frankreich, so haben wir dafür andere Hilfsmittel, die den Franzosen fehlen. Immerhin hat die Presse des Auslandes für uns eine größere Bedeutung gewonnen: nur in ihr können wir das Urtheil freier Menschen über unsere Zustände lesen. Daß dieses Urtheil vielfach besangenen ist — durch nationalen Dünkel, durch Parteilichkeit, durch ungenügende Kenntniß unserer Verhältnisse — das ist wohl wahr, allein wo diese Hindernisse eines richtigen und gerechten Urtheils fehlen, da muß gerade das Urtheil von Ausländern, weil es objektiv und frei von patriotischer Selbsttäuschung ist, für uns ein ganz besonderes Gewicht haben. Namentlich gilt das von solchen Ausländern, die durch die politische und geschichtliche Entwicklung ihres Landes in der Lage sind, sine ira et studio — ohne Voreingenommenheit, ohne Haß und ohne Liebe, und von einer etwas erhöhten, also einen Gesamtüberblick ermöglichenden Warte unsere politischen und sozialen Zustände zu betrachten. Und das alles trifft bei England und den Engländern zu. Die Engländer sind ein dem unseren stammverwandtes Volk, und wenn wir Deutsche uns mit Stolz unseres Germanenthums rühmen, so haben die Engländer sogar noch ein größeres Recht, sich dessen zu rühmen, denn sie haben relativ weit mehr germanisches Blut als alles in allem genommen wir Deutschen. Die Engländer waren sich jederzeit ihrer nationalen Verwandtschaft mit uns bewußt, und wenn sie mitunter eine nicht ganz angenehme Ueberlegenheit zur

Schau tragen, so findet das in den Thatfachen seine natürliche Erklärung. Die politischen Verfassungsfragen, mit denen wir in Deutschland uns jetzt noch abquälen, sind von den Engländern seit zwei Jahrhunderten endgiltig entschieden worden, und seit drei Menschenaltern — seit dem reaktionären Rückschlag der Kriege mit Frankreich — sind die Engländer über die Kinderkrankheit der politischen Tendenzenprozesse und politischen Staatsstürzen hinaus, die uns jetzt so heftige Schmerzen und Krämpfe bereitet. Wenn wir uns an die Stelle der Engländer versetzen, so können wir ihnen ihr Gefühl der Ueberlegenheit sicher nicht verargen — an ihrer Stelle würden wir es auch haben. Um die Unparteilichkeit des englischen Urtheils über Deutschland darzutun, sei nur noch erwähnt, daß England zwar schon oft der Verbündete Deutschlands, niemals aber im Krieg mit Deutschland gewesen ist — die deutschen Fürsten, die als Verbündete Napoleons England bekriegten, rechnen wir nicht zu Deutschland. Und auch heute ist die politische Konstellation, trotz der namenlosen Wirrnisse, die durch die Fäulniß der kapitalistischen Gesellschaft und damit zusammenhängend die Unfähigkeit der modernen Diplomatenkunst herbeigeführt worden sind — trotz dieser Wirrnisse und trotz der Hezereien der leider ziemlich zahlreichen Russen in Deutschland, ist auch heute ein ernsthaftes Jermüth, geschweige ein kriegerischer Zusammenstoß zwischen Deutschland und England einfach unmöglich. Und sollte es — was das Achtmillimeter-Gewehr verhüten möge! — zu einem europäischen Krieg kommen, so ziehen zwingende Interessen Deutschland zu England und England zu Deutschland.

Kurz, es sind bei den Engländern alle Bedingungen vorhanden, welche Objektivität des Urtheils in bezug auf Dinge und Menschen in Deutsch- und gewähreleisten.

Und wie urtheilen die Engländer? Was die sozialistischen, die demokratischen, die radikalen, ja sogar die liberalen Zeitungen äußern, das lassen wir hier bei Seite. Man könnte einwenden, all diese Organe vertreten einen der deutschen Reichsregierung entgegengesetzten Standpunkt, und entbehren bei Beurtheilung ihrer Handlungen der nöthigen Objektivität.

Die deutsche Regierung nennt sich und läßt sich von ihren Anhängern nennen: eine konservative Regierung — ob mit recht oder unrecht, das bleibe dahin gestellt. Gut — beschränken wir uns ausschließlich auf die konservative Presse: Die „Times“ ist konservativ. Die „Times“ schrieb dieser Tage, daß, dank der Anarchie in gewissen Kreisen, für eine europäische Intervention in Berlin mehr Grund vorhanden sei als in Konstantinopel, nur habe man hier keinen festen Punkt, wo der Hebel sich ansetzen lasse. Der „Standard“, das Haupt-Tagesorgan der konservativen Regierung, brachte schon vor Beginn des Sedan-Kurses über die deutsche Fiktionspolitik eine Reihe von Artikeln, die unsere offizielle Presse zu einer heftigen Polemik veranlaßten, und deren Wieder-

gabe sich uns schon damals aus pressgefehligen Gründen verbot. Die Leistungen des Sedan-Kurses haben die Sprache des „Standard“ derart verschärft, daß der wesentliche Inhalt der Kritik in deutschen Zeitungen auch nicht angedeutet werden kann. Das vornehmste konservative Wochenblatt Englands, die „Saturday Review“ bringt in ihrer letzten Nummer (vom Sonnabend, den 7. Dezember) über die deutschen Zustände einen längeren Leitartikel und eine redaktionelle Betrachtung. Der Leitartikel führt einen Titel, dessen Wiedergabe einem deutschen Redakteur ein Jahr Gefängniß einbringen würde — und der Titel ist noch das harmloseste an dem ganzen Artikel, der gut zwei Kolonnen füllt. Erwähnen wollen wir bloß, daß die „Saturday Review“ ausdrücklich betont, die deutsche Sozialdemokratie habe sich vom Standpunkt des Gesetzes und der Verfassung durchaus korrekt verhalten. Das redaktionelle Entrefilet dagegen ist so gefaßt, daß wir das Wagniß wenigstens einer theilweisen Uebersetzung verantworten zu können glauben. Es heißt da:

Der plötzliche Ausbruch der Pressverfolgungen in Deutschland zeigt, welchen Werth die Gesetze haben ohne eine ganz unabhängige Gerichtsbarkeit, welche sie auslegt. Als der Reichstag das Pressegesetz von 1874 machte, verkündigte er als Grundfals die Freiheit der Presse. Eine sonderbare Pressefreiheit, die den Redakteur der „Preussischen Jahrbücher“ zwingt, sich trotz seines schwerfälligen ernsten Konstitutionalismus gegen eine Anklage auf Hochverrath im Kleinen (petty treason) zu vertheidigen, während die achtungswürdige Langeweile eines periodischen Blattes: der „Eichschen Kultur“ den Redakteur nicht vor drei Monaten Einsperrung schützt. Ein deutscher Richter kann in einer unschuldigen Bemerkung eine „Majestätsbeleidigung“ oder eine Aufreizung der verschiedenen Bevölkerungsklassen entdecken, — § 95 oder § 181 fällt als Keule nieder, und vorbei ist es mit der Pressefreiheit.

Es ist recht betrübend — a little disheartening — zu sehen, wie Deutschland zurückgeht im selben Augenblick, wo Oesterreich im Begriff ist, sein Pressegesetz im liberalen Sinne umzugestalten. Kehrt der „Kulturstaat“ — als welcher Deutschland einst galt — wieder in den Zustand zurück, von dem Voltaire sagen konnte:

Sans l'agrément du Roi vous ne pouvez penser;
Pour avoir de l'esprit aller à la police?
Ohne Erlaubniß des Monarchen dürft
Ihr nicht denken;
Wollt Ihr Geist und Gedanken, so geht
zur Polizei.

So die „Saturday Review“.

Ist der Spiegel des Auslandes ein Hohlspiegel? Ist es ein Herrbild, das er zurückwirft? Schön ist's nicht. Aber ist's unwahr? —

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Roman aus der Gegenwart von

H. W. M. von Walthausen.

„Das ist — Ist er da?“ Brambach athmete auf. War ihm ein Retter erschienen? Er blieb stehen und sein Gesicht erhellte sich sichtlich.

„Ja, Papa, der englische Major John von Sherman ist da. Ich wußte schon vorige Nacht, daß er kommen würde, ich träumte von ihm, er brachte Unglück ins Haus.“

„Statt dessen hat er Dir und der Mama gewiß etwas Schönes mitgebracht. Komm!“

„Ja, er hat viele Geschenke mitgebracht. Darum nennen wir ihn wohl den englischen Major?“

„Ja, und weil er ein geborener Engländer aus Yorkshire ist. Er diente in unserer Armee als Hauptmann und nahm wegen Kränklichkeit seinen Abschied. Bei Deinen Großeltern wohnte er.“

„Bei Mamas Vater?“

„Ja, ich lernte ihn kennen im Hause des pensionirten Premierlieutenants Boheimb. Du siehst also, daß es mich drängt, einen alten W. kennen zu begrüssen.“

Unter diesen Gesprächen waren Vater und Tochter die Treppe des Wohnhauses emporgestiegen. Brambach bemühte sich, so heiter als möglich zu erscheinen. Seinem Liebling gegenüber durfte er kein Wort äußern, in welcher Bedrängniß er sich befand. Diese zarte Mädchenblüte durfte nicht ahnen, welches Sturmgebüll über dem Hause Brambach schwebte. Auch der Major sollte nichts merken.

Als Clotilde die Thür des großen Empfangszimmers öffnete und rief: Da ist der Papa! trat Brambach sehr freundlich und klopfend ein und ging, beide Hände ausstreckend, auf den Major zu.

„Was höre ich! Unser getreuer Freund ist da! Seien Sie mir herzlich willkommen, Herr Major!“

Gruß des Hausherrn erwiderte, schüttelte ihn dieser nochmals beide Hände und sagte: „Das trifft sich ja herrlich, daß ein so lieber Gast unseres Hauses zu meinem Ehrentage hier einzieht, das soll uns das Fest erhöhen.“

„Und ich schätze mich glücklich“, begann der Major, indem er seine lange, hagere Gestalt hoch aufrichtete, in fremd klingendem Accent, „daß ich der Erste sein kann, der Ihnen die besten Glückwünsche darbringt.“ Sein bleiches, kaltes Gesicht verstrahlte sich zu einem Lächeln.

„In Ihrer mir werthen Familie, fuhr er fort, habe ich schon manche schöne Stunde verlebt, habe nirgends so angenehme Partner zum Whistspiel gefunden, wurde nirgends löstlicher bewirthet. Das Leben in Ihrer Familie ist mir zum Bedürfniß geworden. Ich beileide mich, um heute hier einzutreffen, und besonders ist es die treffliche Birthin und Hausfrau, Ihre Frau Gemahlin, der ich zu dem Familienfeste gratuliren muß.“

Er verbeugte sich, trat zu der abseits stehenden Gattin Brambach's und küßte ihre Hand.

Jetzt erst schien sie von ihrem Manne bemerkt zu werden.

„Georgine!“ rief Brambach ganz erstaunt aus, „Du gehst ja prächtig. Solch kostbares Gewand sah ich noch nie bei Dir.“

Dem Wunsch des Herrn Major nachzukommen habe ich mein neuestes Prachtgeschenk sogleich angelegt,“ sagte triumphirend Georgine und rauchte daher an Brambach's Seite.

„Das ist zu köstlich, Georgine! Daß sehen, ein rothes Sammetkleid mit Goldbrokat-Überwurf. Das nimm' ich ein Geschenk!“ — Sie machen meine Frau eitel, Herr Major.“

„Nicht das Kleid, die schöne Gestalt, das harmonische Neugeborene eine anmuthige Erscheinung,“ bemerkte der Major, seine Augen wie in Verückung auf Georgine geheftet. Man sah es ihm an, daß er sich freute, einen solchen Anblick sich verschafft zu haben.

Georgine, ein üppig gebautes, schönes Weib in ihren besten Jahren sah über alle Maßen vortheilhaft und imponirend in der neuen Robe aus. Der runde, weiße Hals und Nacken kamen bei dem tiefen Ausschnitt des Kleides zur vollen Geltung. Eine vierreihige, echte Perlenkette hob durch ihr Glitzern die Weiße der Wüste, an der eine Rose sich wiegte. Das in der Mitte gescheitelte braune Haar, welches in einem Lockenschignon endigte, umrahmte das ausdrucksvolle leichtgeröthete Antlitz zu einem schönen Oval und spielte um Nacken und Schulter. Orangefarbene Handschuhe umwoben den vollen, runden Arm und reichten fast bis zu den kurzen Puffärmeln. Ein glänzender knapper Schuh mit bligender Agraffe vollendete den wahrhaft fürstlichen Anzug.

„Sieh nur, Papa, die wundervollen Armbänder, welche Mama und ich vom Herrn Major erhielten, sind sie nicht reizend?“

„Viel zu kostbar und brillirend, besonders für Geschöpfe, die noch in den Kinderschuhen herumlaufen.“

„Aber Papa!“

„Ihr geht mir überhaupt zu prunkvoll für unseren Stand.“

„Heinrich!“ stieß Georgine beleidigt hervor. „Aus Dankbarkeit für den Major müssen wir seine Gaben doch würdigen und tragen. Gerade heute. Der König soll sie sehen.“

Brambach wollte etwas erwidern, aber Georgine schnitt ihm die Rede ab, indem sie einen Strauß Rosen zeigte und sagte: „Denke Dir, Heinrich, diese Rosen sind aus Rizza.“

„Die Hälfte des Straußes gehört mir, Mama“, sagte Clotilde, nahm den Strauß aus Georgines Hand und zeigte ihn Brambach.

„Betrachte sie Dir nur einmal, diese Blumen, näher, und erquicke Dich an dem würrigen Dufte, lieber Papa.“

Georgine stand, die Blicke des Majors auf sich gefesselt — sie wollte das Kleid nicht drücken, wollte sich nicht

Politische Uebersicht.

Berlin, 10. Dezember.

Aus dem Reichstage. Herr Richter hat viele Feinde und ein angenehmer Gesellschafter soll er selbst für seine nächste Umgebung nicht sein, aber seine Etatsreden werden von Freund und Feind gerne gehört. Auch heute fanden seine Ausführungen aufmerksame Zuhörer im Hause wie auf den Tribünen, obwohl — aufrichtig gestanden — wir schon bessere Reden vom Führer der freisinnigen Volkspartei gehört haben.

Der Grund dafür liegt nahe. Mit dem Verschwinden des Herrn v. Köller hat die Regierung ihre aggressive Spitze verloren und bei den bürgerlichen Parteien ist deshalb die Parole ausgegeben: Abwarten! Unter dieser Parole liit die Rede Richter's, wie sie gestern der Grund für die unerwartete Schweigsamkeit der Konservativen beim Antrag auf das Einstellungsverfahren gegen Liebknecht war.

Allgemeine Ueberraschung verursachte es, als nach Richter der Reichskanzler das Wort ergriff. Man weiß, daß der Kanzler ungern öffentlich spricht und wer den alten Herrn einmal in dieser Situation gesehen hat, begreift diese Abneigung. Man erwartete also wichtige Erklärungen, — sah sich aber bald enttäuscht. Fürst Hohenlohe wollte die gestern vorgetragenen Befürchtungen Kardorff's zerstreuen, er kam aber nicht über den Versuch hinaus, seinen Hörern auseinander zu setzen, warum Köller nicht gegangen ist. Die Sozialdemokraten sind es nicht, über welche der muntere Junker gestolpert ist, zu Mißbefriedigungen im Ministerium ist es auch nicht gekommen, aber Meinungsverschiedenheiten — gab es auch im Ministerium, wie überall wo eine Anzahl von Menschen zusammen arbeitet, und infolge dieser verschiedenen Auffassungen sei Köller gegangen. Ueber was es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen, darüber schwieg sich der Kanzler aus. Ist wohl auch sehr gleichgültig. — Sonst versprach der Kanzler, daß die Regierung sich den Schutz des „guten Bürgers“ nach wie vor als Aufgabe stelle und gegen die Sozialdemokratie das straffe Regiment weiter zur Anwendung kommen werde. Ob die Regierung mit neuen gesetzlichen Maßnahmen gegen unsere Partei vorgehen werde, ließ der Redner dahingestellt. Sonst ist aus der Rede nur erwähnenswerth, daß Fürst Hohenlohe der Meinung ist, der sozialdemokratische Zukunftsstaat werde ein Raubstaat sein. Andere Leute sind freilich der Meinung, solche Staatsgebilde existieren bereits.

Nach der Erklärung des Kanzlers übernahm es der nationalliberale Professor Enneccerus geschlagene zwei Stunden zu reden, ohne etwas zu sagen. Erwähnenswerth ist nur, daß sogar dieser Redner in Köller's letzter That eine Handlung erblickt, die nur denen nützt, welchen sie schaden sollte.

Da es mittlerweile 1/4 Uhr geworden war und Staatssekretär von Bötticher noch einiges über die Versicherungsgesetze und den Nordostsee-Kanal zu sagen hatte, so kam Genosse Bebel nicht mehr zum Wort. Er wird morgen die Debatte eröffnen.

Aus Bötticher's Auslassungen sei hervorgehoben, daß die Regierung auch die Arbeiter hören will, wenn sie sich vorher über die Abänderung der Versicherungsgesetze mit den Unternehmern verständigt hat.

Unzuverlässig verfrüht ist die folgende vom Bureau Gerold versandte Meldung:

In der Straßsacke gegen die sozialdemokratischen Vereine

sehen — die Hand am Spiegeltische, wie eine Königin da — sie gefiel sich selbst.

Aber mehr noch dem Major, er blickte starr und beglückt auf die hübsch lächelnde Frau, als wolle er — rasend verliebt — verhimmeln, bis endlich ihn Drambach aus seiner Verzückung riß und aufschreckte, indem er fragte: „Wie aber, Herr Major, kamen Sie nach Nizza?“

„Ja, ja, entgegnete verwirrt der Gefragte — das muß ich Ihnen noch erzählen.“

„Clotilde, stecke den Strauß doch in die Vase, rief Georgine.“

„Aber, Mama, wir haben ja zwei schöne Vasen, ich fülle sie beide.“

„Nun so geh, meinetwegen.“

Clotilde gab ihrer Mutter einen Kuß, verbeugte sich und mit den Worten: „ich muß auch in den Garten!“ hüpfte sie zur Thür hinaus.

Der Major im eleganten modischen Zivilanzuge räusperte sich und begann, indem er seine Barikolletten strich:

„Denken Sie nur, beinahe wäre es mir nicht vergönnt gewesen, diesen Tag mit Ihnen zu verleben, ich war — in Gefangenschaft.“

„In Gefangenschaft?“ riefen Georgine und ihr Mann fast zugleich.

„Ja. Sie staunen — es war so.“

„Aber wo? und warum?“ fragte Drambach hastig.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst und Wissenschaft.

Die Polizei gegen die „Weber“. Direktor Meßthaler beabsichtigte mit seinem Schauspiel-Ensemble vor Eröffnung des „Neuen deutschen Theaters“ in München Gerhard Hauptmann's Drama „Die Weber“ aufzuführen. Die Aufführung wurde in Leipzig polizeilich verboten; Meßthaler hat durch Rechtsanwalt Gressling (Berlin) bereits Verurteilung gegen dieses Verbot einlegen lassen. Von der Stadtdirektion Stuttgart erhielt er der „Schwäb. Tagwacht“ zufolge folgenden Bescheid: „Unter Bezugnahme auf Ihr unterm 14. November an das Stadtpolizei-Amt Stuttgart gerichtetes, und von dort hierher übergebenes Gesuch, betreffend die Aufführung des Schauspiels „Die Weber“ von Gerhard Hauptmann, wird Ihnen hiermit zu erkennen gegeben, daß die unterzeichnete Behörde dem Gesuche um Gestattung der Aufführung dieses Schauspiels in Stuttgart nicht zu entsprechen vermag, da dessen tendenziöser Inhalt darauf gerichtet ist, in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise die Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen zu steigern und die rohe Gewaltthat gegen die Besitzenden sowie die Staatsorgane zu verherrlichen!“ — Auch du, Brutus!

Im Alexander-Theater war am Montag große Festvorstellung. Louis Borne's Baudeville „Die kleinen Kammern“ erlebten ihre fünfzigste Aufführung und dies Ereignis war wichtig genug, den Künstlerinnen und Künstlern mit einer an die Tage des „großen“ Borne erinnernden Blumenfülle zu erfreuen. Es sieht in der That danach aus, als ob der Glückstern für die Direktion des kleinen Theaters an der Alexanderstraße aufgegangen ist; der Darstellung half ein wohlbesetztes Haus zu lautem Erfolge, und das Publikum schien sich in dem Hause wohl zu fühlen.

wegen Vergehens gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz hat, wie wir hören, die Beschlussschammer beim hiesigen Landgericht I auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschlossen, gegen die beihilgigen Vorstände Klage zu erheben und die vom Polizeipräsidenten angeordnete vorläufige Schließung aufrecht zu erhalten.

Die Beschlussschammer des Landgerichts hat sich mit der Sache „Kuer u. Gen.“ noch nicht befaßt.

Herr von Köller wird der konservativen Fraktion von der „Köln. Ztg.“ freundschaftlich als Führer an stelle des Freiherrn v. Hammerstein empfohlen. Hoffentlich nimmt Köller den so ehrenvollen Antrag an. Niemand würde darüber mehr Freude empfinden als die Sozialdemokratie.

Städter und die Konservativen. Die amtliche „Leipziger Zeitung“, welche zu dem Beschlusse des Eiser-Ausschusses der konservativen Partei bemerkt hatte, daß die preussischen Konservativen weder entschieden für noch gegen Sölder Partei ergreifen, antwortet die „Konservative Korrespondenz“:

„Hierzu bemerken wir, daß der geschäftsführende „Eiser-Ausschuß“ den Gesamtverband der deutschen Konservativen repräsentiert, daß dieser Ausschuss den erwähnten Beschluß einstimmig gefaßt und daß der Vertreter der sächsischen Konservativen an der Sitzung theilgenommen hat.“

Sie können eben den Sölder nicht entbehren, sein Brief und so manches andere ist den guten Konservativen zwar unangenehm, aber nun wo der Hammerstein nicht mehr die Direktive giebt, kann man doch nicht auch noch auf den Sölder verzichten. —

Mit der Verschlechterung des sächsischen Wahlrechts wird es nun ernst. Eine Privatdepesche aus Dresden meldet uns:

Im Landtag wurde heute der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag beraten. Die Redner der Kartelparteien sprachen sich in der Debatte für ein indirektes Klassenwahlrecht aus. Der Minister des Innern versprach, noch in dieser Session des Landtages einen Gesetzentwurf nach dem Wunsche der Kartelredner einzubringen.

Das elendeste aller Wahlsysteme soll also in Sachsen eingeführt werden. Die blasse Furcht vor dem siegreichen Fortschreiten der Sozialdemokratie ist die einzige Veranlassung dieses größten Rückschritts der Gesetzgebung seit Einführung des konstitutionellen Systems in Sachsen.

Man meint mit dieser „Wahlreform“ die Sozialdemokraten schwer zu schädigen. Man wird aber bald einsehen, wie grübelnd man sich getäuscht hat. Einen Sturm der Entrüstung wird das Vorgehen der Kartelparteien in Sachsen heraufbeschwören und der Sozialdemokratie zahlreiche neue Anhänger werben. —

Deutsches Reich.

Wie die Zweimilliarden-Schuld des Reiches entstanden ist, ergibt sich übersichtlich aus einer dem Reichstage jetzt mitgetheilten Denkschrift. Danach sind seit 1873 Anleihekredite der Regierung realisiert worden: für das Reichsheer im Betrage von rund 1298 Millionen Mark, für die Marine im Betrage von 276 Millionen Mark, für die Reichs-Eisenbahnen im Elsaß von 89 Millionen Mark. Dazu kommen noch Anleihekredite für den Bau des Nordostsee-Kanals von 96 Millionen Mark, für den Zollanschluss von Hamburg und Bremen von 52 Millionen Mark, für die Reform des Münzwesens von 46 Millionen Mark, für Post und Telegraphie von 76 Millionen Mark und für andere Zwecke der Zivilverwaltung von 18 Millionen Mark.

Die Kommission für Arbeiterstatistik trat heute unter dem Vorste des Unruhschaftssekretärs Lohmann im Reichsamt des Innern zu einer Sitzung zusammen. Als Kommissare des Reichskanzlers wohnten der Geheim-Ober-Regierungsrath Dr. Wilhelm, der Regierungsrath Dr. Buchdoff, sowie der Regierungsdirektor Koch, als Kommissare des Ministers für Handel und Gewerbe der Geheim-Ober-Regierungsrath Dr. Königs und der Regierungsdirektor von Meyeren, als Kommissar der königlich bayerischen Staatsregierung der königliche Ministerial-Direktor, stellvertretende Bevollmächtigte zum Bundesrath von Hermann und als Kommissar des Senats der freien Stadt Hamburg der Fabrikinspektor Steinert den Verhandlungen bei.

Die Tagesordnung ist folgende: 1. Eingänge und geschäftliche Mittheilungen; 2. Untersuchung über Arbeitszeit, Räumigungsfristen und Bezahlungsverhältnisse im Handelsgewerbe; 3. Untersuchung über die Arbeitszeit im Getreidemühlen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen.

Das Arbeiterschutzgesetz für die Bäckerei. Arbeiter hat dem Kaiser vorgelegen und dessen Zustimmung erhalten. Es dürfte demnach dem Reichstage noch in dieser Session vorgelegt werden. Ueber den Inhalt der Vorlage, ob sie bew. inwiefern sie mit dem von der Reichskommission für Arbeiterstatistik ausgearbeiteten Gesetzentwurf übereinstimmt, verläutet vorläufig noch nichts. —

Zur Ausbildung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat an seine Mitglieder eine neue Umfrage über die Wirkungen der sozialpolitischen Gesetzgebung auf die Industrie veranlaßt. Das dem Fragebogen beigegebene Rundschreiben befragt u. A. unter Hinweis auf eine ähnliche am 1. November veranfaßte Erhebung:

Da das eingelangte Material die ebenso bedauernde als bemerkenswerthe Thatsache erkennen ließ, daß ein nicht unbeträchtlicher Theil der Mitgliedschaft die Bezahlungsverhältnisse überhaupt glaubt von der Hand weisen zu sollen, weil die neueren einschlägigen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung auf diesem Felde eine Fülle von Unbequemlichkeiten und Weiterungen nicht nur, sondern sogar von direkten Störungen des Betriebes zur Folge haben, hat der Ausschuss beschlossen, dieser Frage hinfort ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und sie sorgfältig zu bearbeiten. Scheint es doch schon in ganzen Bezirken zum allgemeinen Brauche geworden, die Einstellung von Lehrlingen grundsätzlich zu vermeiden: offenbar zum schweren Schaden der industriellen Zukunft, deren erfreuliche Gestaltung mehr oder minder vom Vorhandensein eines gut geschulten und handwerksmäßig ausgebildeten Arbeiterlammes abhängig ist. Die Gewerbe-Gesetzgebung soll der Industrie dienen, nicht umgekehrt. Finden sich demnach Bestimmungen, deren schädliche Wirkung für die Unternehmer, nicht für die Arbeiter, (Red.) außer Zweifel steht, so ist es Aufgabe der industriellen Vereine — nicht zuletzt des Gesamtverbandes — auf die Aufhebung derselben hinzuwirken. Es ist deshalb höchst wünschenswerth, die thatsächlichen Zustände des Bezahlungsverhältnisses, wie sie sich innerhalb unserer Mitgliedschaft herausgebildet haben, authentisch zusammenzustellen und zu beleuchten, so daß sich klar herausstellt, ob ein entschlossenes Vorgehen auf diesem Gebiete erforderlich ist.

Bei dem Eiser der Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden die Achtung vor den §§ 8 und 16 des preussischen Vereinsgesetzes zu erzwingen, ist zu befürchten, daß der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller vorläufig geschlossen wird. Oder vielleicht nicht? —

Revision der Seemanns-Ordnung. Die technische Kommission für das Seewesen hat kürzlich die Grundzüge einer neuen Seemanns-Ordnung in erster Lesung

berathen, und es sollen vor Beginn der zweiten Lesung von den an der Seeschifffahrt interessierten deutschen Regierungen über eine Reihe von Fragen weitere Erkundigungen eingeholt werden. Zu den schwierigsten Fragen gehört die, wie den mit der Einrichtung der Feuerbasse verbundenen Mißbräuchen abzuwehren sei. Ueber diese Frage wurden regierungsseitig bereits gutachtliche Meinungen von den beihilgigen Handelskammern eingeholt. Um der systematischen Ausbeutung der Seeleute durch gewissenlose Generalfasern in Zukunft vorzubeugen, hat man u. a. den Vorschlag gemacht, die sogenannten Seemanns-Geime so einzurichten, daß Rheder und Seeleute nicht mehr auf die Feuerbasse angewiesen sind, und ferner an stelle der Feuerbasse vereidete Seemanns-Matler anzustellen und für diese einen Gehaltstarif sowie genaue Buchführung über die Geschäftstätigkeit vorzuschreiben.

Als Kosten der Berufs- und Gewerbestatistik, soweit sie im Reichsstatistik figurieren, werden entsprechend den Beschlüssen des Reichstages um 688 000 M. mehr als ursprünglich verlangt. Das Reichsamt des Innern schlägt nun die Ausgaben des Reichs für die Statistik mit 2 833 000 M. an. Der Druck des tabellarischen Theiles wird das Doppelte des im ersten Voranschlage angenommenen Umfanges betragen, die Kosten der Veröffentlichung der Landwirtschaftsstatistik werden um ein Fünftel, die der gewerblichen Betriebsstatistik um reichlich ein Drittel erhöht. Ueber den Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung definitiver Resultate wird keine Angabe gemacht. Bei Berathung der Statistiken dürfte Herr v. Bötticher herüber unterpellirt werden. —

Der Kampf gegen das allgemeine Wahlrecht wird auf der ganzen Front des Reaktionsheeres aufgenommen. So schreibt jetzt die konservativ geleitete „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“:

Auch in weiteren Kreisen des Volkes beginnt sich die Anschauung schon Bahn zu brechen, daß es das geltende Wahlrecht ist, welches eine Zusammensetzung des Reichstages schafft, die die Stimmung der Nation geradezu fälscht. Noch kurz vor der Eröffnung des Reichstages hat einer der größten Reichstags-Verkehrsvereine, der Hamburger, in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung öffentlich Stellung gegen das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht genommen. Die Hamburger Bürger, die sich zu dieser That aufgerafft haben, sind keineswegs „Reaktionäre“. Mit diesem Stichwort kann ihr Verlangen nicht abgethan werden. Wenn aber in Hamburg geschah, was zu thun man sonst im Deutschen Reich bisher Anstand genommen hatte, so wird dort naturgemäß die Anomalie besonders hart empfunden, daß die größte Handels- und zweitgrößte Stadt des Reiches im Reichstage durch drei sozialdemokratische Knownothings (Nichtwisser) — dank dem geltenden Wahlrecht — vertreten wird. Hamburg hat aber noch einen anderen Anspruch, zuerst diese Forderung erheben zu dürfen. Dort war die sozialdemokratische Propaganda auf die äußerste Spitze getrieben, dort sollte bei der ersten Maifeier das Bürgerthum „klein“ gemacht werden, dort schloß sich aber das Bürgerthum zusammen und wird in einmüthiger Abwehr den sozialrevolutionären Uebermuth abwehren. Hat sich Hamburg im eigenen Hause der Sozialdemokratie zu erwehren vermocht, so muß es dort besonders bitter empfunden werden, wenn die geschehlichen Einwirkungen des Reichs ihm eine Vertretung im Reichsparlament aufzwingen, die schlimmer als gar keine ist. Was aber von Hamburg gilt, gilt es nicht auch von fast allen unsern andern großen Verkehrs- und Bildungszentren, gilt es weniger von Berlin, Königsberg, Stettin, Breslau, Hannover, Elberfeld, Frankfurt a. M., München u. s. w.? Fürst Bismarck hat seinerzeit für den Norddeutschen Bund das allgemeine, geheime, direkte und geheime Wahlrecht nach französisch-napoleonischem Muster adoptirt, weil er die Großdeutschen überredeten mußte und die Liberalen in Süddeutschland zu sich heranziehen wollte. Als aber Fürst Bismarck diesen Trümpf ausspielte, waren kaum Anfänge einer sozialrevolutionären Bewegung vorhanden, und niemand, also auch er nicht, konnte voraussehen, welche Entwicklung die Dinge nehmen würden. Der härteste und der ausschlaggebende Beweis gegen das Reichstagswahlrecht ist, daß unter seiner Herrschaft trotz des Sozialistengesetzes und trotz aller sozialreformatorischen Bestrebungen die Sozialdemokratie zu einer Gefahr für den Kulturstand unserer Nation heranwachsen konnte und dieses Wachsthum alle anderen Parteirichtungen degenerirend beeinflusst hat.

Es ist gut, diese Ausdrücke blinden Hasses gegen die Sozialdemokratie und das allgemeine Wahlrecht zu registriren, damit das Volk überall zum Bewußtsein kommt, daß es unsere Partei ist, mit der sein wichtigstes politisches Recht, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht steht und fällt.

Für Beseitigung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts sprach sich, nach einem Referat des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Bittcher, der national-liberale Provinzialverein für Schleswig-Holstein in seiner am Sonntag in Neumünster abgehaltenen Versammlung aus. Der Redner suchte noch Unterstützung anderer Parteien, da er diesen reaktionären Schritt von einer Partei unternommen für zu gefährlich erklärte. Diese, dem § 8 des preussischen Vereinsgesetzes zuwiderlaufende Versammlung wurde von einem Landgerichtsrath und Landtagsabgeordneten geleitet. —

Der konservative sächsische Landtagsabgeordnete Stadtrath Seydler aus Limbach ist Freitag Abend nach kurzem schweren Krankenlager gestorben. Seydler vertrat den 14. sächsischen Landtagswahlkreis Meran-Weidenburg-Hohenstein-Grünthal. Ob eine Nachwahl stattfinden wird, ist fraglich, da § 9 des Wahlgesetzes bestimmt: „Wird die Stelle eines Abgeordneten während des Landtags oder kurz vor Beginn desselben erledigt, so ist dann, wenn die Beendigung des Landtags früher als die Vollendung einer Neuwahl zu erwarten, von letzterer abgesehen.“

Das Mandat Seydler's wäre erst im Jahre 1890 abgelaufen. Findet jetzt keine Nachwahl statt, so wählt dieser Kreis im Jahre 1897 mit. Der sozialdemokratische Kandidat erhielt im Jahre 1893 1779 gegen 1873 Stimmen, die Seydler auf sich vereinigte. Sollte also während dieses Landtags noch eine Nachwahl stattfinden, so könnte leicht der 18. Sozialdemokrat in den Landtag kommen. —

Im Reichslande werden seit einigen Monaten Parteitheilnahmen unter neuen Namen und liberaler Flagge versucht. Am 8. d. M. tagte unter dem Vorste von Vanique in Nie eine Versammlung von 300 persönlich geladenen Elässern, welche sich als liberale lothringische Vereinigung konstituirten. —

Frankreich.

Paris, 10. Dezember. In der heutigen Vormittags-Sitzung der Deputirtenkammer erklärte der Minister der Kolonien, Goutte, bei der Berathung des Budgets in Verantwortung verschiedener Bemerkungen, die französische Kolonialpolitik habe den offensiven Charakter aufgegeben und sei eine friedliche geworden. Frankreich wurde sich zwar durch seine Nachbarn nicht belästigen lassen, jedoch seine Besitzungen nicht abzugeben suchen.

Die Regierung wird einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher das Protektorat Annam-Tonkin zu einer Anleihe von achtzig Millionen für die Regelung der finanziellen Lage und für die Ausführung von Arbeiten im öffentlichen Interesse ermächtigt. —

Italien.

Eine schwere Niederlage hat die Kolonial-Armee in Afrika erlitten.

Die amtliche „Agenzia Stefani“ meldet aus Massauah: General Baratieri telegraphirte aus Baraschit, daß die aus fünf Kompagnien bestehende Kolonne des Majors Toselli, welche sich bei Ambalagi befand, am Sonntag plötzlich

von der ganzen spanischen Armee angegriffen und umzingelt wurde. General Avimondi hatte mehrfach an Tofelli den Befehl geschickt, sich zurückzuziehen; der Befehl scheint aber nicht angekommen zu sein. General Avimondi, welcher vorwärts marschiert war, um Tofelli zu unterstützen, traf auf der Mitte des Weges zwischen Malakke und Ambalag auf den Feind, worauf sich ein Gefecht entspann. Avimondi vereinigte sich dann mit Offizieren und dreihundert Askaren, welche von Ambalag zurückkamen, und zog alle seine Truppen in größter Ordnung bei Malakke zusammen; sodann marschierte er nach Adagamus, nachdem er in Malakke eine starke, gut mit Munition versehene Besatzung zurückgelassen hatte. Die italienischen Offiziere Bodrero, Bagella und Bazzani haben sich Avimondi angeschlossen. Militärische Blätter rechnen den Verlust, ohne den des Generals Avimondi mitzuzählen, auf 1200 Mann und 15 Offiziere. Tofelli ist todt. Sehr bedenklich ist, daß die Italiener gezwungen sind, über Malakke hinaus sich nach Norden zurückzuziehen. Man rechnet auf eine Belagerung Malakkes, das für 3 Monate verproviantet ist. Wahrscheinlich werden die Italiener bei Adigrat eine Entscheidungsschlacht liefern. — Die spanische Armee wird auf 20 000 Mann geschätzt.

In der italienischen Kammer wurde von den Ministern an den Patriotismus appelliert. Man will große Geldmittel fordern und starke Nachschübe nach Afrika entsenden. Große Opfer hat die Kolonie schon gekostet, ohne irgend welche Vortheile zu bringen oder in Aussicht zu stellen.

Aus Rom wird ferner telegraphirt: Bezüglich der Kolonialpolitik warnen einzelne Blätter die Regierung und stellen die Kolonialpolitik als den Ruin Italiens dar. Um die afrikanische Kolonialpolitik weiter fortzuführen, fehlten der Regierung sowohl die Streitkräfte wie auch dem Lande das Geld. Den mit dem Dampfer „Singapore“ heute abgegangenen 1000 Mann werden in den nächsten Tagen weitere 4000 Mann Verhärtertruppen nach Massauah folgen. Zur Fortsetzung der Operationen in Afrika wird Crispi eine größere Summe in der Kammer beantragen.

Dänemark.

— Soziale Reformgesetzgebung. Das dänische Folkething gab in zweiter Beratung einem Antrage Harald Solms Folge, der die Ertheilung des kommunalen Wahlrechts an Frauen verlangte. Der betreffende Beschluß lautet:

„Das Wahlrecht zu den kommunalen Körperschaften des Reiches kommt den Wittwen und andern unverheiratheten Frauen zu, die bisher allein ihr Geschlecht von dem erwähnten Recht ausgeschlossen hat, die aber im übrigen allen gesetzlichen Bedingungen für die Ausübung desselben gerecht werden. Hierunter sind jedoch solche Wittwen und geschiedenen oder separirten Frauen ausgenommen, deren Männer innerhalb der letzten 5 Kalenderjahre und während sie mit ihnen und in Gütergemeinschaft zusammen lebten, Armen-Unterstützung erhalten haben, die weder einkommen noch zurückbezahlt ist, sowie ferner alle diejenigen Frauen, die im Laufe der letzten zehn Kalenderjahre Erwerb durch Unzucht gesucht haben.“

Schweden.

Stockholm, 8. Dezember. (Eigener Bericht.) Das sogenannte Unionskomitee, das für Verhandlungen von den staatsrechtlichen Streitfragen zwischen Schweden und Norwegen im Beginn des November eingesetzt wurde und von sieben Mitgliedern aus jedem Lande besteht, ist jetzt in Stockholm versammelt und hat seine Arbeiten begonnen. Der „patriotische“ Sturm mit Kriegsdrohungen und allerlei Abenteuerlichkeiten ist somit zur Ruhe gebracht zu Gunsten der Erörterung anderer innerer Fragen in beiden Ländern.

Unter diesen ist die noch ungelöste Stimmrechtsfrage blühend nach der Unionskrise in Vordergrund getreten. Im Sommer und Herbst haben die Anhänger des allgemeinen Stimmrechts (der Sozialisten und die bürgerlichen Radikalen) eine großartige Geldsammlung unternommen, um einen Fonds für agitatorische Zwecke zu errichten. Das Resultat ist sehr erfreulich, indem ca. 50 000 Kronen in die Kasse geflossen sind, wovon die Sozialdemokraten mindestens 20 000 Kronen beigetragen haben. Von der Regierung erwartet man eine Stimmrechts-Vorlage im Frühling nächsten Jahres, allerdings wird es keine radikale Reform sein, sondern eine sehr unbedeutende, ja fast lächerliche Abschlagszahlung — eine Herabsetzung des gegenwärtigen 800 Kronen-Bausatz auf 500 Kronen eingeschätzten Einkommen im Zusammenhang mit sogenannten „Garantien“ (für die Besizenden), so u. a. eine Verschiebung der Altersgrenze der Wähler.

Dieser Scheinreform gegenüber werden die Anhänger des allgemeinen Stimmrechts voraussichtlich einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Sie bereiten in diesen Tagen mit großer Energie die Wahlen zum zweiten „Volksrechtstag“, wie sie ihre allgemeine Landesvertretung der Stimmrechtslosen nennen, vor, um den Unterschied zwischen dem Volk und der „geschlichen“ Vertretung der besitzenden Klassen zu markieren. Im Frühling nächsten Jahres wird der Volksrechtstag zusammenfallen und sich dann sowohl mit der Stellungnahme zur Regierungsvorlage als mit derjenigen der außerordentlichen Maßregeln für die Erwerbung des allgemeinen Stimmrechts beschäftigen. In der Presse und in Versammlungen wird gegenwärtig der politische „Groß-Streit“ lebhaft diskutiert.

Spanien.

Madrid, 9. Dezember. Anlässlich der Kundgebung, durch welche der Regierung der Wunsch der Einwohner ausgedrückt werden soll, eine Untersuchung gegen den Ministerrat einzuleiten, wurden bereits um 2 Uhr Nachmittag alle Geschäfte geschlossen. Gendarmen und zwei Regimente Kavallerie hielten die Straßen und Plätze besetzt. Sagasta, Armiño, Leon Castiño, Depuities, Senatoren und Mitglieder aller politischen Parteien waren zugegen. Das Wetter war herrlich. Die Kundgebung, während welcher der Ministerrat versammelt war, nahm einen sehr ruhigen Verlauf.

Über 50 000 Personen sollen sich an der Demonstration, die mit einer großen Ovation für den früheren Ministerpräsidenten Sagasta, den früheren Führer der Liberalen, endete, betheiligt haben. Man hält den Ausbruch einer Ministerkrise und die Ersetzung des konservativen Kabinetts durch ein liberales nicht für ausgeschlossen.

Türkei.

— Said Pascha hat die englische Botschaft verlassen und sich in seine Wohnung zurückgegeben.

Als bestbegehrte der in Konstantinopel umlaufenden Versionen über die Gründe der Flucht Said Pascha's wird die Meldung der Wiener „Politischen Korrespondenz“ bezeichnet, nach welcher die gegenwärtige Umgebung des Sultans, in Said Pascha die Hauptgefahr und das stärkste Hindernis ihres Einflusses erblickend, diesem eine Falle legte, indem sie einerseits den Sultans bewog, Said Pascha eine Wohnung im Yıldız-Kloster anzuweisen, damit er (der Sultans) seinen obersten Rathgeber stets zur Hand habe, andererseits aber durch Freunde Said Pascha's diesem den Wunsch des Sultans als große Gefahr für seine persönliche Sicherheit hinstellen ließ. Die Aufregung des Sultans sei sehr groß, da er thatächlich Said Pascha sehr hochgehalten und demselben jenes Ansehen in bester Absicht (N) gemacht habe, somit dieses Mißtrauen als persönliche Kränkung empfinde.

Ueber die Ursache der Flucht Said Pascha's in die englische Botschaft erklärt der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ in Konstantinopel aus grund eigener Mittheilungen Said Pascha's folgendes: Der Sultans machte ihm den Antrag, das Großvezirat zu übernehmen und Said zeigte sich hierzu bereit, insofern aber an die Annahme die Bedingung, daß das Großvezirat,

wie es bereits Raml Pascha schon beantragt hatte, mit einer größeren Machtphäre ausgestattet werde und gewisse unheilvolle Palasteingriffe beseitigt würden. Abdul Samid sagte Said Pascha zu, verlangte aber einen Tag Bedenkzeit. Nach deren Verlauf erschien der gegenwärtig allmächtige Kammerherr des Sultans Yyzi Bey im Monat Said's und theilte ihm unter ausdrücklichen Versicherungen des kaiserlichen Wohlwollens mit, daß der Sultans die Bedingungen akzeptire und noch in derselben Nacht den Befehl zum Großvezirat vollziehe. Der Sultans stelte Said Pascha den kleinen Kiosk des kaiserlichen Palastes zur Verfügung und zweifelte nicht, daß Said von diesem Beweise des kaiserlichen Vertrauens noch vor der Ernennung Gebrauch machen werde. Said Pascha sagte zu und war entschlossen, in den Yıldız Kiosk einzufahren, als ihm beim Einsteigen in den Wagen ein vertrauliches Schreiben von einer Seite, auf welche Said Pascha höchstes Gewicht legte, übergeben wurde. Dieser Brief enthielt nur die Worte: „Rette Dich!“ Anstatt nach Yıldız Kiosk ließ Said Pascha den Wagen direkt nach der englischen Botschaft fahren. Einige Stunden später wurde Said Pascha's Konak umzingelt und seine sämtlichen Papiere beschlagnahmt. Nach einer Meldung der „Daily News“ aus Konstantinopel hat sich Said Pascha, bevor er in seine Wohnung zurückkehrte, erst des Schutzes aller auswärtigen Mächte versichert.

Parlamentarisches.

Der Senatorenkonvent des Reichstages hat heute den Beginn der Weihnachtsferien auf nächsten Dienstag festgesetzt. Bis dahin sollen wenn möglich die ersten Beratungen der bisher eingegangenen Regierungsvorlagen beendet sein. Nach dem Stat wird das Gesetz betr. der unlauteren Wettbewerb zur ersten Beratung gelangen. Abdann kommen die Gesetzentwürfe betreffend die Handwerkerkammern, und die Konsumvereine auf die Tagesordnung. Das Waisenreform-Gesetz soll ebenfalls in erster Beratung noch vor den Weihnachtsferien erledigt werden. Schwerinstage zur Beratung der Initiativanträge werden vor Neujahr nicht stattfinden. In Bezug auf die Art der Behandlung von Initiativanträgen hat der Senatorenkonvent beschlossen, es bei der Einrichtung zu belassen, welche in der vorigen Session getroffen worden ist. Hiernach bestimmt abwechselnd jede Fraktion, welcher von ihren Anträgen zur Verhandlung gelangen soll.

Feier der Reichsgründung im Reichstage. Der Vorstand des Reichstages hat beschlossen, am 18. Januar 1898 abends im Reichstagsgebäude zur Feier der Kaiserproklamation zu Versailles im Jahre 1871 die Mitglieder des Reichstages bei einem Festbankett zu vereinigen.

Bürgerliches Gesetzbuch. Bei der Petitionskommission des Reichstages liegt jetzt bereits eine ganze Reihe von Petitionen betreffend Änderung von Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Die Uebersicht über die Ergebnisse des Meeres-Erzgänzungsgeschäfts ist dem Reichstage zugegangen.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat zur Frage, daß die Abg. Schwerdtfeger, Frhr. v. Seyl, Hofang und Graf Oriola den Antrag Kanitz, betreffend das Getreide-Einkaufsmonopol unterzeichnet haben, Stellung genommen und das Austrreten der „National-Zeitung“ gegen diese Abgeordneten gemüßwilligt. Die „Nat.-Ztg.“ und eine Anzahl anderer nationalliberaler Blätter haben bekanntlich aus Anlaß der Unterzeichnung des Antrages Kanitz durch einzelne nationalliberale Abgeordnete reinliche Scheidung in der Partei gefordert.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Der in erster Linie zur Verbreitung in der Provinz Brandenburg bestimmte

„Märkische Landbote“, Volkskalender für 1898 erscheint dies Jahr im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts“. Preis und Bezugsbedingungen sind die alten geblieben: 10 Pf. pro Exemplar. 500 Exemplare kosten 8 M., 1000 Exemplare 15 M. Um die Höhe der Auflage bestimmen und rechtzeitige Versendung bewirken zu können, sind die Bestellungen umgehend erbeten und zwar ausschließlich an die Buchhandlung des „Vorwärts“, Dönhofsstr. 2. Berlin SW.

Von der Agitation. Nach berühmten Mustern wollten jedenfalls auch die Gemeindevorsteher der nicht sehr weit von der Residenz des verstorbenen Reichsheros belegenen Ortschaften Rothenfel und Rudowwürde im Vauenburgischen im Kampfe gegen die rothe Wette einige Vorbeeren erwerben. Ein willkommener Anlaß bot die vor einigen Wochen erfolgte Verbreitung des „Norddeutschen Volkskalenders“ seitens unserer Genossen. Einige Tage später gingen die Ortsverwaltungen in höchst eigener Person von Haus zu Haus, um die gewissenhaft vertheilten Kalender wieder einzusammeln und gegen einen „das Vaterland“ betitelten patriotischen Kalender umzutauschen. Wo die Frauen nicht sofort zur Herausgabe zu bewegen waren, wurde denselben bedeutet, daß sie von dem Volkskalender nur Unangenehmes haben könnten. Als am Abend einige Arbeiter zum Ortsvorsteher gingen und ihr Eigentum zurückverlangten, erhielten sie zur Antwort, daß die eingesammelten Kalender schon am Nachmittage verbrannt seien!!

Eine öffentliche Parteikonferenz für das Fürstenthum Söbbed fand am letzten Sonntag in Catin statt. Es waren dazu sechs Delegirte aus acht Orten, darunter auch ein Delegirter aus dem 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreis anwesend. Außerdem war die Agitationskommission zu Rummelsbüttel durch den Genossen Einar vertreten. Von Wichtigkeit ist der Beschluß, daß die Parteigenossen des Fürstenthums an den Gemeindevor- und Landtagswahlen sich betheiligen sollen, jedoch müssen sich die Kandidaten auf den Boden des Parteiprogramms stellen. Als Vorort wurde Stokelsdorf wiedergewählt.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Ebersfeld wurden sämtliche sozialdemokratische Arbeiternehmer gewählt; eine gegenwärtige Liste war gar nicht aufgestellt. Unser Partei-Organ, die „Ebersfelder Freie Presse“, klagt über die Langsamkeit bei der Wahl der Arbeitgeber-Beisitzer, wo bei einigermaßen reger Betheiligung ein Sieg unserer Kandidaten in der dritten Gruppe möglich gewesen wäre.

Gemeinderathswahl in Zittigart. Die Sozialdemokratie hat, wenn es ihr auch im Verein mit der Volkspartei nicht gelungen ist, ihren Kandidaten den Sieg zu verschaffen, doch keine Ursache, mit dem Ausfall der Wahl unzufrieden zu sein. Die Zahl ihrer festen Anhänger nimmt langsam, aber beständig zu; während die Zahl der auf sie abgegebenen unabhändernten Stimmzettel von 1893 auf 1894 nur um 7 stieg, belief sie sich diesmal auf 95.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Die Schöffengerichts-Verhandlung gegen den Redakteur Wolfgang von der „Brandenburgischen Zeitung“ wegen Verleumdung der Superintendenten Jander in Luckenwalde wurde vertagt. Die Vertagung wurde auf Antrag der Anwaltschaft beschlossen. Es soll eine weitere Zeugenvernehmung stattfinden und ein amtliches Gutachten über den Wandel und die Amtsführung des Superintendenten vom Konsistorium eingeholt werden.

— Sächsischer Versammlungs-Friede. In einer hiesigen Versammlung der Textilarbeiter sollte am Sonnabend Gen. Grenz-Weiß einen Vortrag halten. Als ihm hierzu das

Wort erteilt wurde, stellte der überwachende Beamte die Frage, ob Grenz Mitglied sei. Als dies verneint wurde, erfolgte die regelrechte Aufnahme des Gen. Grenz, worauf er aus neue das Wort erhielt. Jetzt machte der überwachende Beamte die Einwendung, Herr Grenz sei former und könne als solcher in einem Textilarbeiter-Verein nicht aufgenommen werden und somit auch nicht sprechen. Nachdem dann der 1. Punkt der Tagesordnung abgelehrt war, trat man in eine Diskussion über das Vortrags-thema ein. Ein Vorstandsmitglied nahm hierzu das Wort. Der Beamte verhinderte aber auch ihn am Sprechen und bemerkte, der Vortrag sei nicht gehalten, folglich könne auch eine Diskussion nicht stattfinden. Als ein Vorstandsmitglied trotzdem zu sprechen begann, löste der Beamte die Versammlung einfach auf. Auch dem Reichs- und Landtags-Abgeordneten Hofmann, der in einer Geschäftsordnungsdebatte den Versuch gemacht hatte, die Versammlung zu beruhigen, wurde vom Beamten das Wort entzogen, als er sagte, es würde sich Gelegenheit finden, die Dinge im Landtag zur Sprache zu bringen.

— Eine öffentliche Kollekte, welche der Oberpräsident nicht genehmigt hatte, sollten die Genossen Zahn und Schütz, ersterer als verantwortlicher Redakteur der „Volkskraft“, dieser als Verleger derselben, dadurch veranstaltet haben, daß in der „Volkskraft“ vom 1. September der Aufruf eines Dortmunder Komitees zur Unterstützung der Familien der im Essener Meineidsprozeß Verurtheilten zum Abdruck gelangte. Sowohl Zahn wie Schütz wurden mit einem Strafbefehl über 15 M. lautend, bedacht. Aber auch den Komiteemitgliedern in Dortmund sind von Breslau aus Strafbefehle zugesandt worden. Auf erhobenen Widerspruch sind die Komiteemitglieder und Schütz vom Schöffengericht in Breslau freigesprochen, Zahn zu 5 M. verurtheilt worden.

— Herr Ordemann in Bremen, der dem früheren Geschäftsführer der Bremer „Bürger-Zeitung“, Genossen Dornis sehr able Dinge nachgesagt hatte, sind die 450 M., die ihm das Schöffengericht aufgenutzt hatte, in der Revisionsinstanz bestätigt.

— In der Strafsache wegen gemeinschaftlicher öffentlicher Verleumdung des sächs. reuß. Ministeriums, die in dem Landtagswahl-Flugblatte unserer Partei begangen sein soll, ist den beiden Angeklagten, Genossen Rüdiger und Strohm in Gera, die Anklageschrift zugestellt worden.

Soziale Uebersicht.

Jugendliche Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen in Deutschland. Im Jahre 1894 wurden im Deutschen Reich in Fabriken und diesen gleichstehenden Anlagen, die den Gewerbeaufsichtsbeamten (Fabrikinspektoren) unterstellt sind, 213 974 jugendliche Arbeiter im Alter von unter 16 Jahren (gegen 219 871 im Jahre 1893) beschäftigt, und zwar im Alter von unter 14 Jahren 2682; 8730 Knaben und 1877; 2181 Mädchen; im Alter von 14 bis 16 Jahren 189 891; 140 695 Arbeiter und 70 824; 78 265 Arbeiterinnen.

Die Fabrikarbeit von Kindern ist nach diesen Zahlen seit 1893 um 27,9 pCt. zurückgegangen. Verhältnismäßig am zahlreichsten finden noch Kinder Verwendung in der Textilindustrie mit 27,2 pCt., und in der Industrie der Steine und Erden mit 23,9 pCt. von der Gesamtzahl aller in Fabriken beschäftigten Kinder; in der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel hat die Kinderarbeit gegenüber dem Vorjahre beträchtlich abgenommen (8,5 pCt. gegen 12,4 pCt.). Die Zahl der Arbeiter zwischen 14 und 16 Jahren hat sich seit dem Jahre 1893 um 2 pCt. vermindert (im Vorjahre war eine Zunahme gegenüber 1892 um 2,5 pCt. vorhanden). Von ihnen waren 25,5 pCt. in der Textilindustrie, 12,2 pCt. in der Metallverarbeitung, 11,5 pCt. in der Industrie der Steine und Erden und 10 pCt. in der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel beschäftigt. Unter den im Jahre 1894 beschäftigten 688 783 erwachsenen Arbeiterinnen waren 250 689 oder 36,4 pCt. 16 bis 21 Jahre, 888 094 oder 60,4 pCt. über 21 Jahre alt. 310 691 oder 49 pCt. der Gesamtzahl waren in der Textilindustrie, 88 785 oder 14 pCt. in den Gewerben für Nahrungs- und Genußmittel beschäftigt.

Verkürzung der Sonntagsruhe. Wie die „Köln. Ztg.“ meldet, beschäftigt sich die Reichsregierung auf Veranlassung des Reichsanwalt's augenblicklich mit Prüfung der Frage, wie weit sie den berechtigten Bedürfnissen der Gewerbetreibenden in den größeren Städten an den Sonntagen vor Weihnachten unbeschadet der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe entgegenkommen könne. Der Reichsanwalt habe es als für den Verkehr ungünstig bezeichnet, daß alle Läden um 7 Uhr abends schließen müßten. Es sei Aussicht vorhanden, auf eine Lösung der Frage in der Weise, daß den Ladeninhabern, die auf die Geschäftsstunden vor dem Beginn des Gottesdienstes kein Gewicht legen, gestattet werde, ihre Ladenräume bis 10 Uhr abends offen zu halten. Es sei schon in der nächsten Woche eine hierauf bezügliche Verordnung zu erwarten. — Das ist so die richtige Antwort, die wenigen sozialpolitischen Fortschritte, die wir im letzten Jahrzehnte gemacht haben, auf dem Verordnungswege wieder rückgängig zu machen.

Beschäftigung ortsausschüssiger Arbeiter. Der Stadtrath zu Leipzig hat auf Veranlassung der Stadtverordneten an eine Anzahl Innungen und sonstige Unternehmervereinigungen ein Schreiben gerichtet, in dem er bei diesen Vereinigungen anfragt, ob und wieviel bei Vergütung von städtischen Arbeiten die Unternehmer vertragmäßig verpflichtet werden könnten, nur bezw. vorzugsweise ortsausschüssige Arbeiter zu beschäftigen. Die Innungen kamen jedoch zu dem Resultat, daß eine derartige Verpflichtung unmöglich und nicht erhalten werden und in keiner Beziehung förderlich wirken könne. Deshalb sei die Anfrage des Rathes in verneinendem Sinne zu beantworten. Ebenso zweifellos wie es im Interesse einer jeden Gemeinde liegt, zunächst die ortsausschüssige Bevölkerung zu beschäftigen, ebenso sicher war die Antwort der Innungen voranzuführen: um ihren Proffit zu wahren oder zu erhöhen, werden sie nie geneigt sein, auf die Konkurrenz der auswärtigen, vielleicht billigeren gegen die heimischen Arbeiter zu verzichten, zumal in Orten, wo ihnen kräftige Arbeiter-Organisationen gegenüberstehen.

Ueber die Arbeit in Militärwerkstätten meldet der „Arbeiter“, ein süddeutsches, von Unternehmern unterstütztes Blättchen, aus München: „In der Militärbäckerei, und zwar in der Zwiebackbäckerei, arbeiten durchschnittlich zehn Mann von morgens halb 5 Uhr bis 6 Uhr abends bei einer konstanten Temperatur von 30 bis 35 Grad. Die Ruhepausen betragen genau 60 Minuten. Dabei gehen sämtliche 14 Ofen, welche auf 200 Grad geheizt werden, in den gewöhnlichen Aufenthaltsraum der Arbeiter. Die vorhandene Ventilation darf des Gebäudes halber nicht benützt werden. Ein dorthin kommandirter Referent, der als Bäcker schon einige Jahre vertragen kann, nahm in 8 Wochen 16 Pfund ab und meldete sich vom Ofen weg. Da kam er aber schon an beim Bäckermeister, der meinte, er müsse am Ofen bleiben, und wenn ihn der Teufel hole“. Der Referent meldete sich zum Arzt und kam vom Ofen weg. Als nach 8 Tagen seine Dienstzeit beendet war, machte ihm der Arzt den Vorschlag, er solle noch 14 Tage zur Erholung ins Lazareth gehen, da man ihn in diesem Zustande nicht entlassen könne.“

Diese Mittheilung erfordert eine strenge Untersuchung; bemerkenswerth ist übrigens auch, daß Referenten zu militärischen Berichten eingezogen werden.

Vorübergehende und Arbeiterentlassung. Die Furcht der Arbeiter vor der Arbeitslosigkeit im Winter

suchen die wehrfähigen Eisenbahnen zu Lohnkürzungen zu benutzen. Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet aus Dortmund, daß auf der Union, Abtheilung für Blockwerthe, für den 15. Dezember Lohnherabsetzungen von 25—30 Pfennigen für den Tag bekannt gegeben sind. Der Anschlag schließt mit der gnädigen Bemerkung, daß etwaige Kündigungen wegen dieser Lohnreduktion schon jetzt angenommen würden.

Elektrische Kraftstation in Solingen. Die Firma Pfaffrath in Solingen beabsichtigt, eine elektrische Kraftzentrale von 400 Pferdekraften zu schaffen; die Kraft soll durch die ganze Stadt geleitet und an Kleinwerkbetriebe abgegeben werden. Die Stadtverordneten-Versammlung hat die Anlage in der letzten Sitzung genehmigt; jedoch muß die Firma als Entschädigung für die dem Gaswerke aus der Anlage erwachsende Konkurrenz jährlich 10 000 M. zahlen. Außerdem hat sie eine Kautions für Straßenbeschädigung, etwaige Unfälle etc. zu leisten.

Arbeitslose in München. Etwa 100 Arbeitslose in München, die weder beim städtischen Arbeitsamt noch sonstwo Beschäftigung finden konnten, stellten an den ersten Bürgermeistern die Bitte, es solle das Statut des städtischen Arbeitsamtes in dem Sinne geändert werden, daß die am längsten dort angemeldeten Leute und zwar zum Theil die Verheiratheten und hier Heimathsberechtigten bei dem Nachweis von Arbeit berücksichtigt werden dürften. Der Bürgermeister sicherte die Aenderung des Statuts zu, soweit es thunlich sei.

Eine erfreuliche Verurtheilung. Wegen Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte (vorwiegendswidriger Verwendung jugendlicher Arbeitskräfte, Vergehen gegen die Gewerbeordnung) wurden von der Strafkammer des Landgerichts in Rempten die Fabrikdirektoren Gottfried Eimer und Hans Spöri von Verhagen, ersterer zu 1000 M. event. 100 Tage Gefängnis und letzterer zu 800 M. event. 80 Tage Gefängnis verurtheilt. Bei der mangelhaften Kontrolle in deutschen Fabriken werden leider gar zu selten derartige abschreckende Vergehen gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung zum Schutze der Arbeiterjugend zur Bestrafung gebracht.

Arbeiterstatistische Nachweisungen — in Amerika. Das erste Heft des auf Beschluß des Parlamentes der Vereinigten Staaten herausgegebenen ständigen arbeiterstatistischen Bulletins ist erschienen und enthält Angaben über die Streiks und Ausperrungen in den Vereinigten Staaten während der letzten zehn Jahre sowie der wichtigsten Englands und anderer arbeiterreicher Industriestaaten. Die Bulletins erscheinen alle zwei Monate etwa 100 Oktavseiten stark.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Gewerkschaften Berlins! Wir fordern die Inhaber von Sammelstellen für die streikenden Lohgerber, Zingolter und Steinbildhauer auf, soweit sie die Listen noch nicht abgeliefert haben, dies bis spätestens 21. Dezember dieses Jahres beizubringen. Nachrechnung über die Streiks zu thun auf dem Berliner Gewerkschaftsbureau, Annenstraße 16, v. par., in der Zeit von 9—1 und von 6—8 Uhr. Die Berliner Gewerkschaftskommission.

Achtung, Bureau-Angestellte Berlins! Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, wird im Klubhaus, Kommandantenstr. 72, eine große öffentliche Versammlung abgehalten, wo Herr Rechtsanwalt Wolfgang Heine über die rechtliche und soziale Stellung der Bureau-Angestellten spricht. Kollegen, Kolleginnen! Die Tagesordnung ist für uns alle von außerordentlicher Bedeutung. Herr Rechtsanwalt Heine wird in seinem Vortrage u. a. auch darauf hinweisen, welche Forderungen wir an das „Bürgerliche Gesetzbuch“ zu stellen und wie wir diese Forderungen geltend zu machen haben. Er wird uns ferner Mittel und Wege zeigen, die eine Verbesserung unserer elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen geeignet sind. Wir erwarten deshalb zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Im Auftrage der Agitationskommission der Berliner Bureau-Angestellten: Adolf Kempf, Alexandrinenstr. 116a, Hof II.

Gegen die Organisation der Bildhauer. Wie die „Bildhauer-Zeitung“ mittheilt, „schwebt“ etwas gegen die Organisation der Bildhauer. Der Vorstand des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands erhielt vom Berliner Polizeipräsidenten eine Aufforderung, die „Beschlüsse des Zentral-Vorstandes“, die sich mit den einzelnen Unterabtheilungen beschäftigen, da das Statut als solches davon verschont bleiben mußte, um den Verein nicht zu einer Versicherungsgesellschaft zu stampeln, binnen acht Tagen einzureichen. Der Vorstand weigerte sich, nicht etwa weil er den Behörden etwas zu verheimlichen hat, sondern weil die Gefahr vorlag, nachher wegen Vergehens einer ungesetzlichen That bestraft zu werden. Es ist nämlich eine Streitfrage, ob die Zentralvorstände der Gewerkschaftsorganisationen den Vorständen der örtlichen Verwaltungsgesellschaften gleichzusetzen sind und ihnen wie jenen z. B. nach § 2 des preussischen Vereinsgesetzes dieselben Verpflichtungen auferlegt werden können, das heißt Statuten und Mitgliederlisten einzureichen, überhaupt der Polizeibehörde jede Auskunft zu erteilen.

Der Zentralvorstand erhielt also wegen der Weigerung ein Strafmandat von 30 M.; es wurde jedoch gerichtliche Entscheidung anrufen. Der erste Termin vor dem Schöffengericht hat stattgefunden, wurde aber vertagt.

Es werden noch mehrere Gerichtsverhandlungen in der Sache stattfinden, da es sich um eine wichtige prinzipielle Entscheidung handelt.

Hamburger Kellnerverein. Um dem gewerkschaftlich organisierten Verein der Kellner und Berufs-genossen in Hamburg den Boden abzugraben, ist dort vor kurzem ein „Hamburger-Münchener Kellnerbund von 1893“ gegründet worden, dessen Leiter erklären, daß sie erstens die Besserstellung der Lage der Gastwirthschaftsleute mit Hilfe der „Arbeitgeber“ herbeiführen und zweitens mit der Arbeiterklasse nichts zu thun haben wollen. Hoffentlich werden die Herrschaften nicht durch den Beitritt ihrer Berufs-genossen zu ihrem Versöhnungsmischmasch in ihrem künftigen Vergnügen gestört; auf deutsch: hoffentlich fällt kein einigermaßen aufgellarter Kellner auf den alten Zauber hinein.

In Mainz hatte die Direktion der Aktiengesellschaft Rheinische Bierbrauerei in betreff der in Nr. 283 des „Vorwärts“ schon erwähnten Forderungen der Brauerei-Arbeiter erklärt, daß sie bereit sei, zu verhandeln; man solle zu diesem Zweck eine Kommission wählen. Das ist geschehen. Die Kommission wurde freundlichst empfangen und bekam den Bescheid, man sei im Prinzip mit den Forderungen einverstanden, wolle darüber berathen und werde noch diese (vorige) Woche Antwort geben. Die Antwort traf auch ein, aber in etwas anderer Gestalt, als man nach dem bisherigen Gange der Verhandlungen erwarten konnte. Die Kommission der Arbeiter empfing nämlich folgendes Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Lucius: „Als Syndikus des Verbandes der Vereinigten Brauereien von Mainz und Umgebung bin ich beauftragt, Ihnen namens der gesamten Verbandmitglieder die folgende Erklärung abzugeben. Diefelbe soll als Antwort dienen auf die an die Mainzer Bierbrauereien im allgemeinen und die Rheinische Bierbrauerei im besonderen gerichtete Anforderung, Erhöhungen bzw. Herabsetzungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Brauereigenossen einzutreten zu lassen. Diese Anforderungen wurden von der Drohung begleitet, vorerst eine Brauerei herauszugreifen und durch Verhängung des Boykotts dieselbe gefügig zu machen. Die Mitglieder des Verbandes haben bereitwillig, ersüßbaren Wünschen von jeder ihr Ohr nicht verweigert, dagegen muß der Verband es ablehnen, Unterhandlungen mit einer Kommission einzugehen, welche nicht aus

Angehörigen des Brauereigewerbes und Vertretern aus den Reihen der bei den betreffenden Verbandmitgliedern beschäftigten Leuten besteht, sondern aus Mitgliedern anderer verschiedenartiger Berufsgruppen zusammengesetzt ist. Diese Ablehnung glaubt der Vorstand umso mehr für richtig halten zu müssen, als die obigen Aufforderungen untergehässigen Androhungen gemacht worden sind.“

Im Gewerkschaftskartell, wo nun die Kommission der Arbeiter über die Konferenz mit der Brauereidirektion berichtet, erklärten sämtliche Mitglieder der Kommission, daß bei der Unterredung auch nicht mit einer Silbe von einem Boykott die Rede gewesen sei, vielmehr sei die Unterredung von beiden Seiten in der ruhigsten und sachlichen Weise geführt worden. Ganz räthselhaft erscheint es, daß in dem Schreiben des Syndikus von „gehässigen Androhungen“ die Rede ist; die Kommission verwarf sich ganz entschieden gegen diese Entstellung der Thatsachen. Um aber Gelegenheit zu geben, die Angelegenheit friedlich zum Austrag zu bringen, beauftragte das Gewerkschaftskartell die Brauerei, eine neue Kommission zu wählen, die nur aus Brauereigenossen und Vertretern der Arbeiter bestehen sollte.

Aus Bern wird gemeldet: In der vorgestrigen Delegirtenversammlung der Angestellten der Jura-Simplon-Bahn waren 135 Personen zugegen und alle Sektionen mit Ausnahme derjenigen von La Chaux-de-Fonds und Alpnach-Stadt vertreten. Es wurde einstimmig der Anschluß an die allgemeine Lohnbewegung des Personals der Schweizerischen Eisenbahnen im Sinne der am 18. vorigen Monats gemeldeten Luzerner Resolution beschlossen. Die Direktion der Jura-Simplon-Bahn wurde aufgefordert, bis zum 15. Januar 1896 die Eingabe der Angestellten zu beantworten.

Aus Pest wird der „Nöln. Jtg.“ telegraphirt: Der Ausstand der Seher dauert fort, umso mehr, da alle Angestellten die Arbeit ohne Kündigung verlassen haben; zweihundert Seher sind bereits mit Geldstrafen belegt; hunderte sind für die nächste Woche vorgeladen.

In Tunis ist ein Droschkenschreck-Streik ausgebrochen, weil der städtische Thierarzt einige altersschwach gewordene Rosknanen ausrangiren wollte.

Gerechts-Beifung.

Der Inhaber einer der bekannten Ausschankstätten der Brauereifirma Ring u. Co. war angeklagt worden, die Gewerbeordnung und das Gewerbeaufsichtsgesetz verletzt zu haben. Der Mann wurde von den zuständigen Behörden und dem Vertreter der Staatsgewalt als selbständiger Gewerbetreibender betrachtet, während er der Meinung war und noch ist, nur Angestellter der Brauereifirma zu sein. Gemäß der eigenen Auffassung seiner Stellung hatte der Angeklagte den Anforderungen nicht genügt, welche die Behörden an einen Schankwirth und selbständigen Gewerbetreibenden zu stellen berechtigt und verpflichtet sind. In den ersten beiden Instanzen wurde er freigesprochen; die Gerichte schlossen sich seiner Auffassung an, daß er nur Angestellter und nicht selbständiger Gewerbetreibender sei, also keiner Konzeption zum Betriebe der Schankwirtschaft bedürfte und auch keine Gewerbebescheinigung zu zahlen brauche. Der Strafsenat des Kammergerichts hob aber dieser Tage die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an die Strafkammer zurück. Diese hätte den Begriff der Selbstständigkeit eines Gewerbetreibenden verkannt. Wenn auch die Brauereifirma Ring u. Co. die Konzeption besitzt und Gewerbebescheinigung für die Betriebe ihrer Ausschankstätten zahlt, habe der Angeklagte doch gewerbsmäßig und auf eigene Rechnung und Gefahr das Geschäft betrieben. Je mehr er von dem Bier, welches ihm die Brauerei zu einem bestimmten Preise lieferte, los wurde, je mehr verdiente er. Wenn der Angeklagte von der Brauerei u. a. schlecht gewordenes Bier umgetauscht erhielt, sei das so unerheblich wie einige Beschränkungen, welche die Gesellschaft ihm vertraglich auferlegt habe.

Der antisemitische „Deutsche Generalanzeiger“ schreibt: „Die Anklage wegen Majestätsbeleidigung gegen unseren verantwortlichen Redakteur Sedlitz ist nunmehr vom Staatsanwalt Dreyer erhoben worden, wird aber wohl ebenso bald wieder fallen gelassen werden, wie dies bei Redakteur Schöber in Halle der Fall ist, welcher in seiner „Halle'schen Reform“ unseren bezüglichen Artikel nachdruckte und seinerzeit ebenfalls sofort wegen Majestätsbeleidigung angeklagt wurde. Das Gericht lehnt aber noch soeben eingelaufener Nachricht die Eröffnung des Verfahrens ab.“

Ein Stück Beamtenelend wurde in der gestrigen Schwurgerichtsverhandlung des Landgerichts I. vor Augen geführt. Der frühere Stationsdiätar Jander war der Unterschlagung im Amte in vier Fällen beschuldigt und gefänglich. Nachdem der Angeklagte neun Jahre Soldat gewesen, nahm er sein Recht auf eine Militärversorgung nicht gleich in Anspruch, sondern wurde Kaufmann. Er heirathete und die Ehe wurde mit vier Kindern gesegnet. Sein Geschäft ging so schlecht, daß er es aufgab und sich als Militäramwärter meldete. Jander wurde im März 1892 in den königlichen Eisenbahndienst aufgenommen, er erhielt eine Anstellung als Stationsdiätar bei der Fahrkarten-Ausgabe der Stadt- und Ringbahn auf dem Schlesischen Bahnhofe. Da er nicht im Stande war, die verlangte Ration beim Dienstantritt sofort zu leisten, machte ihm seine Vorgesetzten von seinem 93 Mark betragenden Monatsgehalt einen jeßemaligen Abzug von 7,50 Mark, wodurch nach und nach die Ration gebildet werden sollte. Außerdem wurden ihm noch andere Dienstlasten gemacht. Im Anfang dieses Jahres gerieth der Angeklagte in arge Bedrängnis. Seine Familie war von Krankheit heimgesucht worden, die Noth steigerte sich von Woche zu Woche, der Angeklagte war nicht im Stande, die fällige Prämie für die Lebensversicherung zu bezahlen. Da ließ er sich verleiten, zum ersten Male die ihm anvertraute Kasse anzugreifen. Dem ersten Schritte folgten andere, der Angeklagte verging sich viermal. Die unterschlagenen Beträge beliefen sich insgesammt auf nur 13,90 M. Die Staatsanwaltschaft ist nicht geschädigt worden, da der Angeklagte bereits 135 M. Ration hinterlegt hatte. Da der Angeklagte gefänglich war, konnte der Verteidiger M. A. Dr. Beldel den Geschworenen nur die vielen vorliegenden Milderungsgründe vor Augen halten. Es wurden dem Angeklagten auch mildernde Umstände bemerkt, die Geschworenen hatten sogar am Fuße des Fragebogens schriftlich zu erkennen gegeben, daß sie ein Gnadengesuch an den Kaiser beiführen wollten. Der Präsident erklärte allerdings den Geschworenen, daß diese Kundgebung auf den Gerichtshof keinen Einfluß ausüben könne; nachdem das auf 9 Monate Gefängnis lautende Erkenntnis aber verurtheilt worden war, trat der Verteidiger sofort mit den Geschworenen in Verbindung. Ob die Bemühungen derselben Erfolg haben werden? Und wenn, ist dann das Loos des unglücklichen Erdbeamteten und seiner Familie irgendwie wesentlich gebessert?

Tanzig, 10. Dezember. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann heute die Verhandlung gegen den seit dem 8. Mai d. J. in Haft befindlichen Direktor der Aktien-gesellschaft „Weichsel“, Alexander Gibsons, den seinerzeit der eigene Vater als Vorsitzenden des Ausschichtsraths der genannten Gesellschaft dem Staatsanwalt überreichte. Bei der verantwortlichen Vernehmung gestand der Angeklagte im wesentlichen zu, die Gesellschaft durch eigene Wechselanleihe im ungefähren Betrage von 160 000 M., ferner im Jahre 1892 durch Ausgabe von 114 Stück und 1894 durch 86 Stück gefälschter Aktienpapiere zu 1000 M. geschädigt zu haben. Gibsons räumte auch ein, falsche Bilanzen aufgestellt und unrichtige Buchungen gemacht zu haben, um die wahre Sachlage zu verdunkeln.

Gibsons wurde zu 7 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und 6000 M. Geldstrafe verurtheilt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 10. Dezember. Die zwölf Volksversammlungen, die heute zur Besprechung der Tagesordnung „Polizeiliche Staatsrettung und Sozialdemokratie“ tagten, nahmen folgende Resolution an:

Resolution.

Die heute versammelten Berliner Sozialdemokraten erklären: Die seitens der Polizei verfügte vorläufige Schließung der sozialdemokratischen Vereine, Kommissionen und Vertrauenspersonen in Berlin ist ein weiterer Schritt auf der durch die Umsturzvorlage klar gezeichneten Bahn zu Ausnahmemaßregeln gegen die in der sozialdemokratischen Partei politisch organisierte Arbeiterklasse.

Diese von der Regierung an Stelle der versprochenen Sozialreform-Gesetze für die Arbeiter vollzogenen Maßnahmen schließen sich organisch den Tendenzprozeß an, die in jüngster Zeit gegen die Sozialdemokratie eingeleitet und von den Vertretern der herrschenden Klassen mit Jubel begrüßt wurden, weil diese darin den Anfang zur Verwirklichung ihrer offen ausgesprochenen Absicht erblickten, daß sogenannte gemeine Recht gegen die Sozialdemokratie anders gehandhabt zu sehen, als gegen die bürgerlichen Parteien.

Die Versammelten protestiren gegen diese Politik, die geeignet ist, die Arbeiterklasse von dem Boden der gesetzlichen Agitation abzuräumen, und verpflichten sich, allen Verfolgungen zum Trotz nach wie vor für die Forderungen der Sozialdemokratie einzutreten und unentwegt weiterzukämpfen, bis die Befreiung der Arbeiterklasse vom Doppelschloß der ökonomischen Ausbeutung und politischen Knechtung errungen ist.

Die Versammelten sehen in dieser neuesten Polizeimaßregel einen abermaligen Beweis für die Nothwendigkeit der Beseitigung eines Zustandes, bei dem es in der Hand der Behörden liegt, der einen Partei zu gewähren, was der anderen versagt wird.

Die Versammelten erwarten, daß die Parteivertretung im Reichstage entsprechende Maßregeln zur Aenderung dieses dem gleichen Recht aller Staatsangehörigen widersprechenden Zustandes ergreife, und betrauen bis auf weiteres mit der Versorgung der für den Berliner Wahlkreis nothwendigen Parteipolitikanten den Genossen....

Lange vor Eröffnung der Versammlungen waren sämtliche Lokale wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt. Viele Tausende hatten den Weg zu den Versammlungen vergeblich gemacht.

Im fünften Wahlkreise löste der Polizeikommissar die von 5000 Personen besuchte Versammlung, als sie zur Wahl eines Vertrauensmannes schreiten wollte, auf. Die Versammlung verlief bis auf diesen Zwischenfall musterhaft.

Berlin, 10. Dezember. (B. H.) Die „Berl. Corr.“ bestätigt, daß der Minister des Innern Freiherr von der Hede heute die Geschäfte des Ministeriums des Innern übernommen hat.

Nöln, 10. Dezember. (B. H.) Die „Nölnische Zeitung“ meldet aus Göttingen: Heute früh explodirte im hiesigen chemischen Laboratorium ein gläserner Gasometer. Professor Wallach, dem ein Glasplättchen in der Gegend der Wangen drang, und zehn Studenten sind schwer verletzt, die übrigen leicht, darunter eine Dame.

Wien, 10. Dezember. (B. H.) Die Gemeinderathswahlen finden im Februar statt.

Wien, 10. Dez. (B. H.) In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses sagte der Ministerpräsident Graf Badeni u. a.: Die äußersten Flügel haben und drängen vorzuziehen sich in einem an dem gesetzlichen Staats-eingabe rüttelnden Gedanken, welchem die Regierung energig entgegenzutreten muß. Bezüglich der Wahlreform erklärte der Ministerpräsident, der Gesetzentwurf sei seit einiger Zeit fertiggestellt und gedruckt. Er könnte ihn sofort einbringen, da er die Zustimmung des Kaisers erhalten habe; gegenwärtig könnte man sich jedoch weder im Hause, noch im Ausschusse damit befassen und da die Regierung diese Vorlage nicht nur einbringen, sondern auch durchbringen wolle, so sei sie im Interesse des Zustandekommens der Wahlreform nicht geneigt, dieselbe in diesem Augenblicke einzubringen; sie werde sie in der ersten Sitzung nach dem Zusammentreten des Hauses im Februar vorlegen. (Beifall der Beifall.)

Budapest, 10. Dezember. (B. H.) Der Chef der Getreidefirma Max u. Julius Spitzer starb, angeblich in einem Anfall von Hysterie, in die Donau und ertrank.

Paris, 10. Dezbr. (B. H.) Gestern fand, wie das „Echo de Paris“ meldet, in der Nähe von Paris ein Scharmützel zwischen den ungarischen Kavallerie-Offizieren Baron Simonpi und Graf Szapary statt, in dessen Verlauf dem Grafen die linke Hand abgehackt wurde. Baron Simonpi erhielt eine tiefe Brustwunde.

Rom, 10. Dezember. (B. H.) Deputirtenkammer. Am Schluß der heutigen Sitzung brachten die Abgeordneten Caffaro, Imbriani, Bonin und Cavallotti Interpellationen betr. die Lage in Afrika ein. Der Arbeitsminister Saracco beantragte (an Stelle des durch Unwohlsein verhinderten Ministerpräsidenten Crispi), die Interpellation Sonnabend zu beraten. Inzwischen erklärte die Regierung, daß sie von dem Recht und der Pflicht durchdrungen sei, den gegenwärtigen dringenden Bedürfnissen zu entsprechen, daß sie indessen keinen Beschluß zu fassen gedenke, der dem Lande Ausgaben auferlegen würde, die nicht durch das Parlament bewilligt sind. (Beifall der Beifall.) Der Antrag des Ministers Saracco wurde hierauf angenommen.

Rom, 10. Dezember. (B. H.) Die „Opinione“ behauptet, aus sicherer Quelle zu wissen, daß die italienischen Truppen auch Adua räumten und sich in Adigrat konzentrirten, wo sie sich zum Widerstande gegen den Feind vorbereiten. Die italienische Regierung betreibe die schleunigste Entsendung von 3000 Mann und 2 Batterien Gebirgsartillerie. Die Zahl der Schoaner beträgt nach Angabe der „Opinione“ 30 000—40 000.

London, 10. Dezember. (B. H.) Der den amerikanischen Missionaren in Marasch durch das Niederbrennen ihrer Gebäude erwachsene Verlust wird auf 2400 türkische Pfund veranschlagt.

Seit einigen Tagen laufen Gerüchte um, daß mehrere höhere Offiziere, welche der Verbindung mit der jungtürkischen Bewegung verdächtig waren, aus der Türkei entflohen seien; heute heißt es, unter den Flüchtlingen befänden sich zwei Adjutanten des Sultans.

Glasgow, 10. Dezember. (B. H.) Die Konferenz der Schiffbau-Arbeiter und Arbeiter am Clyde und in Belfast trat unter dem Vorhabe des Lord James heute Vormittag hier zusammen. Etwa 80 Delegirte waren anwesend. Die Verhandlung wurde auf morgen vertagt.

Konstantinopel, 10. Dezember. (B. H.) Der Minister des Aeußeren, Tewfik Pascha, hat heute den Völkern mitgetheilt, daß der Sultan die Germanen für die zweiten Stationschiffe unterzeichnet hat.

Konstantinopel, 10. Dezbr. (B. H.) Wie verlautet, hat Said Pascha bisher nicht den Gedanken aufgegeben, nach dem Ausland zu reisen. Ein diesbezügliches Ansuchen ist seitens des Sultans noch nicht entschieden.

Reichstag.

4. Sitzung vom 10. Dezember 1895, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesraths: Fürst v. Hohenlohe, von Marschall, Graf Posadowsky, Bronsart von Schellendorf, v. Bötticher.

Das Haus genehmigt zunächst ohne Debatte den Antrag wegen Einstellung des gegen den Abg. Brühne schwebenden Strafverfahrens während der Dauer der Session und setzt darauf die erste Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1896—97 fort.

Abg. Richter (F. Sp.): Bei der gestrigen Rede des Schatzsekretärs dachte ich bei mir: Qui s'excuse, s'accuse (wer sich entschuldigt, flagt sich an)! Er begann mit einer Entschuldigung, daß die Rechnungsergebnisse so viel günstiger ausgefallen seien, als seine Aufsätze. Er hat alle Veranlassung, eine Entschuldigung in dieser Richtung zu versuchen. Er hat in seiner gestrigen Rede mehrmals an die älteren Mitglieder appelliert. Allerdings hat an seiner Stelle noch niemand gestanden, der so unglücklich in der Aufstellung des Etats gewesen ist. (Sehr richtig! links.) Für das erste Jahr 94/95 wurde uns ein Etatsentwurf vorgelegt, der eine Spannung von 52 Millionen Mark enthielt; nach der Rechnung hat sich diese Spannung auf 2 Millionen M. ermäßigt. Daran ist die Briemener nur mit 15 Millionen M. beteiligt. Für das zweite Jahr 1895/96 veranschlagte der Staatssekretär die Spannung auf 37 Millionen Mark, und jetzt erklärt er, daß noch 20 Millionen herausgeholt werden, also im ganzen in zwei Jahren 52 Millionen Mark! Da kann man kein richtiges Vertrauen haben zu der Staatsveranschlagung des Herrn Schatzsekretärs. Diese Zahlen machten im Hause solchen Eindruck, daß der Abgeordnete Schädler einen Scherz bekam und sich zur Tabak-Fabriksteuer bekannte. (Heiterkeit.) Es hat ja weiter keinen Schaden gethan. (Heiterkeit.) Hätten die Tabakfabrikanten es mit Freuden gesehen, wenn die ganze Steuerbelastung nur erfolgt wäre, um Konsole zurückzuführen? Der Schatzsekretär glaubte sich auf ungünstige Konjunkturen einrichten zu müssen. Auf Konjunktur baut man überhaupt keine Steuern. (Sehr richtig! links.) Die richtige Schätzung des Reichstags hat sich niemals so glänzend bewährt wie diesmal. Wir konnten eingreifen auf Grund unseres Staatsrechts, deshalb sollten wir uns hüten, einen Automaten einzurichten, der unsere Tätigkeit einengt. Wenn in Finanzsachen etwas notwendig ist, so ist es das Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches, welches vor zwanzig Jahren schon angeregt worden ist; da es bis jetzt nicht erlassen, ist unsere ganze Rechnungsbildung nur eine provisorische. Wir müssen verlangen, daß die alte Forderung auf Erlass dieses Gesetzes endlich erfüllt wird. Herr Fröhen hat mit Recht hervorgehoben, daß die Veranschlagung der Zölle viel zu niedrig ist, das zeigt sich schon daran, daß der Aufschlag niedriger ist, als die in den letzten Jahren wirklich erzielten Zolleinnahmen.

Das Extraordinarium zeigt in der Militärverwaltung nicht weniger als 41 erste Noten; es fehlt uns aber jede Uebersicht darüber, inwieweit die einzelnen Positionen den Reichstag verpflichten. Es fehlt uns auch jede Uebersicht über die Kasernierung der Truppen; wir können die Bauten gar nicht kontrollieren, zumal der Regierung mehr bewilligt wird, als sie in Wirklichkeit verbauen kann. (Hört! links.) Sie verfügt noch über jährliche Millionen. Das Ordinarium des Militäretats ist in diesem Jahre um sieben Millionen Mark höher als bisher; für die Hälfte der Summe hat sich die schöne Ueberschrift gefunden: Für organische Fortbildung des Heeres. Der Reichstag ist freigebig gewesen gegenüber der Militärverwaltung; diese aber ist dem Reichstage nicht entgegengekommen. Herr Fröhen hat schon von der Militär-Strasprozeß-Ordnung gesprochen; ich will etwas hinzufügen, vielleicht nimmt dann der Kriegsminister Veranlassung, darauf eine Antwort zu geben. Im nächsten Jahre feiern wir das 25-jährige Jubiläum des Reiches. Die 25-jährige Nichtbewilligung der Militär-Strasprozeß-Ordnung hätten wir schon früher feiern können (Heiterkeit), denn schon 1870 hat der Norddeutsche Reichstag sich für eine Reform der Militär-Strasprozeß-Ordnung ausgesprochen. Herr v. Koller soll ja der Stein des Anstoßes für die Reform gewesen sein. Heiterlich hat der Kriegsminister erklärt, wenn es ihm nicht gelingen sollte, diese Reform mit dem Reichstag zu vereinbaren, so werde er den Kaiser um einen Nachfolger bitten. Wir möchten gern wissen, ob wir nun endlich einer Erfüllung dieser Forderung näher sind. Jetzt wird wieder in offiziellen Blättern der Ruf laut, vor der Reform der Militär-Strasprozeß-Ordnung müsse erst die Strafgesetze-Novelle beraten sein. Der Kriegsminister müßte uns doch wenigstens das Programm darlegen können, auf Grund dessen die Reform ausgearbeitet werden soll. Wir könnten dann erkennen, ob den Hauptforderungen des Reichstags Rechnung getragen werden soll. Der Interpellation des Abg. Fröhen wegen der vierten Bataillone muß ich mich mit einigen kleinen Verschärfungen anschließen. Seit einiger Zeit heißt es, die kommandierenden Generale hätten sich ungünstig über die vierten Bataillone geäußert, so daß man zu einer Umgestaltung derselben übergehen müsse. Alles, was ich darüber gelesen habe, sagt mir, daß die vierten Bataillone das geleistet haben, was man bei ihrer Einrichtung erwartete, und daß sie das nicht geleistet haben, was man damals auch nicht von ihnen erwarten konnte. Soll vielleicht bezüglich der vierten Bataillone ein Nachtragsetat kommen? Dann wäre uns ja die Grundlage für die Etatsberatung überhaupt entzogen. Der bayerische Landtag hat den Militäretat bereits beraten; er hat sich einstimmig für eine Verminderung der Pensionierungen ausgesprochen. Der Pensionsetat ist von 47 auf 84 Millionen Mark gestiegen. (Hört, hört!) Die Zahl der pensionierten preussischen Offiziere beträgt jetzt 8000, das ist beinahe die Hälfte der aktiven Offiziere. (Hört, hört! links und im Centre.) Es muß unterstellt werden, ob der Grund dafür, daß der im Advance mit übergangenen seinen Abschied nehmen muß, nicht bedeutende finanzielle Konsequenzen nach sich zieht. Bei der Marine geht die Pensionierung noch lustiger; wir haben schon 37 pensionierte Admirale bei 13 aktiven. (Heiterkeit.) Bei der Marine ist eine Mehraufgabe von 2 Millionen hauptsächlich wohl dadurch entstanden, daß das ostafrikanische Geschwader aus größeren, also kostspieligeren Schiffen zusammengesetzt ist.

Ueber die Politik in Asien gibt uns vielleicht die Regierung Auskunft, weil sie nicht übereinstimmen scheint mit den Erklärungen, welche in der Budgetkommission gegeben sind. (Sehr richtig! links und im Centre.) Und weil diese Interpellationspolitik nicht den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands entspricht.

Herr Fröhen hat sich für Abschnitte bei den Schiffsbauern ausgesprochen; das ist erfindlich gegenüber der Freigebigkeit im vorigen Jahre, die nur den Anlaß gegeben hat, noch mehr zu fordern. (Heiterkeit.) Herr v. Kardorff hat gemeint, in der Marine dürfe überhaupt nicht gespart werden; wir gäben nicht einmal 5 pCt. des Wertes der vorhandenen Schiffe für Neubauten aus. Diese 5 pCt. umfassen doch aber nur dasjenige, was aus laufenden Mitteln für Schiffsbauten aufgegeben wird, während es doch, wenn man die ganze Vermehrung ins Auge faßt, ganz gleichgültig ist, ob die Kosten der

neuen Schiffe aus laufenden oder Anleihemitteln gedeckt werden. Das was aus Anleihemitteln gedeckt ist, spielt in der Rechnung des Abgeordneten v. Kardorff nicht mit. Ich wundere mich, wie dem Vorsitzenden der Budgetkommission ein solcher Lausuf begegnen konnte. In diesem Jahre erreicht das Extraordinarium der Marine schon die Hälfte des Extraordinariums des Militäretats! Bei diesen Neubauten kommt es doch nicht sowohl auf die ersten Noten an, sondern auf das was nachkommt. Das große Panzerschiff, welches wir vor zwei Jahren bewilligt haben, kostet 20 Millionen. Die Schiffe, für die wir im vorigen Jahre erste Noten bewilligt haben, kosten 40 Millionen, und die jetzt geforderten Schiffe würden ebenfalls 40 Millionen kosten. Das sind im ganzen 100 Millionen, 50 pCt. des Wertes der vorhandenen Schiffe! Darüber ist kein Zweifel, daß man unserer Flotte jetzt Aufgaben stellt im Widerspruch mit allen früheren Kundgebungen. Es sollen nicht bloß die Küste verteidigt und die deutschen Interessen vertreten werden. Es sollen auch große Schlachten geliefert werden in überseeischen Gewässern. Der überseeische deutsche Abfahr hängt von der Güte unserer Boaten ab, und nicht von der Zahl unserer Kanonen auf den Schiffen. Jeder in überseeischen Gewässern befindliche Kreuzer entzieht uns Mannschaften, welche die Marine braucht zum Schutze des Vaterlandes.

Herr Fröhen will das Segirnesser auch an den Kolonialetat legen. Das ist erfindlich, denn das rapide Steigen des Kolonialetats ist nur möglich gewesen durch die Freigebigkeit des Zentrums. Herr Fröhen wollte allerdings nicht die Schiffe schneiden; er wollte die Forderungen der Kultur nicht stören. Er hat vielleicht nicht daran gedacht, daß man seine Worte auch deuten könnte auf die Kulturträger à la Veit und Wehlan. (Sehr richtig! links.) Das Missionswesen und die Kolonialpolitik sind durchaus nicht gleichbedeutend; erstere ist nicht an eine bestimmte Plage gebunden. Evangelische und katholische deutsche Missionäre sind in fremden Ländern und Schutzgebieten thätig gewesen, bevor die schwarz-weiße Platte dort gehit war. Es wäre der Untersuchung werth, ob durch die Art der Kolonialpolitik, die dort geführt wird, das Missionswesen wirklich gefördert wird, und nicht viel mehr Menschen durch Todtschlag zur Hölle befördert, als zum Christenthum bekehrt werden. Seitdem Fürst Bismarck fort ist, entwickelt sich das Kolonialwesen immer mehr militärisch; von Kulturbestrebungen ist keine Rede. Immer mehr Kosten und Ausgaben werden notwendig durch die Vermehrung der Schutztruppe und Verstärkung des militärischen Elementes. Jetzt sollen wir wieder 1 1/2 Millionen mehr für Kolonialmede bewilligen. Rechnen Sie hinzu was uns die Kolonien mittelbar durch die anderen Etats kosten, so haben wir schon jetzt 11 Millionen. Was könnte dafür geleistet werden! Wie viele gerechtfertigte Wünsche und Beschwerden könnten durch Aufhebung der Gehälter berücksichtigt werden. In den Einzelstaaten, wie Preußen, kauft man mit einem Lehrerbeförderungsgesetz, weil es einen Aufwand von 2 Millionen erfordert würde! Wenn die Herren im Bundesrath mit dieser Freigebigkeit in der Ausgestaltung des Etats fortfahren, dann ist die Zeit nicht fern, wo das Reich wieder der Kaffgänger der Einzelstaaten werden wird. Die Herren vom Bundesrath mögen sich daher vorsetzen, namentlich wenn es sich darum handelt, die Grundlagen des Etats, die Einnahmen, die Steuererträge umzugestalten.

Gerade jetzt soll ja die Art gelegt werden an eine Haupteinnahme, an die Zucksteuer. Wir allerdings haben doch schon erlebt, wie die Einnahme der Zucksteuer infolge der Prämien bis auf 9 Millionen Mark heruntergesunken ist. Jetzt ist die Zucksteuer auf 80 Millionen gestiegen. Die Ausfuhrprämie soll allerdings nicht aus der Reichskasse bestritten werden, sondern durch einen Zuschlag zur Verbrauchsabgabe gedeckt werden. Ueßt das keinen Einfluß auf die Einnahme aus der Zucksteuer? Die inländischen Preise werden doch auch gesteigert; das Kilo Zucker wird um mindestens 10 Pf. dadurch verteuert. (Widerstand rechts.) Der Landeskonsum ist in den letzten 8 Jahren um 50 pCt. gestiegen; eine Abnahme des Konsums um ein Drittel ergibt einen Einnahme-Ausfall von 18 Millionen Mark. Mit einem solchen Opfer will man die deutsche Zuckerausfuhr erhalten. Für die Militärvorlage wollte der Reichstag den Tabak und das Bier nicht besteuern, und hier will man ein Lebensmittel versteuern zu Gunsten der Zuckerausfuhr. Die Zuckerausfuhr in Hamburg protestiren gegen ein solches Gesetz. Was hat sich geändert seit 1891? Man hat damals nicht auf die Befreiung der Prämien anderer Länder gerechnet; man hat damals geglaubt, im Interesse der Reichskasse könne man nicht warten auf die Befreiung der Prämien. Hat sich die Ausfuhr vermindert? Es ist ein Preisfall überall eingetreten infolge der außerordentlich günstigen Ernte des letzten Jahres. Die bevorstehende Kampagne hat eine allgemeine Einschränkung der Produktion überall mit sich gebracht und dadurch wird ohne finanzielles Mittel der Preis wiederhergestellt werden. Diese Preissteigerung hat man bei der Bronntweinsteuer begründet mit dem Hinweis auf die armen ostelbischen Provinzen. Jetzt handelt es sich aber um die reichen Provinzen, Sachsen u. s. w., wo die Preise der Landgüter infolge des Währungsbaues erheblich gestiegen sind. Auf Kosten der ostelbischen Provinzen sollen diese reichen Provinzen unterstützt werden. Und gerade die großen Fabriken, welche billiger produzieren und nach dem Auslande exportieren können, die besteuert man, um ihre Produktion einzuschränken. Wenn wir jetzt die Ausfuhrprämien aufheben, so ist die Zuckerindustrie in Amerika besser gestellt als jetzt, wo ein Zuschlagssoll erhoben wird. Wir sollen Geld opfern, um den Amerikanern billigeren Zucker zu liefern! Wenn die Amerikaner ihren Zuschlagssoll nun auch aufheben, was bleibt übrig, als eine Besteuerung des inländischen Konsums?

Herr v. Marschall meinte, daß wir die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Amerika mit Ruhe behandeln sollen. Damit bin ich einverstanden. Ich bin überzeugt, daß die Maßnahmen, über welche Amerika sich beschwert, keine Spitze gegen Amerika haben. Aber die Begründung der Maßregeln ist nicht bekannt, sie befindet sich nur in den Akten. Im Abgeordnetenhaus wurde die Schließung der Grenze verlangt nicht allein wegen der Seuchengefahr, sondern hauptsächlich zur Steigerung der inländischen Preise. Da entsteht dann im Auslande die Anschauung, daß die Maßregeln protektionistischen Absichten entspringen. Wenn das Tagesheft wirklich auch im geschlossenen Reich noch gefährlich sein soll, warum werden denn die Attente darüber nicht veröffentlicht? Bezüglich der Versicherungsgesellschaften wäre es angebracht, die Vorschriften noch einmal zu prüfen. Man sagt, daß sie auch für die inländischen Gesellschaften sehr lästig sind. Die Versicherungsgesellschaften können nicht, wenn sie in verschiedenen Staaten arbeiten, sich in jedem Staat anderen Vorschriften unterwerfen. Die fremden Gesellschaften sind aufgefordert worden, die Hälfte ihrer Prämienreserve in Konsole anzulegen und sie als Buchschuld einzutragen zu lassen. Es ist bedauerlich, daß diese Dinge alle kurzer Hand auf dem Verwaltungswege gemacht werden können.

Diese Session ist mit Vorlagen so überlastet, daß wir diese nicht einmal im Juli erledigen könnten. Die Kommissionen arbeiten mühsam mehr beschränkt werden. Jetzt fällt

der Schwerpunkt des Reichstages für Monate in die Kommissionen. Die Folge davon ist eine Ueberlastung der Kommissionen, schwache Befragung der Väter dieses Hauses und fortwährende Verschleppung. Grundtätliche Fragen sollten in zweiter Lesung sofort im Plenum entschieden und die technische Durcharbeitung der einzelnen Bestimmungen den Kommissionen überlassen werden. Dieselbe Einschränkung wäre auch schon beim Budget am Platz; sodann bei der Justiznovelle, die leider noch nicht an uns gelangt ist. Wir haben sehr bedauert, daß im vorigen Jahre die Novelle in Bezug auf die Entschädigung unschuldig Verurtheilter und die Wiedereinführung der Verurteilung nicht zum Abschluß gekommen ist. Die Wiedereinführung der Verurteilung ist gegenüber den Erfahrungen, die wir in den letzten Wochen mit den Strafkammern gemacht haben, besonders dringlich. Wer heute wegen eines politischen Vergehens angeklagt ist und das Unglück hat, vor die Strafkammer zu kommen, kann sich schon von vornherein als verurtheilt betrachten. (Sehr richtig! links.) Er wird von dem Vorsitzenden dieser Kammer wie ein Verurtheilter behandelt, und man weiß nicht, warum überhaupt noch die Formalität einer Gerichtsverhandlung stattfindet. Politische Vergehungen gehören vor die Schwurgerichte; die jetzige Art der Aburtheilung steht in schreiendem Widerspruch mit dem öffentlichen Rechtsbewußtsein. (Zustimmung links.) Wo solche künstlichen Urtheile gefällt werden, wie in der letzten Zeit geschehen ist, da macht man die Angeklagten zu Märtyrern. Ich bedauere, daß die Aufhebung des Zeugniszwanges in Pressachen und die Beschränkung der Zuständigkeit der Strafkammern in Pressachen noch immer nicht zur gesetzlichen Regelung gelangt ist, obgleich der Reichstag bereits 1876 mit überwältigender Mehrheit sich dafür ausgesprochen hat. Seitdem sind die Unzulänglichkeiten der bisherigen Bestimmungen erst recht grell hervorgetreten; das ist nicht einladend zu einem Verzicht, wie er gegenwärtig vielfach verlangt wird gegenüber dem bürgerlichen Gesetzbuch. Ich bedauere, daß in dem Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches das Vereinsrecht nicht behandelt ist; wir haben uns deshalb veranlaßt gesehen, dem Hause einen solchen Entwurf bezüglich der Rechtspersönlichkeit der Berufsvereine vorzulegen, ebenso ein Nothgesetz in Bezug auf das politische Vereinsrecht, namentlich gegenüber den Polizeimaßnahmen der letzten Wochen. Diese polizeilichen Maßnahmen gehen nicht die Sozialdemokratie allein an, sie treffen in ihren Konsequenzen alle anderen Parteien. Mit Recht ist 1871 die Zuständigkeit des Reichs auf das Vereins- und Versammlungsgesetz ausgedehnt worden. Dieses Recht ist entscheidend für die Art der Verhätzung des öffentlichen Lebens in Deutschland, und dieses ist wieder die Grundbedingung für die Zusammensetzung der Volksvertretung und die Richtung der Gesetzgebung. Welche Ungleichheit in den Einzelstaaten bis zu Mecklenburg-Strelitz herab (oh! rechts), wo die Abhaltung einer Versammlung von der vorherigen Genehmigung des hohen Ministeriums abhängt! Es darf nicht länger eine Bestimmung aufrecht erhalten werden, welche die Verbindung der politischen Vereine unter einander untersagt. Wenn man die letzten Konsequenzen zöge, müßte man auch die Zentralorganisation der landwirtschaftlichen, industriellen und der Handels- und Gewerbevereine aufheben, welche der Vertretung der Sonderinteressen einen viel größeren Spielraum gewähren, als die politischen Vereine, welche allgemeine Interessen verfolgen.

Die Tronrede hat mit Recht daran erinnert, daß wir demnächst die fünf und zwanzigjährige Jubelfeier des Reiches begehen. Ich denke, wir werden die Feier einträchtig mit einander begehen. Wenn ich aber als Einer, der dem ersten Reichstage schon angehört hat, die politischen Zustände von damals und heute vergleiche, so fällt der Vergleich nicht zu Gunsten der Gegenwart aus. (Heiterkeit rechts.) In den ersten Jahren des Deutschen Reiches hatte die wirtschaftliche Gesetzgebung einen freibethlichen Zug; man suchte das Gewerbe zu befreien von allen Schranken, damit wir die Mittelkosten tragen könnten. Seitdem sind die Militäraufgaben verdoppelt, die Steuerlasten verdreifacht worden; die Gesetzgebung hat aber das gewerbliche Leben erschwert und die Kraft vermindert, die Last des Reiches zu tragen. Herr von Kardorff ist allerdings anderer Meinung. Er hat die Zeit von 1873 eine Zeit der Verarmung und des Verfalls genannt; Fürst Bismarck's Uebersicht habe einen steigenden Wohlstand geschaffen, der wieder durchbrochen ist durch die Handelsverträge, so daß wir wieder einer zunehmenden Verarmung entgegengehen. (Heiterkeit links.) Herr von Kardorff tritt um so selbstbewußter auf, je schwächer die Unterlagen seiner Behauptungen, je willkürlicher seine Schlussfolgerungen sind. Herr v. Kardorff hat von der schlechten Handelsbilanz der letzten Jahre gesprochen. Das sind die Berechnungen, die aus den siebziger Jahren bekannt sind. Sie sind lediglich privaten Ursprungs; eine genaue Ausfuhrstatistik hat es damals garnicht gegeben; sie ist erst später eingeführt worden, weil früher die Zollverwaltung an der Ausfuhr kein Interesse hatte; die Ausfuhrwerte sind damals sehr niedrig angegeben worden. 1873 ist gar kein Freihandel eingeführt worden. Es sind damals nur die Grenzölle etwas ermäßigt worden, sonst blieb alles beim alten. Herr v. Kardorff hat die Zahlen sich garnicht genau angesehen, sonst würde er gesehen haben, daß 1872—73 die Einfuhr so groß war, wie niemals zuvor. Wir müßten also damals der Verarmung entgegengegangen sein, gerade als wir die französischen Milliarden erhielten (Heiterkeit) und als die Industrie auf der Höhe stand. Die Zahlen beweisen, daß wir nach Herrn v. Kardorff der Verarmung entgegengegangen sind in den Jahren, welche den Handelsverträgen vorangegangen sind. Aber die ganzen Berechnungen sind hinfällig, und wenn Sie die Statistik anderer Länder vergleichen, so finden Sie, daß alle anderen Länder eine Unterbilanz haben, nur Spanien und Serbien nicht. (Große Heiterkeit.) England z. B. ist um 10 000 Millionen Mark in den letzten Jahren verarmt! (Heiterkeit.) Entschuldigen Sie, daß ich Sie mit Nationalökonomie etwas belästigt habe. Für Herrn v. Kardorff wäre das sehr bezeichnend gewesen; aber ich sehe einen, der nicht da ist. (Heiterkeit.) Häßlich kann ich es nicht gerade finden, daß man erst eine Brandrede hält und dann verschwindet. Fürst Bismarck hat es freilich öfter so gemacht, aber nicht alles, was Jupiter erlaubt ist, schied sich für jeden anderen. (Heiterkeit.) Herr v. Kardorff meint, daß wir uns im Stadium der allgemeinen Verarmung befinden, weil die Getreideölle um 1,50 M. ermäßigt sind. Ich habe die Wirkung der Handelsverträge nicht überschätzt, aber sie haben gehalten, was sie versprochen haben; ihr Hauptvertheil besteht darin, daß sie dem System der gegenseitigen Dinaufschraubung der Zölle unter den einzelnen Staaten entgegengekommen haben. Herr v. Kardorff behauptet, daß die Industrie einen Aufschwung genommen hat, Graf Posadowsky hat nachgewiesen, daß die Mittelklasse, Kasse u. s. w., größere Zolleinnahmen ergeben haben, gerade die Dinge des Massenkonsums sind in größerer Menge verbraucht worden. Auch die Arbeitslosigkeit ist jetzt nicht so groß wie früher. Also

von einer Verarmung kann keine Rede sein. Herr v. Kardorff spricht von einer Verarmung auf dem Lande. Aber die Statistik des Viehbestandes ergibt eine Zunahme des Viehes von 600 Millionen Mark in zehn Jahren. Allerdings sind die Renten allgemein gefallen, da muß sich der Grundrentier den Vorkang ebenso gefallen lassen, wie der Kapitalist. Eine Abnahme der Bevölkerung auf dem Lande hat sich von 1885 bis 1890 nicht ergeben oder sie beruht nur auf rechnerischen Verschiebungen, weil einzelne kleine Gemeinden, die früher unter 2000 Einwohner hatten, jetzt mehr als 2000 Einwohner haben. Eine Abnahme der Bevölkerung zeigt sich nur in den preussischen Ostprovinzen. Daß die Industriebevölkerung zunimmt, ist selbstverständlich; wo soll denn die Bevölkerung überhaupt unterkommen, da die Arbeit auf dem Lande beschränkt ist? Sollen mehr Leute auf dem Lande bleiben, dann sorgen Sie für Aufhebung der Beschränkungen, sorgen Sie dafür, daß die kleinen Leute Besitztümer erwerben können. Statt dessen sollen sie die Arbeitskommission fördern und den Erwerb von Grund und Boden verhindern. Sollen Sie sich die Zuckersteuer zu machen und legen Sie keine Prämie darauf, daß die Leute aus dem Osten nach Sachsen gehen. Herr v. Kardorff hat den Altkreisfänger besucht; ich war begierig, was er für ein Programm mitgebracht hat, ob er wohl die Regierung scharf machen würde. (Heiterkeit.) Er brachte aber kein Programm, sondern schloß wie der alte Altkreisfänger: Seid einig! einig! einig! Das war nicht nötig, da die Minister eben darüber einig geworden waren. Herrn von Röllern aus ihren Reihen aufzuschließen. (Heiterkeit.) Herr von Kardorff beschwerte sich darüber, daß die Minister sich untereinander verheben. Ich weiß nicht, ob das geschehen ist; ich will die Minister nicht verteidigen. Aber die Verheerung war unter dem Fürsten Bismarck noch viel schlimmer. Gegen Herrn von Röllern will ich nichts sagen. Abgegangenen Ministern sage ich nur gutes. Die Schaffung der „Berliner Correspondenz“ war etwas gutes. Ich bedauere aber, daß dieser gute Gedanke des Herrn von Röllern nicht allen Ressorts gegenüber zum Ausdruck gekommen ist. Es werden Regierungsvorlagen verschleppt bald an diese, bald an jene Zeitung. Die Minister würden gut thun in ihrem eigenen Interesse, dem entgegenzutreten und zwar dadurch, daß die Vorlagen möglichst bald im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht werden. Wenn man sagt, das 25jährige Bestehen des Reiches sollte am besten dadurch gefeiert werden, daß das Einigende betont wird, so ist das ein gutes Wort; unter dem Fürsten Bismarck wurde gerade das Trennende, der Widerstreit der Interessen betont. Die Begehrlichkeit ist gewachsen, die Sonderinteressen sind aufgestachelt. Das Reich kann aber nicht alle Anforderungen befriedigen, ohne den Handel und Verkehr härter zu belasten. Das ist eine böse Erbschaft, die die Regierung übernommen hat. Die Regierung trifft aber der Vorwurf, daß sie nicht energisch genug die Sonderinteressen abschüttelt.

Gegenüber dem Antrag Kanitz hat die Regierung eine runde Abgabe erteilt. Aber die Zuckersteuer ist aus demselben Holze gewachsen wie der Antrag Kanitz, sie ist in ihren Grundlagen vielleicht noch verderblicher. Es ist deshalb leicht, den Glauben zu erwecken, daß die Regierung noch zum Antrag Kanitz sich bekehrt. Der Antrag Kanitz ist etwas neu mit Schürren und Quasten ausstaffiert wieder eingebracht worden. Wir werden in der Verhandlung eintreten, aber der Haupttrübsen im Streit, Herr v. Hammerstein, fehlt, der Ritter ohne Furcht, aber mit um so mehr Zabel. Es ist gelungen, vier armselige Nationalliberale für den Antrag Kanitz zu gewinnen. Herr v. Bennigsen hat den Antrag als gefährlich und verderblich bezeichnet, aber seine Freunde haben den Antrag unterzeichnet. Das scheint unter nationalliberalen Kameraden ganz egal zu sein! (Heiterkeit.) Wegen des Antrags Kanitz ist hauptsächlich die Hochburg der Konservativen, Halle-Perford, verloren gegangen. Trotzdem man sich bemüht hat, von dem Antrag bei der Wahl so wenig wie möglich zu reden, wurden doch die bauerlichen Wähler bedenklich und ließen die Konservativen im Stich. Das sind also ganz intelligente Leute, aber anderweitig werden die Wähler auch noch flug werden. (Heiterkeit.) Die andern Parteien sind überhaupt dieser Agitation gegenüber viel zu nachsichtig gewesen; wir müssen die Gegenagitation gegen die Brotvertheurer und Weltverschlechterer — das ist ja ein und dieselbe Gesellschaft — etwas kräftiger aufassen. Ich habe gestern bemerkt, daß Herr v. Kardorff am Schluß seiner Rede den eigentlichen Trümpf aufspielte und den Bimetallismus als Heilmittel empfahl. Man hat mir aber gesagt, daß Herr v. Kardorff jetzt zu den andern Silbermännern fährt und daß die Silbermänner sich gegenwärtig in Paris versammeln, weil sie das Bedürfnis empfinden, sich gegenseitig zu trösten. (Heiterkeit.) Da es mit Balfour, auf den sie so große Hoffnungen gesetzt hatten, absolut nichts ist. Er ist ins Amt gekommen, aber er macht ihnen den Bimetallismus nicht. Insofern warten wir ab. Vielleicht war Herr v. Kardorff gestern hierin so schweigsam, damit der Eindruck um so größer ist, wenn er nun gestärkt und gestärkt durch die übrigen Silbermänner aus Paris zurückgekehrt ist und dann die Sturmflut gegen das Ministerium vorantreibt. Der Landtags-Abgeordnete Krenndt hat ja in seinem Wochenblatt laut verkündet, was nun werden soll. Jetzt wird Graf Mirbach demnächst zurückkehren und fürchterliche Mythen halten unter den Ministern. (Heiterkeit.) Dann wird es heißen: Hohenlohe, hic Rhodus, hic salta! Und wehe, wenn dann nicht das Programm des Grafen Mirbach erfüllt wird! Dann wird Hohenlohe in denselben Versenkung verschwinden, in welche Graf Caprivi versunken ist und zuletzt Herr v. Röllern. (Heiterkeit.) Also der Reichsfänger ist gewarnt! (Heiterkeit.) Er möge sich versehen, wenn die Herren aus Paris kommen. (Heiterkeit.) Sie sehen die Sache mit einer gewissen heiteren Ruhe an, aber darin gebe ich den Herren Bimetallisten recht: die Zeit der Halbheiten ist vorbei — entweder — oder! Die Methode, daß man sagt: ohne Präjudiz für die Goldwährung oder den Bimetallismus, liegt nicht länger so; dabei verliert man das Vertrauen auf jeder Seite. Es muß ein entschiedener Standpunkt eingenommen werden, alles andere ist verschwimmend gegenüber dem großen Segen der Goldwährung und dem Festhalten an der Goldwährung. (Sehr wahr! links.) Hoffentlich wird die Regierung aus den jetzigen Erinnerungs- und Festfeiern in Deutschland die Stärke und Kraft finden, mehr und sicherer als bisher das nationale Banner der gemeinsamen Interessen des ganzen Volkes hochzuhalten gegenüber den Sonderbündnissen von verschiedenen Seiten. Nur soweit dies der Fall ist, darf sie auf unsere Unterstützung rechnen. (Lebhafter Beifall links.)

Nach dieser so zweifelhafte Rede erhält das Wort Reichsfänger Herr v. Hohenlohe: Ich bin genötigt, auf einige Aeußerungen des Herrn v. Kardorff einzugehen. Herr v. Kardorff hat der Regierung den Vorwurf des Mangels an Einigkeit gemacht. Ich wundere mich, daß ein Politiker von so großer Erfahrung auf das Gerüde der Zeitungen eingeht, daß die Minister in Zeitungen sich gegenseitig beföhden. Bei der Beurteilung der Einigkeit der Regierung kommt es hauptsächlich auf Ziel und Richtung der Politik an. Diese sind in meinem Programm im vorigen Jahre beim Eintritt in die Session festgelegt worden, und daran hat sich nichts geändert; die Minister sind nach wie vor damit einverstanden, in keinem Punkte sind Abweichungen erfolgt. Der Vorwurf des Mangels an Einigkeit ist also in das Gebiet der Legende zu verweisen. (Beifall rechts.) Meinungsverschiedenheit findet überall da statt, wo Menschen sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen. Wir, die Minister, suchen die Meinungsverschiedenheiten in friedlicher Weise zu lösen. Der Austritt des Ministers v. Röllern ist nicht ausschließlich auf Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen; er ist veranlaßt worden durch Mißbilligungen, die sich an die Meinungs-

verschiedenheiten geknüpft haben. (Hört!) Ich war zu meinem Bedauern nicht in der Lage, diese Mißbilligungen zu befeitigen. Die Frage der Maßregeln gegen die sozialdemokratischen Vereine in Berlin hat ebenso wenig wie die anderen in den Zeitungen aufgeführten Gründe dazu den Anlaß gegeben. Wenn der Regierung Mangel an Initiative vorgeworfen wird, so möchte ich doch dabei bemerken, daß das nur geschehen kann mit einem Reichstag, der eine geschlossene Majorität hat. Das ist bei uns nicht der Fall. Zahlreiche Interessen machen sich im Reichstage geltend, die den Gang der Regierung erschweren.

Herr von Kardorff wünscht die Wiederherstellung der Ruhe, Ordnung und Wohlhabenheit, die Zurückdrängung der drohenden Gefahren, vor denen er gewarnt hat. Wir werden fortfahren, die gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung, gegen Religion und gegen Monarchie gerichteten Bestrebungen zu bekämpfen. Im Wege des gemeinen Rechts ist das uns bekanntlich mißlungen. Ich komme darauf nicht zurück und habe ich nicht die Absicht, dem Reichstage ein neues Gesetz vorzulegen. Allein der ruhige Bürger bedarf des Schutzes, und es ist nötig, daß die Gesetze, welche bestehen und welche geeignet sind, diese Gefahren abzuwenden, zur Ausführung kommen. (Abg. Singer: Gegen alle Parteien!) Wenn die Sozialdemokratie sich beklagt, daß sie jetzt anders behandelt wird, so ist sie selbst daran schuld. Ihre Presse hat, als in diesem Sommer die deutsche Nation sich anschickte, die großen Thaten zu feiern, welche vor 25 Jahren vollbracht wurden, und als das gesamte Deutschland dabei seines ehrwürdigen Kaisers gedachte, dessen Muth und Weisheit zur Gründung des Deutschen Reiches geführt hat (Beifall rechts), diese nationale Bewegung mit Hohn überhäuft und das „Vaterland“ als einen kulturfeindlichen reaktionären Begriff bezeichnet. Ich beschränke mich auf dieses Zitat, um den Geist anzudeuten, der in diesen Auffassungen walte. Oft ist an mich die Frage gerichtet worden, wie lange soll das noch dauern? Die Herren von der Sozialdemokratie dürfen nicht vergessen, daß ihre Grundsätze des Kommunismus und Sozialismus, wie sie vertreten werden, nicht den Einbruch der wissenschaftlichen Erörterung machen, sondern eines Begriffs, hervorgehend aus einer kulturfeindlichen, vaterlandslosen Gesinnung. Wenn wir dagegen die Fägel etwas krasser angezogen, haben wir dabei weite Kreise des Volkes hinter uns. (Beifall rechts.)

Abg. Enneccerus (nat.): In der großen Unruhe des Hauses gehen die ersten Worte des Redners verloren. Er scheint sich gegen die Ausführungen des Fürsten Hohenlohe zu wenden und zu bemerken, daß die Maßregeln gegen die sozialdemokratischen Vereine vielleicht derartige seien, daß sie Sympathien für die Sozialdemokraten erwecken. Gegenwärtig bemerkt Redner, daß dieser das Urtheil über die 3 Herren und Hospitanten, welche den Antrag Kanitz unterzeichnet haben, der Fraktion überlassen möge. (Zustimmung.) Die Mehrheit der Fraktion ist gegen den Antrag und hält denselben für sehr bedenklich und für ein sehr gefährliches Agitationsmittel. Das sollten auch die Herren bedenken, welche für ihn eintreten. Der Antrag verstoße gegen die Handelsverträge. Wie denkt man sich das? Solche Dinge müssen auch denen, welche noch Anhänger des Antrags Kanitz sind, die Augen öffnen über seine Unausführbarkeit. Herrn v. Warshaw sind wir für seine Erklärung dankbar. Wir erkennen daraus, daß die Regierung mit aller Befonnenheit und nachdrücklich der Frage näher treten wird, daß sie bei aller Festigkeit den berechtigten Interessen des Auslandes nicht zu nahe treten wird. In Amerika wird der deutsche Handel vielfach belästigt. Wir wünschen die Freundschaft mit Amerika aufrecht zu erhalten, namentlich aus volkswirtschaftlichen Gründen. Den Etat sehe ich günstiger an als Herr Richter. Ich stimme nicht ein in seinen Zabel, daß mit Rücksicht auf die Steuervorlagen die Einnahmen zu gering eingeschätzt waren. Gegenüber der stetigen Steigerung der Schulden müssen wir organische Einrichtungen treffen. Dafür ist meiner Meinung nach gerade jetzt der richtige Moment. Verschiedene Parteien wollten von der Finanzreform nichts wissen wegen ihrer Verbindung mit der Tabaksteuer. Wird die Reform allein vorgelegt, so wird sie eine bessere Beurtheilung finden. Ich trete für die Reform ein, nicht bloß wegen der Einzelstaaten, sondern auch im Interesse der Steuerzahler. Unnütze Ausgaben vermeiden kann nur ein durch seine Stellung mächtiger Schatzsekretär. Das beweist die Strömung des preussischen Finanzministers. Dem Reichs-Schatzsekretär fehlt das Hauptargument: Ich habe kein Geld. Denn das Reich hat infolge der Materialbeiträge kein Defizit. Jede Gemeinde und jeder Staat muß seine Ausgaben selbst bestreiten; man muß auch das Reich selbstständig machen. Aber da kommt der Automat als Schreckbild für die weniger gebildeten Leute; das ist das bedrückende Agitationsmittel des Herrn Richter. (Heiterkeit.) Der Automat ist nur ein Gespenst; es ist nicht weiter dahinter, als daß das Reich auf sich selber angewiesen werden soll. Herr Frhcn will einen Theil der bei der Konvertirung ersparten Zinsen zur Schuldenentlastung verwenden; er findet darin keinen Widerspruch gegen die Grandenfeinsche Klausel. Das ist richtig. Diese Frage muß in der Budgetkommission gründlich erörtern werden.

Im Etat ist 1 Million Mark Ueberschuß aus dem Münzwesen eingestellt. Ich möchte dabei die Regierung fragen wegen der Bestrebungen auf Aenderung unserer Währung. Der Reichstag hat die Regierung aufgefordert, eine Münzkonferenz einzuberufen. Die Gründe für die Annahme dieses Antrages waren verschiedene. Einige wollten dadurch die Doppelwährung fördern, andere wollten aber nur eine Klärung schaffen. Ich möchte fragen, welche Antworten auf die Anfrage der deutschen Regierung von den verbündeten und von den auswärtigen Regierungen eingegangen sind. Ich stelle die Frage nur zur Klärung; die Mehrzahl meiner Freunde will an unserer Währung nichts ändern.

Die Einnahmen des Kaiser-Wilhelm-Kanals decken nicht vollständig die Ausgaben. Das muß untersucht werden in der Kommission, weil leitende Handelskreise die Meinung haben, daß die niedrigen Einnahmen veranlaßt sind durch die hohen Tarife und die falsche Anordnung derselben. Ich hoffe, daß die Regierung bereit sein wird, die Materialien dazu zur Verfügung zu stellen. (Zustimmung des Staatssekretärs v. Bötticher.) Die Ausgaben des Reiches für die Invalidenversicherung steigen; es steigen aber auch die Kapitalansammlungen bei den Invalidenversicherungsanstalten, und da die Invalidenrenten schneller erwachsen, als man angenommen hat, so werden Mittel frei, die man anderweitig verwenden könnte zur Verminderung der Beiträge oder zur Gewährung von Theilrenten oder vorübergehenden Renten an bedürftige bezw. vorübergehend erwerbsunfähige Personen. Ich würde auch die Wittwen- und Waisenversicherung empfehlen, die freilich nur durch Aenderung des Gesetzes eingeführt werden kann. Wir wollen die gesunde Fortentwicklung der Arbeiterversicherung, aber deswegen verlangen wir eine Vereinfachung der Organisation, denn die Klagen sind hauptsächlich auf die Belästigungen zurückzuführen, nicht auf die Versicherung selbst. Es sind schon Erwägungen darüber im Gange; ich bitte den Herrn Staatssekretär, das Material darüber baldigst zu veröffentlichen. Die öffentliche Kritik würde, wie es sich beim bürgerlichen Gesetzbuch gezeigt hat, sehr zur Förderung des Werkes beitragen. Im Militärstatut ist eine technische Inspektion neu vorgelesen für die artistischen Institute und für die Fürsorge für die Arbeiter dieser Institute. Diesem Vorstöße gehört

unsere volle Sympathie; ich möchte den Kriegsminister bitten, sich nicht irre machen zu lassen in diesem Vorstöße durch das überall verurtheilte Gedahren der Sozialdemokratie bei der Feier der vor 25 Jahren erfochtenen Siege. Ueber den Stand der Militärreformproben können die Erklärungen wohl nur in der Budgetkommission gegeben werden. Der Instandhaltungsplan der Marine wird einer genaueren Prüfung unterzogen werden müssen. In Südamerika, wo große Interessen sind, ebenso in Ostasien ist das Deutsche Reich nicht genügend vertreten, weil es keine geeigneten Kreuzer hat. Nach England kann das Deutsche Reich am allerwenigsten einer präsentationsfähigen Flotte entbehren. An unserer Küste liegen die großen Handelsstädte, unser Handel ist nach dem englischen der ausgedehnteste. Herr Richter meint, wir sollten gute Waaren liefern; aber damit ist es allein nicht gethan, das behältigen alle Sachverständigen. Vorbehaltlich der Einzelprüfungen, können wir die Forderungen für die Marine nicht für zu hoch halten. Die Ueberschüsse des Post-Etats sind in erfreulicher Weise gestiegen. Das legt uns die Frage nahe, ob nicht für die Unterbeamten dieser Verwaltung etwas geschehen kann. Greulich ist es, daß eine geringe Aufbesserung der Minimalgehälter stattgefunden hat. Der Reichs-Zustizetat enthält einige Posten, die sich auf das bürgerliche Gesetzbuch beziehen. In der „Freisinnigen Zeitung“ ist ein Angriff gegen das Gesetzbuch daraus hergeleitet worden, daß das Verordnungsrecht darin nicht geregelt ist. Wir wollen nicht, daß diese Materie mit diesem Gesetzbuch verquickt wird. Die meisten Juristen haben sich für die Annahme des bürgerlichen Gesetzbuches erklärt. Die große Bedeutung dieses Gesetzbuches ist für den einzelnen kaum zu übersehen. Jeder, der einen einzelnen Punkt des Gesetzbuches bekämpfen will, sollte daran denken, daß dadurch das große nationale Werk geschädigt werden kann. Die Zuständigkeit des Reiches ist ohnehin nicht sehr ausgedehnt. Die Frage der Kunst und Wissenschaft gehört den Einzelstaaten; um so nothwendiger ist es, daß das Reich wenigstens die äußere Reichseinheit herbeiführt. Der Bundesrath hat das bürgerliche Gesetzbuch wohlwollend aufgenommen. Der Reichstag sollte sich vom Bundesrath nicht an Patriotismus abtreiben lassen. Deshalb richte ich die Bitte an alle Juristen, das bürgerliche Gesetzbuch nicht, wie wir wünschen würden, en bloc anzunehmen (Widerspruch links und im Centrum), sondern nur bezüglich der Aenderungsvorschläge sich äußerster Enthaltensamkeit zu befleißigen. Deshalb will ich mit der Hoffnung schließen, daß der Reichstag sein möge das, was er sein soll und als was er vor 25 Jahren begründet wurde: Die Grundfrage der Einheit des Reiches. Das würde die beste Feier des 25jährigen Bestehens des Reiches sein. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär v. Bötticher: Die Korrektur unserer Arbeiter-Versicherungsgesetze wollten wir in der Reihenfolge vornehmen, in der die Gesetze selbst entstanden sind. Das Krankentaggengesetz haben wir 1892 revidirt und diese Novelle bemerkt sich ausgezeichnet. Ueber die Revision und Ausdehnung der Unfallversicherung sind bereits im vergangenen Jahre dem Bundesrath Entwürfe vorgelegt worden; sie sind veröffentlicht und die Kritik hat sich ihrer bemächtigt, und da manches daran ausgelegt zu werden scheint, so wird sich der Bundesrath demnächst mit einer Revision beschäftigen. Aber wegen der erheblichen Klagen über unsere Invaliditäts- und Altersversicherung wollen wir auch diese schon jetzt unter die Lupe nehmen. Es liegt ein vollständig ausgearbeiteter Entwurf vor, durch den die Klagen über das Alterssystem, über die Organisation unseres schiedsrichterlichen Verfahrens abgestellt werden sollen. Dieser Entwurf sollte zunächst einer Vorberathung von Beamten, die mit der Versicherung zu thun haben, und von sachverständigen Arbeitgebern unterzogen werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitnehmer kommen auch an die Reihe. Allseitig wurde namentlich in der einschlägigen Literatur gewünscht, durch eine generelle Revision, eine Vereinfachung der ganzen Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung, um die Sache für die Interessenten bequemer und leichter durchführbar zu machen. Von den in der Konferenz auf Vereinfachung und Zusammenwerfung der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung gemachten Vorschlägen hat nicht einer den ungetheilten, oder auch nur überwiegenden Beifall der Mitglieder gefunden. Und das ist auch ganz natürlich. Je tiefer man in die Materie hineinsieht, um so mehr erkennt man, daß die Vorschläge nicht die erwartete Wirkung haben können. Ich will aber diese Vorschläge nicht ad acta legen, sondern diese Frage prüfen und weiter nach Mitteln und Wegen suchen, wie dem an sich durchaus gerechten Gedanken einer Vereinfachung unserer Versicherungs-Gesetzgebung Rechnung getragen werden kann. Zu dem Zweck habe ich gegenwärtig dem preussischen Ministerium ein Votum vorgelegt. Findet sich zur Zeit kein Weg zur Vereinfachung, so werden wir auf dem einmal eingeschlagenen Wege fortfahren und in einer Novelle zum Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz eine ganze Reihe von Vorschlägen dahin korrigiren, daß das Gesetz sich leichter ausführen läßt und auch der Bevölkerung erheblich schmerzhafter sein wird.

Die Einnahmen des Nord-Ostsee-Kanals sind allerdings hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben; bis zum November reichlich hatten wir eine steigende Einnahme, im November ist aber eine kleine Abminderung gegenüber dem Oktober zu verzeichnen. Das übersteht keineswegs, es ist außerordentlich schwer, auf diesem vollständig neuen Gebiet; der Reichstag hat das auch dadurch anerkannt, daß er die Festsetzung des Tarifs für das erste Jahr dem Bundesrath überlassen hat, und dieser hat vor der Festsetzung des Tarifs die sachverständigsten Personen darüber gehört. Daß der Kanal noch nicht in erwünschtem Maße benutzt wird, hängt damit zusammen, daß jedes solche neue Unternehmen sich erst in die Gunst des Publikums einleben muß. Daß die Verwaltung noch nicht so funktioniert, wie es zu wünschen ist, ist erklärlich; von dem vollständig neuen und ungewohnten Personal kann man keine untadelhaften und unzweifelhaften Leistungen verlangen. Schließlich benutzen die Aeltern den Kanal nicht genügend, weil sie sich sagen: wenn jetzt der Verkehr auf dem Kanal lebhaft ist, dürfen wir unter keinen Umständen auf eine Herabsetzung des Tarifs rechnen. Deshalb enthalten sie sich lieber im ersten Jahre der Benutzung des Kanals. (Sehr wahr!) Es ist fraglich, ob die dem Reichstag vorbehaltene spätere Festsetzung des Tarifs durch Gesetz praktisch ist, denn ein solcher Tarif muß sich je nach der Frequenz moduliren können. Diese Frage wird uns ja demnächst beschäftigen. Vielleicht ist es richtiger, meinetwegen unter Theilnahme einer Kommission des Reichstages, der Verwaltung freieren Spielraum für den Tarif zu lassen. Der Abg. Richter sagt, daß eine Verhöhrung amtlicher Schriftstücke zu Zwecken des Nebenverdienstes von Beamten betrieben wird. Die Regierung ist ebenso entsetzt wie irgend jemand hier darüber, daß amtliche Schriftstücke ohne Genehmigung der betreffenden Ressortstelle der Presse übergeben werden; ein solches Verfahren ist nur unter Verletzung einer Amtspflicht des Beamten oder unter Verletzung der Discretion möglich. Seitens der Regierung ist alles geschehen und wird auch ferner geschehen, um diesem Unfug, der ein sehr grober ist, zu steuern. Dazu wird es wesentlich beitragen, wenn der Abg. Richter mir die Spuren zeigen wollte, auf die seine Forschungen hinführen. Bis dahin muß ich die Begehrlichkeit, daß ein kaiserlicher oder königlicher Beamter im Nebenamt aus der Verhöhrung von amtlichen Schriftstücken sich einen Nebenverdienst verschafft, als unbedeutend zurückweisen. (Beifall rechts.)

Darauf wird um 5 Uhr die weitere Berathung auf Mittwoch 12 Uhr verlegt.

Tokales.

Frau Krüger, die Gattin unseres verstorbenen Reichstags-Abgeordneten, wurde gestern Nachmittag 4 Uhr auf dem Verder'schen Kirchhof in der Bergmannstraße zur letzten Ruhe beigesetzt. Zwei Kinder der schwer in ihrem Leben geprüften Gattin umstanden neben einer Enkelin und anderen Verwandten ihren Sarg, welchem mehrere unserer Abgeordneten und ein zahlreiches Gefolge von Genossen und Genossen das letzte Geleit gaben. Auf dem Friedhof war bereits eine Anzahl von Leidtragenden versammelt; ein Arbeiter-Gesangsverein widmete der Toten den letzten Schiedegrub. Die Feier selbst wurde ohne Teilnahme eines Geistlichen vollzogen. Alle diejenigen, welche die Verstorbene kannten, werden nicht nur ihre Verdienste als treue und aufopferungswürdige Gattin und Mutter, sondern namentlich als Gefährtin eines erprobten und treuen Kämpfers für das Proletariat in Ehren halten.

Auch ein Bild aus dem Staate der Sozialreform. In der „Berliner Zeitung“ lesen wir:

„Eine Massenaktion schulpflichtiger Knaben hat Sonnabend stattgefunden. Es handelte sich um die kleinen Hampelmänner-Verkäufer, Kinder armer Familien, die ein paar Pfennige zu Weihnachten verdienen wollen. Die Polizei drückte bisher ob des mangelnden Gewerbescheins ein Auge zu und ließ die Kleinen gewähren. Da diese Verkäufer aber neuerdings in großen Trüppchen allüberall den Passanten auf den Leib rücken, so haben in verkehrsreichen Gegenden Sittungsstatuten, bei welchen die Namen der ohne Gewerbeschein verkaufenden festgesetzt wurden. Hoffentlich hat es bei dem Schrecken, den die Hampelmänner-Verkäufer ausgestanden haben, sein Verenden.“

Das Gesetz gestattet den Handel bekanntlich nur demjenigen, der sich für gutes Geld einen beherrschenden Gewerbeschein erworben hat. Die Polizei ist mithin im Recht, wenn sie die arbeitslosen Eltern, die ihre hungerigen und in Lumpen gekleideten Kinder in Wind und Wetter auf die Straße schicken müssen, mit einem Strafmandat bedroht. Und wenn das Vorgehen der Polizei den Erfolg hat, daß die kleinen Hampelmänner-Verkäufer nicht mehr die Straßenpassanten belästigen, dann ist vielleicht wieder ein Grund mehr für die staats-erhaltenden Organe vorhanden, nach bekannter Verordnungsform darauf hinzuwirken, daß gewisse Darstellungen von der Ausdehnung des sozialen Elends nicht sind, als gemeine, heberische Liebertreibungen. Es kommt in den Augen der Ordnungsmächte nur auf die Tüchtigkeit der Polizei an, um sowohl das soziale Elend als auch die Sozialdemokratie verschwinden zu lassen.

Städtisches Obdach. Im Familien-Obdach waren am 1. November 15 Familien mit 49 Köpfen und 89 Einzelpersonen, am 1. Dezember 15 Familien mit 42 Köpfen und 46 Einzelpersonen. Nächtlich Obdachlose wurden im November 20 083 Männer, 1080 Frauen, zusammen 21 163 Personen aufgenommen, wovon 409 (= 19 vom Tausend) der Polizei überwiesen wurden, weil sie zu oft kamen. Die Zunahme der Frequenz gegen die Sommermonate ist bei den Männern sehr bedeutend; die Frequenz vom November war bereits über doppelt so groß, als die vom September dieses Jahres. Trotzdem blieb es aber hinter der Novemberfrequenz der Vorjahre wiederum erheblich zurück. Dafür kann man jetzt in den späten Abendstunden mehr Obdachlose als früher durch die Straßen sehen.

Wenn die fette Moral über das Elend wächelt, so packt den gestifteten Menschen allemal das Grauen. Die neueste Rohheitsleistung, die wir im Organ der nothleidenden Landwirthe, der „Deutschen Tageszeitung“, und in einigen anderen geistesverwandten Blättern finden, lautet:

„In die Stadtvogtei ziehen die Wintergäste in hellen Haufen ein. Die Anstalt, das Winterelend aller Pennbrüder, zählte gestern in ihren drei Abtheilungen bereits 1497 Insassen. Vorwiegend sind es bisher die altgewohnten Berliner Stammgäste, die freiwillig und unentgeltlich geduldeten Aufenthalt in der Stadtvogtei zu erlangen suchen, aber schon beginnen auch die Zugzüge von außerhalb, deren Eintreffen gewöhnlich mit der Eröffnung der Wärmehallen zusammenfällt; bilden doch gerade die Wärmehallen einen wahrhaft magischen Anziehungspunkt, der seine Wirkung ausübt auf das Strolchthum in weitestem Umkreise Berlins und bis in die benachbarten Provinzen hinein. Die gemüthlichen Zusammenkünfte der Strolche und Pennbrüder, die sich bei einem Teller Erbsensuppe und einem verführerischen Schluck aus der Kammelpulle in den mulligen Räumen der Stadtbahnhöfe abspielen, bilden oft während des ganzen Sommers das Lieblingsgespräch der bei Mutter Grün sich treffenden Landstreichler, und die enthusiastischen Schilderungen loden immer neue zweifelhafte Elemente nach der „humanen“ Metropole des Reiches. Die meisten von ihnen verfallen sehr bald der Stadtvogtei und sind mit diesem Schicksal auch ganz zufrieden, wenn natürlich die Stadtvogtei auch bei weitem nicht die Annehmlichkeiten der Wärmehallen bietet. Neben den nothorischen Strolchen sind es aber auch viele der Arbeit noch nicht entfremdete Leute, die es für gut finden, den Winter, der ihnen außerhalb wenig Arbeitsgelegenheit bietet, in Berlin zu verbringen und die dann bei ihrer Mittellosigkeit sehr bald in der Stadtvogtei landen. In erster Linie kommen hier die Obstpflücker in Betracht, und namentlich die Werder'schen gelten meist in der Stadtvogtei als alte Bekannte. Auch die Kieselfelder Arbeiter bilden ein starkes Aufgebot der Wintergäste der Stadtvogtei. Daneben kommen noch die Ziegelei-Arbeiter besonders in Betracht.“

Soviel mystische Rohheit, als sich in diesen wenigen Zeilen angesammelt findet, haben wir selten auf einem Haufen vereinigt gesehen. Die Arbeiterchaft möge den stillen Werth einer solchen Auffassung nach dieser Prüfung bemessen.

Dem Direktorium der „Akademischen Lesehalle“, das bekanntlich den bei der Universität als Hospitantinnen zugelassenen Damen das Betreten der Lesehalle verbietet, wurde gestern eine von über 100 Mitgliefern der Lesehalle unterzeichnete Petition folgenden Inhalts überreicht: „Ein hochlöbliches Direktorium wolle beschließen, daß Hospitantinnen der hiesigen Universität Mitglieder der „Akademischen Lesehalle“ werden können.“

Vom beherrschenden Kampf gegen die Willethändler weiß das „Berliner Tageblatt“ folgendes zu berichten:

Gegen die Theaterbilletthändler gehen die Berichte sehr scharf vor. Die Bekämpfung erfolgt wegen des Betriebes eines konzeptionspflichtigen Gewerbes ohne die erforderliche obrigkeitliche Genehmigung, welche indessen niemals erteilt wird; ist die Liebertreibung am Sonntag begangen worden, dann gestellt sich als zweites Delikt auch noch die Störung der Sonntagruhe dazu. Bisher wurde stets auf Geldstrafe erkannt, und wenn auch jüngst ein Biletthändler zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt und für je eine Karte ein Tag Haft substituiert wurde, so haben diese Geldstrafen doch niemals etwas fruchtbar, denn die Willethändler bilden einen Verein und haben eine gemeinschaftliche Kasse, aus welcher die von den einzelnen Mitgliedern verurtheilten Geldstrafen bezahlt werden. Seit dieser Falschum gerichtlich bekannt geworden ist, hat der Erste Amtsanwalt Diege sich mit den übrigen Amtsanwälten dahin verständigt, daß nur noch Haftstrafen beantragt werden, und die Schöffengerichte erkennen jetzt ausnahmslos diesen Anträgen gemäß, weil die Geldstrafen den Verurtheilten nicht treffen, und auf anderem Wege dem skandalösen Treiben der Willethändler nicht beizukommen ist. In der letzten Woche sind von verschiedenen Schöffengerichten Urtheile des Amtsgerichts I fünf Willethändler zu Haftstrafen verurtheilt worden.

Ueber eine auffallende Beschränkung des Geschäftsverkehrs vom letzten Sonntag wird uns berichtet. Die Geschäfts-

inhaber am Dönhofsplatz erhielten nämlich die polizeiliche Aufforderung, ihre Ladenseiten während der Verkaufsstunden zu verschließen. Es ist wohl begreiflich, daß die wenigsten sich an dies eigenartige Gebot lehrten, und so soll es denn vorgekommen sein, daß in einem Geschäft viermal von Schulleuten und zweimal vom Revierleutnant selber die Befolgung der ergangenen Weisung durchgesehen wurde. So wenig wir uns selbst für die ausnahmsweise Offenhaltung der Läden an Sonntagen begeistern können, so will und doch dünken, daß Beschränkungen der genannten Art denn doch völlig unangebracht und mit den erlassenen Ausnahmebestimmungen schwer zu vereinbaren sind.

Weihnachten, das „Fest der Liebe“, bringt alljährlich eine große Zahl von Vereinen und Komitees auf die Beine, die sich die Aufgabe stellen, den Armen eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Ein Theil dieser Vereinigungen beschafft das nöthige Geld durch private Sammlung in kleinerem Kreise, ein anderer wendet sich an das große Publikum. Da erscheinen dann in den bürgerlichen Blättern allerlei „Weihnachtsbitten“, die die Noth und das Elend der Armen in beweglichen Worten schildern. Von Arbeitsunfähigkeit, die durch Krankheit, oft durch langjähriges Stichtum hervorgerufen ist, sprechen sie und von Arbeitslosigkeit, die auch den Gesunden dem Elend überliefert, von Ermüdung und Obdachlosigkeit, von Mangel und Entbehrung bis zum bittersten Hunger. Es ist auch dieses Jahr wieder wie alle Jahre. Und was sind es für Leute, die die Anrufe untergehen? Unternehmer, die sonst finden, daß es der Arbeiterklasse noch viel zu gut geht, Geistliche, welche allsonntäglich Genügsamkeit von der Kanzel predigen, Stadtverordnete, die in Hochgelächter ausbrechen, wenn ihnen ein Nothstandsantrag vorgelegt wird, überhaupt fast ausnahmslos Leute, die zu anderen Zeiten über die „Begehrtheit“ des Proletariats jammern und schelten. Vor Weihnachten ist das alles vergessen, — warum, bleibe hier unerörtert, — aber eben leider nur vor Weihnachten. Nach Weihnachten, da wird's stiller in den Inseratenpalästen bürgerlicher Blätter, da haben die meisten dieser Menschenfreunde den Nothstand wieder vergessen. Da kann man lange suchen, bis man einen Aufruf findet, der von wachsender Noth und Entbehrung der Armen spricht. Es ist, als hätte das Weihnachtsfest mit einem Male alles Elend hinweggekehrt, als könnten die bescheidenen Gaben, die den wenigen Auserwählten aus dem großen Heer der Bedürftigen an das Weihnachtsfest gelegt worden sind, über den Winter hinwegweisen. Nach Weihnachten beginnt ja erst recht eigentlich die Zeit der Noth, während gerade der Weihnachtsmonat mit seinen Vorbereitungen für das Fest, mit seinem lebhaften Geschäftsverkehr auch dem Arbeitslosen noch manche Gelegenheit zu vorübergehender Beschäftigung bietet. Aber nach Weihnachten, wie gesagt, verschwindet trotzdem das Nothstandsthema beinahe gänzlich aus den Inseratenpalästen der Blätter; da wird nur noch berichtet, daß die Gefängnisse sich täglich mehr füllen.

Wenn man in Treptow Hilfe haben will. Auf einem Neubau an der Treptower Chaussee verunglückte am Montag Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr ein Tischler dadurch, daß ihm ein schwerer Thürflügel auf den Körper fiel und die Schlagader am Bein verletzte. Zwei seiner Kollegen eilten nach dem Unfallstort, um von der dort befindlichen Unfallstation schnell einen Arzt zu requirieren. Ihre Mühe war jedoch vergeblich. Ingleich sie in den bewegtesten Worten dem Portier vorstellten, daß der Verletzte im Verzuge sei, verweigerte der Bedienstete, getreu und buchstäblich seine Weisung befolgend, den Hilfsuchenden den Zutritt. Er dürfte niemanden ohne Erlaubnißkarte einlassen, da könne schließlich jeder kommen und sich in den Ausstellungspart einschleichen wollen. Die beiden Arbeiter mußten unverrichteter Sache wieder zu ihrem schwerverletzten Kollegen zurückkehren. Empört ab der Meldung, die diese Leute mitbrachten, machten sich nunmehr ein paar handfeste Männer auf den Weg, schoben den Portier kurzer Hand beiseite und meldeten auf der Unfallstation im Park dem sofort zur Hilfe bereiteten Arzt den Unglücksfall. Als dieser jedoch an der Unfallstätte ankam, war der Tischler bereits verstorben, es blieb dem Arzt nichts übrig, als den Tod des Armen zu konstatieren.

Zur Erleichterung des Stadtbahn-Verkehrs hat die Direktion die bisherige Strecke Grunewald-Johannisthal getrennt. Die Züge fahren jetzt von Charlottenburg bis Johannisthal, während andererseits die Grunewaldzüge ebenfalls von Charlottenburg abgelassen werden. Hierdurch wird das Ueberfrachten des ganzen Bahndammes durch diese Züge vermieden und sowohl die Betriebssicherheit, als auch die Schnelligkeit der Abfertigung der einzelnen Züge erhöht. Diese neue Einrichtung soll so lange aufrecht erhalten werden, bis die im Bau befindliche Grunewaldstrecke fertiggestellt ist, was voraussichtlich im Frühjahr 1896 der Fall sein wird.

Wer bezahlt die Scheibe? Nach einem heftigen Schneefalle war am Montag in den späteren Abendstunden der Fußverkehr in den Straßen Berlins wieder erheblich erschwert. Die Kutscher mußten die größte Sorgfalt anwenden, um die Pferde auf dem weichen zu halten. Unter diesen erschwerenden Umständen passirte es dem Kutscher eines Pferdebahns-Wagens der Linie Bahnhof Friedrichstraße—Görlitzer Bahnhof am Moritzplatz, daß es beim Halten einen etwas starken Ruck gab. Dabei fiel ein Herr auf der vorderen Plattform rücklings in eine Scheibe hinein, die in tausend Scherben ging. Der Jahrgast verweigerte natürlich die Zahlung, da der Ruck ihn in die Scheibe geworfen hatte. Den Schaffner trifft auch keine Schuld. Ergo muß, wie der Schaffner versicherte, der Kutscher zahlen. Wäre es nicht besser, so meint der Berichtstatter, wenn unter den obwaltenden Verhältnissen die Gesellschaft selbst den Schaden trüge? Die wird sich hüten!

Das Resultat der Volkszählung in Friedrichsberg-Lichtenberg hat eine Zunahme der Bevölkerungsziffer um 6003 Köpfe ergeben. Es wurden 1895 gezählt 25 868 gegen 22 770 im Jahre 1890. Das Verhältniß zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung ist ziemlich gleich; die letztere weist nur ein Plus von 848 Personen auf.

Drei Gitterzüge, deren Inhalt nur aus Weihnachtsbäumen bestand, sind gestern auf dem Schlesischen Bahnhof eingetroffen; mit dem Verkauf der Bäume an Ort und Stelle ist bereits nachmittags begonnen worden. Die Engrospreise sollen sich, da große Quantitäten Weihnachtsbäume nach hier unterwegs sind, nicht zu hoch gestellt haben. Für das Schock Tannen oder Fichten wurden 40—50 Mark je nach Qualität bezahlt.

Einen Selbstmordversuch machte am Sonnabend um die Mittagszeit ein Gast im Café Bauer, Unter den Linden. Der Lebensmüde erreichte seinen Zweck zwar nicht sofort, fand aber infolge der Verletzung doch bald nachher den gesuchten Tod. Es ist festgestellt, daß es sich um den 42-jährigen Kaufmann Wilhelm Liebert aus der Neuen Winterfeldstraße 51 handelt. Der Mann hatte sich aus einem Revolver eine Kugel in den Kopf gesetzt. Schwerverletzt wurde er zunächst auf die Unfallstation 1 in der Wilhelmstraße 10 gebracht. Nachdem er hier einen Verband erhalten hatte, führte man ihn in ein Krankenhaus über. Dort ist er seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Was Liebert zu dem Schritte veranlaßt hat, ist nicht bekannt.

Ausschlag erregt in Spandau ein Leichenfund, der am Sonntag Vormittag im Graben bei der königlichen Munitionsfabrik gemacht wurde. Gegen 9 Uhr wurde die Leiche des Schlossermeisters Kiegel von der Gewerbfabrik aus dem Wasser gezogen. Der Unglückliche ist dem Anschein nach auf dem Wege zur Fabrik in der Dunkelheit ins Wasser gerathen und ertrunken. Er hinterläßt eine Frau nebst 9 Kindern. Von anderer Seite wird auch Selbstmord angenommen.

Vom hiesigen Gewerbegericht erhalten wir eine Zuschrift des Inhalts, daß die in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ gebrachte Mittheilung, betreffend die Diätenzahlung an die Bureauhilfsarbeiter des Gewerbegerichts für den Tag der Vollzählung, durchaus unwahr sei und jeder thatsächlichen Unterlage entbehre. Und ist diese Mittheilung von einer sonst in gewerbegerichtlichen Angelegenheiten gut unterrichteten Seite ausgegangen und wir hatten daher keine Ursache, an der Richtigkeit derselben zu zweifeln. Dies hält und selbstverständlich nicht ab, unsern Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß wir einer falschen Meldung Raum gegeben haben.

Vermißt wird der 24-jährige Schreiber Josef Grudziecki, der in der Sophie-Charlottenstr. 15a zu Charlottenburg bei Giese wohnte. Der Mann hat von seinen Sachen nichts mitgenommen, und man vermuthet daher, daß ihm ein Unfall zugefallen sei.

Polizeibericht. Am 9. d. M. morgens wurde auf dem Fluß eines Hauses in der Wollmerstraße ein Arbeiter erhängt vorgefunden, aber noch rechtzeitig aus seiner Lage befreit. — Am Zeughauser wurde vormittags aus dem Spreekanal die Leiche eines Mannes gezogen. — Auf einem Neubau in der Ramlersstraße stürzten zwei Maler aus dem vierten Stock herab und erlitten außer Knochenbrüchen auch schwere innere Verletzungen. — Nachmittags fiel in der Königsstraße ein Arbeiter infolge der Glätte hin, gerieth unter die Räder einer vorüberkommenden Drosche und trug erhebliche Verletzungen am Oberschenkel und am Kopf davon. — In der Ecke der Friedrichstraße und des Reichstagsbühnen fiel ein Arbeiter von einem Kohlenwagen, wurde überfahren und schwer verletzt. — Im Laufe des Tages fanden acht unbedeutende Feuer statt.

Witterungsübersicht vom 10. Dezember 1895.

Stationen.	Barometer stand in mm. redb. auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Staf. 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C)
Swinemünde	750	WSW	4	Dunst	4
Hamburg	752	W	5	bedeckt	5
Berlin	753	SW	3	Nebel	4
Wiesbaden	759	SW	2	bedeckt	7
München	762	SW	6	bedeckt	4
Wien	760	W	4	bedeckt	3
Papaaranda	749	Still	—	bedeckt	—
Petersburg	752	W	0	bedeckt	—6
Cost	762	SW	2	heiter	4
Aberdeen	753	WSW	5	halb bedeckt	4
Paris	763	WSW	2	bedeckt	8

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 11. Dezember 1895.
Etwas kühleres, zeitweise heiteres, vielfach wolliges Wetter mit Niederschlägen und frischen westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Vermischtes.

Aus Hamburg schreibt man uns: In arge Noth gerathen sind die Bewohner der Hafengegend in Hamburg durch die Ueberschwemmungen in den letzten Tagen. Gewaltige Nordweststürme peitschten die Fluthen in der Elbe aufwärts und diese trat am Hafen so weit über die Ufer, daß der Verkehr auf einigen Straßen völlig stockte und eine große Anzahl von Kellerwohnungen überschwemmt wurde. Viele Leute sind dadurch obdachlos geworden und an ihren geringen Gehältern — es handelt sich fast ausschließlich um Arbeiter — erheblich geschädigt. Die Leute sind durch die Ueberschwemmungen in diesem Jahre um so härter getroffen, als sie auch im vorigen Jahre durch eine große Ueberschwemmung der Elbe um ungefähr dieselbe Zeit heimgesucht sind und sich bei den traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen von diesem Schlage noch nicht haben erholen können.

Aus Bremerhaven wird gemeldet: Fortwährend laufen Nachrichten von Schiffsunfällen ein. Der Fischdampfer „Nympe“ rettete 5 Mann des englischen Kutters „Arabian“, der Fischdampfer „Dora“ 9 Mann der finnischen Bark „Agel“. Von dem Fischdampfer „Polyp“ wurden 5 Mann über Bord gespült, von denen nur zwei gerettet werden konnten. Anscheinend ein größerer Dampfer ist beim Wester-Deuschiff gesunken.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Försen und Wildbienen in der Nähe von Herbern (Westfalen) wurde ein Wildbied erschossen und ein anderer verwundet, während ein Förster einen Schuß in den Unterleib erhielt.

Das brasilianische Panzerschiff „24 de maio“ ist am Dienstag durch den Eisbrecher auf der Werft des „Vulkan“ (Stettin) eingeschleppt worden.

Schneidermeister Dowe, der bekannte Erfinder des „Lugelsicherer Panzers“, ist am Sonntag in Wiesbaden gestorben.

Schiffunglück? Wie ein Telegramm aus Genua meldet, wird dort bestimmt angenommen, daß der Dampfer „Chateau Jaquem“ untergegangen sei. Das Schiff ist am 8. November mit 700 Italienern, Arbeiter, die von dem amerikanischen Millionär Austin Corbin für eine Kolonie in Arkansas gebuert waren, nach New-Orleans abgegangen; dort war es bereits am 28. November fällig.

Leute, deren Geld nicht alle wird. Die Sammlerwuth an der keine Nation mehr leidet, als die englische, nimmt manchmal seltsame Formen an. Bei Pontefract in Wales lebt ein Bankier, welcher ein Museum alter Thüren besitzt. Sie stammen von Schlössern, Abteien und Häusern von geschichtlichem Interesse. Kürzlich bot der Sammler in Paris 1000 Pfund Sterling für eine Thür, durch welche während der französischen Revolution Marie Antoinette, Charlotte Corday, Danton und Robespierre den Weg zur Guillotine gegangen waren. Eine Sammlung alter Wetterfahnen verleiht dem Museum des walisischen Bankiers einige Abwechslung.

Verstärktes aus einem Zirkus. Man berichtet der „Frankf. Ztg.“ aus Paris vom 4. d. M.: Etwa dreihundert Personen, darunter auch einige Damen, hatten sich gestern Nachmittag im Zirkus auf die Einladung des Direktors Franconi eingefunden, um dem Ringkampf des türkischen Athleten Jusuf, Champion des Impresarios Doubleire, und des gleichfalls türkischen Ringkämpfers Kara-Amet, Champion der Impresarii Tom Canon und Pierri, beizuwohnen. Die Herrschaften waren von vornherein darauf vorbereitet worden, daß es diesmal ernst hergehen werde, da der Einsatz nicht nur 2000 Franks, sondern auch ein glänzendes Engagement für den Sieger wäre. Um 5 Uhr betraten die beiden Kämpfer, die bis auf eine grünleberne Schwimmhose völlig nackt und mit Oel eingerieben waren, die mit einem Tuche bedeckte Arena und bald lag der Riese Jusuf mit seiner gewaltigen Körpermasse auf dem Rücken des schlankeren und geschmeidigeren Kara-Amet, der Arm und Beine angezogen hielt, um nicht umgekehrt zu werden. Drei Viertelstunden währte dieses ekelregende Schauspiel, während dessen Jusuf seinen Gegner langsam zu erdrücken suchte. Sein Körper rührte sich kaum; man sah nur seine Hände in die Weichen seines Gegners eindringen und seine Hand zwischen die Haut und das Leder der Schwimmhose zwängen, um Kara-Amet das Athmen zu beschneiden. Da plötzlich gab Kara-Amet nach und fiel platt zu Boden. Jusuf sprang auf, fiel auf ihn zurück, um ihn gegen den Erdboden zu erdrücken. Langsam und methodisch glitt er bis zum Kopfe Karas, den er 20 mal hintereinander auf den Boden schlug, worauf er den rechten Arm unter den Hals seines Gegners schob und ihm die Kehle zusammenzuschnüren suchte. So vergingen mehrere Sekunden, ohne daß die Zuschauer, die sich wohl bewußt waren, daß hier unter der Form eines Ringkampfes ein Mord versucht wurde, ein-

schwächliche Individuen, Frauen und Kinder, ausgesetzt. Es ist dieserhalb bereits von anderer Seite vorgeschlagen worden, die Abgabe von Karbolsäuren ohne ärztliche Verordnung gänzlich zu untersagen. Rosenbach hält es für noch wirksamer, wenn außer den Aerzten auch das übrige Sanitätspersonal, Apotheken, Krankenpfleger, Schwestern, Hebammen, Väter (Assistenten, Chirurgen) von der Gefahr der Karbolsäurengarn stetig Kenntniß erhalten. Durchaus nothwendig ist es außerdem, daß das Publikum vor dem Gebrauch der Karbolsäure dringend gewarnt wird.

Briefkasten der Redaktion.

Journalist. An den Direktor des Reichstages, Geheimrath Knab.

Herrn. Bauh. Wäre es der Dame nicht möglich, heute bei uns vorzusprechen?

Unter dem neuen Kurs.

November.

1. Leipzig. In der Revisioninstanz Genosse Sassenbach, Berlin, 2 Monate Gefängnis.
2. Spandau. Genosse Vogler wegen öffentlicher Beleidigung 6 Wochen Gefängnis.
3. Nürnberg. Von der Anklage der Majestätsbeleidigung Genosse Dehme freigesprochen.
4. Kiel. 20 M. Geldstrafe Genosse Cappel wegen Verübung „groben Unfugs“.
5. Breslau. Wegen des gleichen Vergehens Genosse Zahn 100 M. Geldstrafe.
6. Halle. 3 Monate Gefängnis der Arbeiter Eltinger wegen Mißhandlung eines Streikbrechers.
7. Erfurt. Wegen mehrfacher Majestätsbeleidigung Genosse Gildenberg 5 Monate Gefängnis.
8. Benthien. Wegen des gleichen Vergehens Genosse Tuzler 3 Monate Gefängnis.
9. Berlin. Der Redakteur des „Töpler“, Genosse Babel wegen groben Unfugs — Zugzwang ist fernzubalten — vierzehn Tage Haft.
10. Falkenstein. Genosse Reinhold wegen Beleidigung Dr. Hans Blum 50 M. Geldstrafe.
11. Ratibor. 1 1/2 Jahr Gefängnis der Genosse Franz Kienli wegen Majestätsbeleidigung.
12. Magdeburg. Genosse Kühle 3 Wochen und seine Ehefrau 14 Tage Gefängnis wegen groben Unfugs.
13. Dortmund. Wegen zweifacher Majestätsbeleidigung Genosse Dr. Lütgenau 5 Monate Gefängnis.
14. Der gleiche Genosse wegen Beleidigung des Gendarm Münter 300 M. Geldstrafe.
15. Breslau. Genosse Zahn wegen Majestätsbeleidigung 2 Monate Gefängnis.
16. Volkmar. Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz fünf Wochen je 3 M. Geldstrafe.
17. Kiel. Genosse Kläh wegen Beleidigung eines Gewerkschafts-Mitglieds 50 M. Geldstrafe.
18. Aachen. Genosse Gläser wegen Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten 10 M. Geldstrafe.
19. Bielefeld. Genosse Pelsche wegen Majestätsbeleidigung 1 Jahr Gefängnis.
20. Cappel. Wegen öffentlicher Beleidigung Genosse Stein 20 M. Geldstrafe.
21. Leipzig. In der Revisioninstanz Genosse Schneckenburger wegen Majestätsbeleidigung zwei Monate Gefängnis.
22. Nürnberg. Genosse Segel wiederum 80 M. Geldstrafe wegen Führung eines ihm nicht gebührenden Titels.
23. Kiel. Wegen Beleidigung des Kassiers einer Krankenkasse Genosse Poller 100 M. Geldstrafe.
24. Hof. 14 Tage Gefängnis der Maurer Bernhardt wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung.
25. München. Wegen des gleichen Vergehens zwei Genossen je drei und zwei Genossen je zwei Tage Gefängnis.
26. Halberstadt. Genosse Krebs aus Aschersleben wegen Majestätsbeleidigung 1 Jahr Gefängnis.
27. Posen. 6 Monate Gefängnis Genosse Raspozal zum Andenken an die sozialistische Gefängniszeit.
28. Breslau. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Zahn 30 M. Geldstrafe.
29. Zittau. Von der Anklage, verschiedene Bevölkerungsklassen gegeneinander aufgereizt zu haben, Genosse Ohl freigesprochen.
30. Leipzig. In der Revisioninstanz Genosse Schippel Berlin 2 Monate Gefängnis wegen Beleidigung des preussischen Kriegsministers.
31. Erfurt. Wegen groben Unfugs, Boykottklärung, Genosse Huth 75 M. Geldstrafe.
32. Magdeburg. 1 Jahr Gefängnis Genosse Baumüller wegen Majestätsbeleidigung.
33. Offenburg. Genosse Zielowski wegen Beleidigung eines Pfarrers 100 M. Geldstrafe.
34. Breslau. Wegen Majestätsbeleidigung Genosse Liebschütz 4 Monate Gefängnis. Von der gleichen Anklage Genosse Zahn freigesprochen.
35. Magdeburg. Genosse Baumüller vier Wochen Haft wegen Verpötlung des heiligen Geistes. Je 3 Wochen Haft Ritsch und Glöck wegen Verübung groben Unfugs. 30 M. Geldstrafe gegen das Vereinsgesetz Genosse Pistorius 30 M. Geldstrafe.
36. Kiel. 9 Monat Gefängnis Genosse Poller wegen Majestätsbeleidigung.
37. Grünberg. Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 10 Genossen zu je 15 M., einer zu 50 M. und eine Genossin zu 10 M. Geldstrafe.
38. Magdeburg. Die Genossen Jähle und Gerlach in Hermerleben, ersterer 12, letzterer 6 Wochen Gefängnisstrafe wegen Verübung groben Unfugs.
39. Halle. In der Revisioninstanz Genosse Schneckenburger wegen Beleidigung eines Oberamtmanns 14 Tage Gefängnis.
40. Breslau. Wegen Beleidigung eines Polizeibeamten ein Monat Gefängnis ein Redakteur der „Volkswacht“.
41. Frankfurt a. O. Genosse Buder wegen Verächtlichmachung von Staatseintrichtungen und wegen Beleidigung von Militärbeamten 6 Wochen bzw. 3 Monate Gefängnisstrafe.
42. Bielefeld. 100 M. Geldstrafe Genosse Hoffmann wegen Beleidigung eines Landrats.
43. Schkeuditz. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Müller 15 M. Geldstrafe.
44. München. Wegen des gleichen Vergehens Genosse Schmid 20 M. Geldstrafe.
45. Langenbieten. Die Genossen Feldmann und Böke je 10 M. Geldstrafe wegen unerlaubten Kollektirens. Genosse Kühn wurde wegen des gleichen Vergehens freigesprochen.
46. Hamburg. 100 M. Geldstrafe Genosse Stengel wegen Beleidigung des Magistrats in Rönneburg a. d. Weser.
47. Brandenburg. Die Genossen Wolfgang, Brandenburg, und Muloasch, Luckenwalde, wegen Beleidigung eines Fabrikinspektors, je 200 M. Geldstrafe.
48. Freiburg (Baden). 6 Monate Gefängnis der Maurer Clemens wegen Majestätsbeleidigung.
49. Stuttgart. Wegen Verhöhnens gegen das Pressgesetz Genosse Dieck 40 M. Geldstrafe.
50. Leipzig. In der Revisioninstanz Genosse Huth wegen Beleidigung eines Oberlehrers 100 M. Geldstrafe.
51. In gleicher Instanz die Genossen Mohs und Rahenkein wegen Beleidigung des Leipziger Magistrats 3 bzw. 5 Monate Gefängnisstrafe.
52. Halle. Wegen Handlungen, begangen im Verfolg des Streiks der Landarbeiter, Heinz aus Giebichenstein 6 Monate, J. Labes aus Halle 1 Jahr, G. Labes 6 und Schäfer aus Trotha 4 Wochen Gefängnisstrafe.

23. Kassel. Genosse Joch wegen Bürgermeister-Beleidigung 14 Tage Gefängnisstrafe.
 24. Frankfurt a. M. 10 M. Geldstrafe Genosse Meier wegen Verübung groben Unfugs.
 25. Stade. Wegen Beleidigung in zwei Fällen Genosse Woltermann zu 500 bzw. 200 M. Geldstrafe.
 26. Gleiwiß. Wegen Verbreitung beschlagnahmter Schriften die Genossen Hennig-Breslau und Raffzahn aus Zaborze je 3 Wochen Gefängnisstrafe, 2 andere Genossen je 30 M. Geldstrafe.
 27. Mannheim. Genosse Bueb, Mülhausen, wegen Beleidigung eines Polizeibeamten 25 M. Geldstrafe.
 28. Hamburg. 8 Monate Gefängnisstrafe Genosse Meier wegen Beleidigung des Senats.
 29. Leipzig. In der Revisioninstanz Genossin Rohrlad in Berlin wegen Beleidigung des Dresdener Gewerkerathes 4 Monate Gefängnisstrafe.
 30. Lichtenstein. Wegen Verübung groben Unfugs 4 Genossen zu 30, 20 bzw. 15 M. Geldstrafe.
 31. Stettin. Genosse Ohl ein Monat Gefängnisstrafe wegen Beleidigung des Staatsanwalts.
 32. Leipzig. In der Revisioninstanz Genosse Friedrich, Albed, 6 Wochen Gefängnisstrafe.
 33. Breslau. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Zahn 30 M. Geldstrafe.
 34. Berlin. Genosse Heymann wegen Aufreizung zum Klassenhaß 200 M. Geldstrafe.
 35. Berlin. Ein Jahr Gefängnisstrafe Genosse Stadthagen wegen Richterbeleidigung.
 36. Dortmund. Wegen Beleidigung des Gendarm Münter Genosse Bloch 4 Wochen Gefängnisstrafe.
 37. Lueddinsburg. Wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung Genosse Trautwein 50 M. Geldstrafe.
 38. Reih. Genosse Henschel wegen Verübung groben Unfugs 150 M. Geldstrafe.
 39. Lüneburg. 15 M. Geldstrafe Genosse Schneider wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz.
- Insgesamt wurden erkannt auf 3195 M. Geld- und 14 Jahre, 9 Monate, 1 Woche und 3 Tage Gefängnisstrafe.
- Hamburg, den 8. Dezember 1895.

Der geschäftsführende Ausschuss der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Aus den Landtagen.

Dresden, 9. Dezember. (Eig. Bericht.) (Sächsischer Landtag.) Die sozialdemokratischen Abgeordneten verrichteten trotz ihres Ausschlusses aus den Deputationen ihre parlamentarische Arbeit mit einer Aufmerksamkeit und in einer Form, daß die Gegner die Sachlichkeit dieser Thätigkeit nicht leugnen können. Unsere Abgeordneten kennen die Stimmung im Lande und treffen darum bei ihrem Vorgehen gegen die bureaukratischen Mächte immer das richtige. Man hat sich der Ausschlus unserer Genossen aus den Deputationen der Regierung und den Parteiparteien recht unliebsam bemerkt. Das, was unsere Genossen im Plenum vorbringen, überrascht die Herren oft, so daß man es ihnen anmerkt, wie schwer ihnen eine Erwiderung fällt. Hätten unsere Genossen bereits in den Deputationen ihre Ansichten äußern können, wäre auch für unsere Gegner, überhaupt für den ganzen Landtag, die Arbeit erleichtert. Solche thörichte Absperren einer Partei haben eben ihre schlimmen Folgen, besonders aber für die, die jene Thorheit begangen.

Vom Etat wurden bis jetzt nur Theile in Schlußberatung genommen, die in der Regel keine Debatte hervorrufen. Ohne Debatte stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die Ausgaben für die Gesandtschaften (98 200 M.). Bereits in der Etatsdebatte hatte unser Redner erklärt, daß die Gesandtschaften gar keinen Werth für Sachsen mehr haben, da doch seit 1886 Sachsen in der auswärtigen Politik „nig to seggen“ hat. Auch gegen die Ordenskanzlei stimmte unsere Fraktion (Zusatz 9475 M.).

Etwas verwundert ist der neue Finanzminister v. Wagnor, als unsere Genossen gegen das Finanzgesetz stimmten, daß die provisorische Forterhebung der Steuern verfügt. Und doch geht diese ihre Haltung logisch aus der Ablehnung des Etats durch die sozialdemokratische Fraktion in der letzten Session hervor.

Eine lebhafteste Debatte entspann sich aber in der Sitzung vom 5. Dezember. Auf der Tagesordnung stand eine Petition des Gemeinderaths in Gelsenau und Dispenation von der Bestimmung des § 23 Absatz 2 der revidierten Landgemeinde-Ordnung, die Heranziehung des festen Einkommens nur zu vier Fünfteln zu den Gemeinde-Anlagen betreffend. Unser Genosse Goldstein bezeichnete die Bestimmung als längst unhaltbar. Auch die Regierung habe bereits in der letzten Session erklärt, daß sie bei einer Abänderung der Landgemeinde- und Städte-Ordnung sich diese Bestimmung genau ansehen werde. Man habe sich seitens der Anhänger dieser Bestimmung darauf berufen, daß der Beamte in der Wahl seines Aufenthaltsortes nicht frei sei, daß er zur Schuldentilgung herangezogen werde und sein Einkommen immer genau zu ermitteln sei. Dasselbe könne man aber auch vom Arbeiter sagen, darum sei die Beziehung dieser Gründe nur auf Beamte völlig verfehlt. Am besten sei es, das Privilegium ganz aufzuheben. Das Privilegium der Beamten mache böses Blut im Lande. Nun müßte die Initiative seitens der Kammer ergreifen und im Interesse der Steuergerechtigkeit die betreffende Gesetzesbestimmung beseitigt werden. Der Minister des Innern, Herr v. Malsch, lehnte sich gegen die Ausführungen Goldstein's. Für die Arbeiter erkläre er ein gutes Korrelat in der Gewährung des gleichen Privilegiums. Genosse Geyer schloß sich den Ausführungen Goldstein's an und meinte, er werde sein Bestreben darauf richten, daß ein Antrag auf Aufhebung der berühmten Gesetzesbestimmungen an die Kammer gelange. Wenn man aber den Arbeitern eine Steuerermäßigung wie den Beamten durchaus gewähren wolle, so werde er mit beiden Händen zugreifen. Aber wenn man auch den Arbeitern das gleiche Privilegium gewähre, wie den Festbesoldeten, seien sie doch den übrigen Klassen gegenüber noch schwer benachtheiligt durch die indirekten Steuern, die sie am schwersten und ungerechtesten belasteten. Uebrigens bedürften die Beamten des Steuerprivilegiums nicht, wenn man den unteren Beamten bei der vor vier Jahren vorgenommenen Gehaltserhöhung nach dem Rathe der sozialdemokratischen Abgeordneten höhere Zulagen gegeben hätte, den höheren Beamten aber nicht. Wenn diese letzteren beggten hohe Gehälter und könnten die Steuern voll bezahlen. Der Nationalliberal Georgi sprach für Beibehaltung des Privilegiums. Die Frage ist noch nicht erledigt. In der einen oder anderen Form wird sie wohl wieder vor dem Landtage auftauchen.

München, 9. Dezember. (Eig. Bericht.) (Bayerischer Landtag.) Zur Verathung steht folgende Interpellation unserer Genossen: Welche Stellung nimmt die königliche Staats-

regierung zu der dem Bundesrathe zugegangenen Zuckersteuer-Gesetzesvorlage ein, und ist die königliche Staatsregierung gewillt, vor endgültiger Festlegung des genannten Entwurfs im Bundesrathe die Meinung des gegenwärtig versammelten Landtags entgegenzunehmen? Gründe. Die erwähnte Gesetzesvorlage, welche noch vor Weihnachten im Reichstag zur Verathung gelangen soll, ist darauf zugeschnitten, den bestehenden Zuckerfabriken und den damit zusammenhängenden Nebengewerben eine Art Realberechtigung zu gewähren zur Ausbeutung des Inlandkonsums und der Gesamtheit der Steuerzahler, sowie einem Theil des Großgrundbesitzes in einseitiger Weise einen besonderen Vortheil zuzuwenden. Für Bayern speziell hat der Gesetzentwurf sowohl für die Allgemeinheit als für bestimmte Gewerbe mehr Nachteile als Vortheile im Gefolge.

Zur Ergänzung der von uns reproduzierten Meldung des Wollfischen Bureau über die Debatte tragen wir aus dem ausführlichen Berichte unseres Korrespondenten folgendes nach: Grillenberger führte aus: Es handle sich hier nicht um eine Kompetenzverschiebung, sondern lediglich darum, dem Reichstag und dem Bundesrathe die Arbeit zu erleichtern und der Regierung Gelegenheit zu geben, die Beunruhigung im Volke zu beseitigen und zu erklären, daß sie nicht geneigt ist, zu dem neuen Steuergesetz auf die Taschen der Gesamtheit der Steuerzahler ihre Zustimmung zu geben zu Gunsten einer verschwindenden Minderheit von Zuckerfabrikanten und Nebengewerben. Bei der Beurtheilung ihrer Haltung zur Linienvorlage werde die Regierung wohl sich die Lehre zu nütze gezogen haben, daß es ersprießlich sei, wenn derartige Schritte von ihr vorher im Landtage einer Besprechung unterzogen werden. Es handle sich bei der Zuckersteuer, welche zum großen Theil die minderbemittelte Bevölkerung belastet, und weiter um den Ausbau jener von Bismarck inaugurierten Steuerpolitik, welche darauf hinausläuft, Millionäre zu züchten. Bei der ganzen Art, wie diese Besteuerung in Szene gesetzt werden soll, liegt der Verdacht nahe, daß es sich darum handle, auf Umwegen einen Theil der berühmten Finanzreform auszuführen. Und bei der Zuneigung des bayerischen Finanzministers zu jenen Projekten sei Anlaß genug gegeben, die Regierung zu interpellieren. Der Bundesrathe sei zudem nicht nur eine Vertretung der Bundesstaaten, sondern auch der Bundesstämme. Unser Genosse schließt seine detaillierten und instruktiven Ausführungen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Regierung eine befriedigende Auskunft ertheilen werde.

Minister v. Crailsheim erklärt, daß die bayerische Regierung heute noch nicht in der Lage ist, sich definitiv über ihre Stellung zu dem in Rede stehenden Gesetzentwurf zu erklären. Die Regierung werde zwar „im Interesse einer Erleichterung des Zuckerverkehrs“ wie bisher immer für Herabminderung und Beseitigung der Prämien eintreten, aber sie müsse im Auge behalten, daß, wenn Bayern auch an der deutschen Nebenzuckerproduktion nicht in hervorragendem Maße theilhaftig ist, doch die bayerischen Interessen und insbesondere auch die bayerische Landwirtschaft und Viehzucht indirekt unter einem empfindlichen Rückgange der Nebenzucker-Industrie zu leiden hätte. Hinsichtlich der zweiten Frage bezieht sich der Minister auf die am 23. November 1893 gelegentlich der Verathung eines Antrags Vollmar abgegebene Erklärung, daß die Regierung „bereit sei, die innerhalb des Landtages bestehenden Auslassungen über Reichsangelegenheiten zu vernehmen und in den Kreis ihrer Erwägungen zu ziehen, daß sie aber auf die ihr verfassungsmäßig zukommende Selbständigkeit und Freiheit der Entscheidung in Bundesraths-Angelegenheiten nicht verzichten könne.“ — Stauffenberg (fr.) hält die leichtgedruckte Ansicht der Regierung (bez. der Kompetenz des Landtages) für richtig. Die projektirte Steuer sei eine zweifelhafte Maßregel. Das Prospekt, welches die Reichskasse nebenbei zu machen gedenke, werde äußerst gering sein. So wie das Projekt jetzt liege, halte er es für ein höchst gefährliches Experiment, das weite Kreise des Volkes nur zu schädigen geeignet sei. Dr. Mahinger (Wd.) hält die zu besprechende Zuckersteuer-Vorlage für eine Ungeheuerlichkeit, sie involviere einen ungeheuerlichen Eingriff in die Preisbildung. Das Bayern an Exportprämien für die norddeutschen Zuckerbarone geleistet, überschreite weit die Kriegsschaden-Entschädigung von 1866. Finanzminister Riedel: Er habe keine Ursache, den Gesetzentwurf zu vertheidigen, aber er müsse dagegen protestieren, daß ihm unantere Motive unterschoben werden. Es handle sich nicht darum, Millionäre zu züchten. Orterer (B.): Die Regierung hat die Pflicht, die Meinung des Landtages in wichtigen Fragen zu hören und ihr Verhalten im Bundesrathe der Meinung der Mehrheit gemäß einzurichten. Man solle eine Mittellinie suchen, welche aber keineswegs eine Erhöhung der Prämien sein dürfe. Die bayerische Regierung müsse daher mit der äußersten Vorsicht vorgehen. — Grillenberger konstatirt in seinem Schlußwort, aus den Reden der einzelnen Fraktionen-Wortführer sei hervorgegangen, daß die Stimmung im Volke eine die Zuckersteuer-Projekte ablehnende sei. Und er sprach das dringende Ersuchen aus, daß die Regierung das, was sie hier gehört, auch im Bundesrathe beherzigen möge. Die jetzt ertheilte Antwort sei weder gehalten noch gestochen. An 500 Millionen seien bis jetzt durch die Prämien aus den Taschen der deutschen Steuerzahler geschöpft worden; das sei Grund genug, um endlich einmal mit der geltenden Zuckersteuer-Gesetzgebung reinen Tisch zu machen.

München, 10. Dezember. Kammer der Abgeordneten. Die Breslauer Staatsanwaltschaft hat die Genehmigung zur Strafverfolgung der in Breslau erscheinenden „Volkswacht“ wegen Beleidigung der bayerischen Kammer der Abgeordneten nachgesucht. Die Kammer begann die Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung einer staatlichen Viehverversicherungs-Anstalt. In der Generaldiskussion begrüßten Redner aller Parteien den Entwurf mit Freuden als ein weiteres Mittel, die Interessen der Landwirtschaft zu fördern. Nach Erledigung der gegenwärtigen Vorlage werde auch die Pferdeversicherung in Angriff genommen werden. — In der Spezialdiskussion wurde dann noch längerer Debatte der grundlegende Artikel I in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Gerichts-Beilage.

Aus Mannheim berichtet die dortige „Volkstimme“: Wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ und „Aufheißung“ stand am Sonnabend Genosse Säcklin vor dem hiesigen Schöffengericht. Er hatte einem Steuerbeamten gegenüber, der in seinen Geschäftslokalitäten einen bei ihm bediensteten Aufseher wegen rückständiger Steuer pfänden wollte, mit Recht bemerkt, er solle derartige Geschäfte nicht in seinem Laden, sondern in der Privatwohnung des zu Pfändenden besorgen, eventuell sich einen Arrest auf das Gehalt des Zuckerschneiders erwirken und dann bei ihm im Geschäft die rückständige Steuer erheben, aber eine Pfändung im Geschäft selbst könne er (Säcklin) nicht zugeben, daß sei eine Störung des Ge-

schäft, gegen die er sich verwahren müsse. Als der Steuerbeamte in seinem Amtseifer von seinem durch das Gesetz tatsächlich nicht gerechtfertigten Vorhaben nicht abstand, machte Sühnd von seinem Hausrecht Gebrauch und forderte den Beamten auf, seinen Laden zu verlassen. Der Beamte kam dieser Aufforderung nicht nach, worauf Sühnd einen Schuhmann herbeirief und diesen ersuchte, den Beamten aus dem Laden zu weisen. So weit war Genosse Sühnd in seinem vollen Recht und er wurde auch wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Aufstörung freigesprochen, aber wegen Beleidigung mit 50 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er bei Herbeirufung des Schuhmanns einen beleidigenden Ausdruck gegen die Person des Steuerbeamten gebraucht haben soll, wie ein damals zufällig vorbeigehender Landbürgermeister gehört haben will. Eine Klage wegen Hausfriedensbruch, die Genosse Sühnd gegen den Gerichtsvollzieher angestrengt hat, weil derselbe trotz mehrmaliger Aufforderung das Ladenlokal nicht verließ, trotzdem er in demselben in amtlicher Eigenschaft nichts zu suchen hatte, steht in dieser Angelegenheit noch zum Termin. Der Ausgang derselben ist von prinzipieller Bedeutung. Denn bekommt der Gerichtsvollzieher recht, so kann künftig jeder Arbeiter, der noch irgend welche Steuer schuldet oder sonst gepfändet werden soll, auf seinem Arbeitsplatz und in aller Öffentlichkeit vor seinen Arbeitskameraden von dem Gerichtsvollzieher heimgesucht werden, was doch etwas zu weit geht.

Eine Konfiskation eigener Art war es, welche der Strafsekat des Kammergerichts in seiner letzten Sitzung aussprach. Es handelte sich um 400 Wachteln, die schon längst nicht mehr im Besitze irgend jemandes sind. Die Thiere waren während der Schonzeit von Italien in Deutschland (Berlin) eingeführt worden, die Polizei hatte sie dann in Empfang genommen und auf dem Tempelhofer Felde in Freiheit gesetzt. Das Schöffengericht war darauf den Anträge der Staatsanwaltschaft gefolgt und hatte die behördliche Einziehung der Wachteln ausgesprochen, während das Landgericht als Berufungsinstanz das Verfahren einstellte, weil sich Wachteln, die längst verschwunden seien, nicht konfiszieren ließen. Das Kammergericht gab der Revision gegen dies Urteil statt und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück. Die Konfiskation könne auch noch ausgesprochen werden, wenn das zu konfiszierende nicht mehr im Besitze einer Person sei. Der Vorinstanz wurde anheimgegeben, festzustellen, ob die Wachteln nach Ablauf der ersten 14 Tage der Schonzeit während derselben freigelassen seien. In diesem Falle wäre nach § 7 des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870 die Beschlagnahme gerechtfertigt.

Versammlungen.

Was lehren und die jüngsten Polizeimahregeln und die neuesten richterlichen Urteile in Beziehung auf die Gewerkschaften? Diese Frage behandelte Theodor Redner in einem Vortrage, den er am 9. Dezember in einer öffentlichen Klemmer-Versammlung hielt. Der Redner entwarf ein Bild all' der Drangsalierungen, denen die Arbeiterbewegung bis jetzt ausgesetzt war, und gab der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck, daß, wie die Arbeiterchaft bisher immer als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen sei, dies auch für die Zukunft sein werde! „Ausnahmemaßregel gegen die Sozialdemokratie!“ — so sei in die Welt hinausgerufen worden, als ein Hölle und Mord ihre wahnwitzigen Thaten begangen hätten; als Ausnahmemaßregel gegen die gesamte, auch gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hätte sich aber die Haupt- und Staatsaktion des Sozialistengesetzes in der Praxis erwiesen. Das dürfte jetzt nicht vergessen werden. So wie das Ausnahmengesetz gegen jede selbständige Bewegung des werktätigen Volkes verwendet worden sei, werde die Gewerkschaftsbewegung auch die neuesten Praktiken der Behörden, die neuesten Auslegungen des Vereinsgesetzes voranschreiten zu fühlen bekommen, müsse sie zum Teil doch schon jetzt darunter leiden. Redner erinnerte dabei daran, daß jetzt der Auftragsparagraf sogar auf gewerkschaftliche Aufrufe, wie: „Zusug ist ferngehalten“, angewendet wird. Sollte diese Praxis allgemein werden, dann wäre das Koalitionsrecht, das der § 162 der Gewerbe-Ordnung den Arbeitern wie Unternehmern verleiht, für die Arbeiter nur noch todter Buchstabe auf wertlohem Papier. Den mit schwarzen Listen operierenden Unternehmern dagegen werde nichts in den Weg gelegt. Dem gegenüber gebe es für die Arbeiter nur die eine Parole: sich zu organisieren und zu agitieren. Alle Kleinlichen Bedenken müßten fallen gelassen und nur der eine Gedanke im Auge behalten werden, das Solidaritätsgefühl zu pflegen. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach kurzer zusammenfassender Debatte ging man zur Besprechung der in den Werksstätten und auf den Bantzen herrschenden Verhältnisse über, bei deren Erörterung die Notwendigkeit der Organisation um jeden Preis betont wurde. Alle Redner verhielten sich abhöflich, den Streit um die beste Organisationsform anzuführen, so daß die Versammlung würdig verlief. Durch eine Resolution wurde schließlich der Vertrauensmann der Klemmer beauftragt, alle vier Wochen eine öffentliche Klemmer-Versammlung einzuberufen.

Zu der öffentlichen Versammlung der Schneider und Näherinnen aller Branchen, die am 6. Dezember in der Berliner Ressource tagte, berichtete Timm kurz über den Verlauf der in Ertur abgehaltenen Konferenz der Konfektionschneider und Näherinnen Deutschlands, von deren Beratungen die Arbeiterchaft schon durch die Partei- und Gewerkschaftspresse hinreichend unterrichtet ist. Wegen des in Aussicht stehenden Kampfes zwischen den Konfektionsarbeitern und Unternehmern nahm der Referent dann Gelegenheit, einige dunkle Gefallen zu skizzieren, die stets der ersten Situation auftauchen und diese im Interesse der Unternehmer oder auch für ihre eigene Person nach Möglichkeit auszunutzen suchten. Veranlassung dazu gebe ihm der Umstand, daß das Sprachorgan des Herrn von Stumm, die „Post“, seine Spalten jenen Elementen in weitem Maße geöffnet habe. Zuerst handelte es sich um die beiden von der Erturter Konferenz ausgewiesenen Delegierten der lokalen Richtung, Schmidt und Wiefemann. Schmidt habe früher dem deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbande angehört. Für einige Monate sei er mit der Bureauführung des Arbeitsnachweises beauftragt worden, als dessen händiger Leiter mußte er eine politische Strafe verbüßen. In dieser Eigenschaft sei ihm auch die Leitung eines Verbands-Stiftungsfestes anvertraut worden; zur Abrechnung darüber sei er aber erst mit größter Mühe, nachdem fast ein Jahr vergangen, zu bewegen gewesen. 15 Sitzungen hätten deshalb andernannt werden müssen und unzählige Male sei die zur Regelung der Angelegenheit eingesetzte Kommission genarrt worden; auf Drängen nach Abrechnung wären von Schmidt die unfähigsten Briefe eingelaufen, bis schließlich eine Verbandsversammlung einstimmig beschlossen habe, gegen Schmidt die Staatsanwaltschaft anzurufen. Darauf habe Schmidt wegen angeblicher „Erpressung“ gegen die auf Abrechnung Dringenden vorgehen wollen, sich aber schließlich klugerweise bequemt, durch sofortige vorläufige Deponierung von 50 Mk., der die weitere Regelung folgte, dem Verlangen der Kollegen nachzukommen. Von den weiteren Verwandlungen, die Schmidt durchgemacht habe, sei noch hervorzuheben, daß bei der Erturter Konferenz von seinen früheren anarchofischen Freunden eine Warnung eingegangen sei, worin er beschuldigt wäre, Beziehungen zur Polizei zu haben. Bekannt seien die Entwicklungsstadien Wiefemann's. Nachdem er bei der am 13. Januar in Berlin abgehaltenen Konferenz bereitwillig zugestanden worden sei, habe er in seiner Berichterstattung darüber die bündige Erklärung abgegeben, nicht eher ruhen zu wollen, bis der Verband vernichtet sei. Das Gebahren der Frauen Gubela und Dmoch sei unter der Arbeiterschaft ebenso stark

bekannt wie die Thatsache, daß der Frau Gubela durch verschiedene Schiedsgerichte jegliche Ehrenämter aberkannt wurden und daß Frau Dmoch bis heute noch nicht über die während der ehe-maligen Kellnerinnenbewegung vorgenommene öffentliche Sammlungs abrechnung habe. Diese Beleuchtung jener Gestalten sei, wie schon gesagt, zwingende Notwendigkeit angesichts des bevorstehenden Kampfes und zur Aufklärung der Arbeiterschaft. In der Diskussion erklärte sich Pfeiffer mit dem Anschluß Schmidt's und Wiefemann's von der Konferenz einverstanden; in Beziehung auf die von Timm angekündigte Reise Schmidt's gab Pfeiffer dahin weiteren Aufschluß, daß der nur selten arbeitende Schmidt eines schönen Tages plötzlich nach Amsterdam gereist sei, als er angenommen habe, in Konflikte mit seinen anarchofischen Gesinnungsgenossen verwickelt zu werden; als ihn jedoch die Mittheilung erreicht hätte, daß sich der Hauptbelastungszeuge gegen ihn hinter Schloß und Riegel befände, sei Schmidt schleunigst wieder zurückgekehrt. Außerdem war ebenfalls mit der Haltung der Konferenz einverstanden; im weiteren erklärte er es für ein trauriges Zeichen der Zeit, daß es jedem fragwürdigen Troddel gestattet sein könne, Versammlungen einzuberufen und darin christliche Arbeiter herunterzujagen, sowie der Arbeiterschaft und der Arbeiterpresse Insanien anzudichten, die natürlich niemand der zusammengetrommelten unwissenden Indifferenten zu widerlegen im Stande sei. Reichhaus-Ertur erklärte, daß er in Ertur nicht zu den Freunden des Beschlusses der Konferenz gehört habe, Schmidt und Wiefemann auszuschließen; nachdem, was er gehört, erkenne er jedoch jetzt an, daß die Konferenzmehrheit nur allzu recht mit dem Beschlusse hatte. Es sei durchaus verwerflich, daß Schmidt und Wiefemann in die gutgeleitete Bewegung einen Keil hineinzutreiben suchen; solche Leute sollten von der Arbeiterschaft konsequent isoliert werden. Witte ergänzte die Reihe der Dunkelgestalten durch Angabe über eine Frau Pieschmann. Im Schlusswort betonte Timm, daß die im Bericht der „Post“ über ihn enthaltenen Behauptungen von A bis Z erlogen seien und daß er dagegen für seine Behauptungen zahlreiche Beweise in Händen habe. Daraus wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Konferenz-Beschlüssen und mit der Stellung des Delegierten einverstanden, insbesondere erklärt sie ihr Einverständnis mit der Abweisung von Personen, deren ganze Vergangenheit und jegliche Stellungnahme nur auf Schädigung der Arbeiterinteressen gerichtet ist. Ferner spricht die Versammlung ihre volle Anerkennung über die Haltung des „Vorwärts“ aus, der, in Würdigung des schweren Kampfes, den die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungsbranche zu führen haben, energisch kämpft, trotz aller gemeinen Verdächtigungen und Querebieren zweifelhafter Personen. Die Versammlung verspricht, für die weitere Verbreitung unseres Arbeiterblattes umso mehr zu wirken.

Darauf wurde die Fünfer-Kommission durch Wahl des Kollegen Reising ergänzt, anstelle des ausgeschiedenen Bäckers Brandt. Bekannt wurde noch gemacht, daß die Potsdamer Filiale nächsten Sonntag ihr Stiftungsfest abhält, und daß dazu auch die Berliner Kollegenschaft eingeladen ist. Der Kranz-Vortrag wird nächsten Montag in der Oranienstr. 181 fortgesetzt und Mittwoch den 11. Dezember wird der Plautenberg in der Oranienstraße die Schlussberatung über den Tarif der Mäntelbranche vor sich gehen.

In der General-Versammlung des Fachvereins der Lederarbeiter (Vortrefflicher) berichtete am 2. Dezember d. J. Alb. Voigt über die Thätigkeit des Vereins. Dann machte er die den Kassenbericht vom letzten Quartal bekannt, wonach die Einnahme 129,10 Mk. und der Bestand vom letzten Quartal 41,40 Mk., die Gesamteinnahme also 170,50 Mk. betrug. Hier-von die Ausgabe im Betrage von 107,80 Mk. abgerechnet, bleibt ein Bestand von 62,70 Mk. Die Zahl der Mitglieder ist auf 215 ge-kliegen. Der Kassierer erhielt Decharge. Alb. Voigt berichtete über den Arbeitsnachweis. Danach wurden von den Arbeitern 51 Arbeitsstellen gemeldet und von den Arbeitern 29 gesucht. Erledigt konnten 19 Stellen werden. Bei den Ergänzungswahlen wurde Alb. Voigt vom 2. zum 1. Schriftführer gewählt. An-er zum 2. Schriftführer, Schambach und Dertel zu Beisitzern des Vorstands, Göritz und Winkelmann zu Revisoren, Wäsi für den Arbeitsnachweis. Zum Schluss schlug Göritz vor, im Februar einen Wiener Maskenball zu veranstalten; der Vorstand hat den Vorschlag zu prüfen.

Der Verband der Zimmerer (Zahlschele Berlin) ehrte in seiner regelmäßigen Mitgliederversammlung am Sonntag zu-nächst das Gedächtnis des verstorbenen langjährigen Mitgliedes J. Schmidt in der üblichen Weise. Sodann hielt Genosse Redner einen trefflichen Vortrag über: „Die Notwendigkeit der Verklärung der Arbeitszeit“, worin er die Verklärung der Arbeitszeit aus wirtschaftlichen, sanitären und sit-lichen Gründen befürwortete und mit der Aufforderung schloß, dahin zu wirken, daß die Arbeitszeit ge-fähig geregelt werde, wozu es auch nötig sei, geschlossen in Gewerkschaften zusammenzutreten, wie überhaupt das Solidaritäts-gefühl nach jeder Richtung hin zu pflegen. Aber nicht kleine Organisationen, sondern solche im weitesten Umfange, also große Organisationen müßten dem Kapital entgegengetreten werden. Der Redner erzielte reichen Beifall. In der Diskussion wurde auf die vielen Uebelstände des Zimmererberufs hingewiesen. Weiter theilte man mit, daß ein Kamerad, ein sogenannter Postengelle, dafür gefordert habe, daß Mann, die in den Arbeitspausen die anderen Kameraden zum Beitritt zur Organisation aufforderten, sofort unter dem Vorwand ihre Entlassung erhielten, es sei kein Material da. Auf Vorhalt der entlassenen Kameraden habe der Polier erklärt, daß der Postengelle der Denunziant sei und sie nur wegen ihrer Agitation entlassen worden wären. Betont wurde demgegenüber, daß man sich durch solche Vorurtheile nicht abschrecken lassen solle, zu agitieren; habe sich die Organisation bis jetzt in kurzer Zeit verdoppelt, so müsse man dafür sorgen, daß sie sich nochmals verdoppelt, und man werde dann für die Verklärung der Arbeitszeit mit Erfolg eintreten können. Kamerad Büchner wurde einstimmig zum Revisor gewählt. Nach Ge-ledigung mehrerer interner Angelegenheiten wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Die öffentliche Versammlung der Album- und Wapen-arbeiter, die zum 9. d. M. nach dem Pol'schen Vokal in der Adalbertstraße einberufen war, konnte wegen zu schwachen Be-suches nicht abgehalten werden. Die schwache Beteiligung hatte ihren Grund in der gleichzeitigen Tagung einer Orts-Kran-ken-laffen-Versammlung, wo Delegiertenwahlen vorzunehmen waren, welchen Umstand man bei Einberufung der Versammlung nicht berücksichtigt hatte.

Der Verband aller im Handels- und Transport-Ge-werbe beschäftigten Hilfsarbeiter, dessen Bureau und Ar-beitsnachweis sich Neue Grünst. 10, 1. Tr. befinden, hielt am 3. Dezember seine Mitgliederversammlung in der Berliner Ressource ab. Nachdem der Vorsitzende mitgeteilt hatte, daß seit der letzten Versammlung 75 Kollegen neu aufgenommen worden sind, und nachdem auf das bei Keller, Koppenstraße, am 1. Weihnachtstag stattfindende Familientest hingewiesen war, hielt Schriftführer Heinrich Schulz einen sehr beifällig ausgenommenen Vortrag über das Thema: Deutsche Zu-stände zur Zeit der französischen Revolution. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von verschiedenen Rednern ergänzt. Zu bemerken ist noch, daß der Vorsitzende bei Beginn des Vortrages Gelegenheit nahm, einen Herrn Gaffron — denselben Herrn, auf den im „Vorwärts“ bereits des öfteren aufmerksam gemacht wurde — aus dem Saale zu weisen. Verschiedene Bemerkungen aus der Versammlung ließen darauf schließen, daß dieser Herr Gaffron den Anwesenden seit längerer Zeit nicht von der ersten Seite bekannt war. Der Vorsitzende bemerkte, daß hier für Leute wie Gaffron kein

Platz sei. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Zustände auf dem Postamt 19 (Reuthstraße), theilte Kollege Kaphler mit, daß in dieser Angelegenheit bereits Nemebur geschaffen worden ist. (Es handelte sich um die bekannte Verordnung des Herrn Direktors Essenthal betreffs Aufstellung der Geschäftswagen vor der Post.) Da bei der Paketablieferung sowie Paket-abholung überall Uebelstände herrschen, die als sehr drückend empfunden werden, wobei besonders das Postamt in der Oranien-burgerstraße in Betracht kommt, wurde beschlossen, diese An-gelegenheit in einer großen öffentlichen Versammlung, die im Januar 1896 abgehalten werden soll, zu verhandeln, und man forderte die Kollegen auf, bis dahin recht viel Material zu be-sorgen. Zum Schluss wurden einige interne Angelegenheiten erörtert.

Zu Charlottenburg tagte am Montag eine Kommunal-wähler-Versammlung. Die zahlreiche Zuhörerschaft folgte mit Interesse einem Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Klee aus Magdeburg, der in klarer, eindringlicher Rede die be-kannten Forderungen der Sozialdemokraten in den städtischen Vertretungen erläuterte und schließlich die Parteigenossen er-mahnte, bei den Stichwahlen am Mittwoch auf dem Posten zu sein und sich nicht vor der öffentlichen Stimmabgabe zu fürchten, die doch höchstens nur einzelnen eine Maßregelung eintragen könne, aber nicht zu fürchten sei, wenn die Arbeiter Mann für Mann von ihrem Wählerrecht Gebrauch machen würden. In der Dis-kussion sprachen mehrere Redner in demselben Sinne, während durch Sellin und Götz ein von den Freisinnigen beab-sichtigtes Wahlmanöver aufgedeckt wurde, daß diese Herrn nicht im besten Lichte erscheinen läßt. Nach der Dar-stellung der beiden Redner hat ein Herr J. S. a. d. einem unserer Genossen folgenden Vorschlag gemacht: Wenn die Sozialdemo-kraten im 1. Bezirke, wo ein Freisinniger mit einem Kon-servativen in Stichwahl steht, für den Freisinnigen stimmen, dann würde Herr J. S. a. d. unseren Parteigenossen Material liefern, das geeignet wäre, den freisinnigen Kandidaten des 5. Bezirkes zu Fall zu bringen und unserm Genossen den Sieg zu verschaffen. Natürlich wurde dieser un-saubere Handel unsererseits entschieden zurückgewiesen und betont, daß wir nur, im Vertrauen auf unsere gute Sache, aus eigener Kraft siegen wollten und uns nie dazu hergeben würden, die schmutzige Wäsche der Herren vom Freisinn zu waschen. Wenn die Arbeiter bei der Stichwahl ihre Schuldigkeit thäten, dann würden unsere Kandidaten auch ohne solch verdächtiges Entgegenkommen von anderer Seite den Sieg erringen.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 11. Dezember 1895, abends 8½ Uhr. Gemüthliche Zusammenkunft der Schleswig-Holsteiner im Restaurant des Landmanns Saal, Markgrafen-straße 102.

Herrn Berliner Mechaniker. Mittwoch, den 11. Dezember 1895, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal Restaurant Perles, Neue Promenade 8. Tages-ordnung: 1. Nachtrag einer früheren Besprechung von H. v. N. 2. Vorführung einer neuen Maschine von H. v. N. 3. Besprechung der Maschinenbau-Verhältnisse. Eintritt am Mittwoch, Sade-Str. 12, 12.30 Uhr. Beginn abends 8 Uhr. Schluss 10½ Uhr. Die Besprechung findet zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Fest- und Pöckelstube. Mittwoch, Johann Jacob, bei Frau Wieg, Schwanenstraße 33. — Weinbrunnen, abends 8½ Uhr, bei Hofmann, Schwanenstraße 33. — Gleichzeit, abends 8½ Uhr bei Ström, Ritterstraße 123. — Keine, Mittwoch, abends 8½ Uhr, Fritsch, Friedrichstraße 60. — Gleichzeit, abends 8½ Uhr bei Frau, Fritsch, 1. — Theater- und Festklub Morgenrot, abends 8½ Uhr, im Restaurant, Fritsch, Fritsch, 1. — Sozialdemokratischer Agitationsklub Offen, abends 8½ Uhr, bei Frau, Fritsch, 1.

Arbeiter-Bürgerbund Berlin und Umgebung. Vorstands-Wahl. Mittwoch, 11. Dezember 1895, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal Restaurant Perles, Neue Promenade 8. Tages-ordnung: 1. Nachtrag einer früheren Besprechung von H. v. N. 2. Vorführung einer neuen Maschine von H. v. N. 3. Besprechung der Maschinenbau-Verhältnisse. Eintritt am Mittwoch, Sade-Str. 12, 12.30 Uhr. Beginn abends 8 Uhr. Schluss 10½ Uhr. Die Besprechung findet zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Hand der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. (Zu-sammenkunft am 11. Dezember 1895, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal Restaurant Perles, Neue Promenade 8. Tages-ordnung: 1. Nachtrag einer früheren Besprechung von H. v. N. 2. Vorführung einer neuen Maschine von H. v. N. 3. Besprechung der Maschinenbau-Verhältnisse. Eintritt am Mittwoch, Sade-Str. 12, 12.30 Uhr. Beginn abends 8 Uhr. Schluss 10½ Uhr. Die Besprechung findet zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

Viel Geld sparen

kann ein jeder, der sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen lässt, bevor zu den Weihnachts-Einkäufen geschritten wird, die mir zum Verkauf übergebenen 1100 Stück Kleiderstoffe und 500 Duzend Unterröcke in Augenschein zu nehmen. Der Verkauf dieser Waaren geschieht nur in den Separat-Abtheilungen meiner neu hinzugenommenen Verkaufsräume und dauert nur bis zum 15. Dezember.

Es bieten sich dadurch dem kaufenden Publikum die denkbar günstigsten Vortheile, gute praktische Weihnachts-Geschenke um mindestens

die Hälfte billiger einzukaufen als bisher.

240 Stück englische Stoffe, gute schwere Waare zu eleganten Straßenkleidern passend, 54 Mtr. 1,28 M.
155 Stück 115/120 ctm. breite Sammgarn-Cheviots, in allen Farben, reine Wolle, 87 1/2 Mtr. 39 M.
220 Stück schwere Körper-Beiges, nur in hellen Melangen, reine Wolle, doppelt-breit, 62 Mtr. 76 M.
160 Stück Kinder-Ärmchen, 60 ctm. breit, in den schönsten Stellungen, 39 Mtr. 62 M.
132 Stück Damentücher, in allen Farben, kräftige Waare, doppeltbreit, 76 Mtr. 39 M.
180 Stück schwarze reinwollene Cachemirs u. Jacquards, in den schönsten Dessins, doppeltbreit, 39 Mtr. 76 M.

Die Unterröcke sind in 3 verschiedene Posten getheilt und sind die Preise für:
Partie I. Große Körper-Unterröcke mit rundem Gurt, Schur, Stoßkanten, Volant und reicher Garnitur

bisheriger Preis 4,50—5,50, jetzt Stück 2,45 M.

Partie II. Größte reinwollene Unterröcke mit aufgesetztem Volant und reicher Garnitur,

bisheriger Preis 8,50—10,50, jetzt Stück 4,85 M.

Partie III. Größte schwarzseidene Unterröcke mit Flanellfutter, Volant u. reicher Spitzen-, und Sticher- u. Garnitur,

bisheriger Preis 14—18, jetzt Stück 6,95 M.

Proben werden von obenstehenden Artikeln nicht abgegeben, dagegen jeder Auftrag gewissenhaft ausgeführt. Nicht-Convenirendes wird auf meine Kosten zurückgenommen.

39392

Central-Haus D. Kirschner, Berlin SW.

Bellealliance-Strasse 101.

Tranringe

reell, Dufaten gestempelt 980.
2 Dufaten 22,50. 1 1/2 Dufaten 17,50.
Alle anderen Goldsachen ebenso reell.
Gegr. 1840. **Hugo Lemke, 1840.**
Auguststrasse Nr. 91, part.,
nahe der Oranienburger Strasse.

Honigkuchen.
Große Ausstellung von Honigkuchen, Christbaum-Konfekt, Marzipan u. Gales zu billigsten Preisen. **Hoher Rabatt.**
Ferner versende Christbaum-Konfekt in Kistchen à 2,50, 3.—, 3,50, passend zum Biederverkauf, geg. Nachn. Berlin, Landbergerstr. 79, am Alexanderplatz.

Glühwein-Extrakt,

hochfein à Literflasche 1,30 M., 5 Literflaschen 6 M. incl.
Punsch-Extrakt, Grog-Extrakt, à Literfl. 1,60 M., 5 Literfl. 7,50 M.
Ananas-Punsch, Burgunder-Punsch à Literfl. 3,50 M.
Cognac fine Champagne, Orig. Fl. 1/4 Liter incl. 3,50, 4,50, 5,50 M.
Echt Jamaica-Rum und Verschnitt Literfl. 2,10, 2,50, 3,10 M.
Rum No. 3, Imitation, à Literfl. 1,10 M., 5 Literfl. 5 M. incl.
Medicin. Ungarwein, 1/2 Ausbruch, beste Qualität, Literfl. 2,10, 5 Literfl. 9,25.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, ganz vorzügl., Literfl. 1,30 M.
Stachelbeerwein, 1 Literfl. 1 M. Heidelbeerwein Fl. 75 Pf.
Johannisbeerwein, herb, Fl. 60, süß 75 Pf. Ananas-Bowle Fl. 60 Pf.

Eugen Neumann & Co.

6a Belle-Alliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Niederlage: Potsdam, Waisenstr. 27.

Alle Neune

feinster Liqueur

pro Flasche Mk. 1,50

zu haben in allen besseren

Colonial- und Delikatessgeschäften.

Engros-Vertrieb nur durch **Welke & Krentziger,**

Inhaber: Hasse & Brunn,

Berlin C., Stralauerstrasse No. 23.

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, festhaltend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski, Spittelmarkt 13**

Knaben-Garderobe.

Oberwasserstraße 14, 2 Treppen,

soll das große Lager in guten Knaben-Anzügen, Paletots, Pelikinenmänteln, Roschanzügen etc., wegen Uebergabe der Fabrik, bis Weihnachten zu jedem annehmbaren Preise ausverkauft werden. Der Verkauf findet täglich von 10—4 Uhr statt.

1a. Blüthenhonig, garantiert reiner Bienenhonig (Schleuder- u. Bodenhonig), Postfakt 9 1/2 Pf., nur M. 5.—. Versandt franco Nachnahme. Goldschneidenhonig 80 Pf. à Pf. Verpackung frei! 25 Mal prämiert, viele hundert Anerkennungen. **Meyer's Zuckerei, Oberhede b. Walsrode.**

Große Betten 12 M.

(Chassis, Linsen, zwei Seiten mit gerüsteten neuen Federn bei Gustav Delling, Berlin N., Brünnstraße 40. Preisliste kostenlos.) **Die Anerkennungs-Scheine.**

Hackescher Markt 4. Eke Neue Promenade. J. Brunn Am Stadtbahnhof Börse.

Der **Weihnachts-Ausverkauf** ist eröffnet.
Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen!

Dr. Thompson's Seifenpulver

M^o ist das beste

und im Gebrauch billigste und bequemste

Waschmittel der Welt.

Weihnachtsgeschenke für vier Mark

zwei Cabinet und zehn Visittphotographien auch nach eingefandten Bildern, sowie Vergrößerungen, Gruppenbilder, Grab- u. Hausaufnahmen liefert billigst **W. K. Böhme, Photograph,** Berlin, Lindenstrasse 43, gegenüber der Zimmerstraße. Atelier auch Sonntags bis vier Uhr nachmittags geöffnet.

Bilz' Naturheilkunde

Nützlichstes Weihnachtsgeschenk. — Das bilz' Krankenbuch zur Selbstbehandlung einschließlich Kneippkur. Tausende aufgekurbelte Kranke wurden dadurch noch gerettet. 250 000 Expl. in vierzig Jahren verkauft. Nachdruck 1800 Selt., 250 000 Selt. Geb. M. 9.— durch Bilz' Verlag, Leipzig und alle Buchh.

Die altbekannte

Goldwaaren- und früher Brunnenstraße am Rosenthalerthor, Fabrik von Carl Lübow

befindet sich jetzt

Rosenthalerstraße 20/21 Gipsstraße.

Wie bekannt streng reelle und billige Bedienung. Reichhaltige Auswahl. — Reparaturen gut und billig.

Große Auswahl in Weihnachtsgeschenken.

S. Neumann's Central-Bazar.

1. Geschäft: Andreasstr. No. 62. 8852L*
2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. No. 90 (Ecke Markstraße).
Spielwaaren, Sur- und Galanteriewaaren, Puppen, Puppenbälle und -köpfe, Küchen- und Wirtschaftsgegenstände u. s. w.
Billigste Einkäufe für Biederverkäufer und Verloofungen.

C. Kunig, Inhaber: Wilhelm Koenitzer,
Potsdam, Brandenburgerstr. 43.

Billigste Bezugsquelle für **Strumpfwaren, Trikotagen und Strickgarne.**

Nur 1 Treppe! Unter Herstellungswert! Nur 1 Treppe!
800 Damen-Mäntel

verkauft als Restbestand: Abendmäntel (Seide watt., Pelzbesatz), früherer Preis 20—40, jetzt 8—20; Jackets, früherer Preis 12, 15—20, jetzt 5,50 bis 12.—; Capes, Kragen, Plüsch, nur fl. Stoffe, 5—40.—; Plüsch-Seal-Jackets, früherer Preis 85, 40—60, jetzt 15, 20—30; Regenmäntel 8—15. **Landbergerstr. 59 nur 1 Treppe (am Alexanderplatz).**
Sonntags bis 7 Uhr abends geöffnet!

17 zahme, nicht bissige, gut abgerichtete Frettchen, zum Rantchen jagen, sind zu verkaufen, unter Garantie. Paar 18 M.

Joh. Falkenberg,
Rammelsburg b. V., Türschmidtstr. 21.

Herren-Hüte 1,25 M.
Musterfächer, elegante Façons, verkauft die Fabrik im Komptoir Grüner Weg Nr. 2.
Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.

Goldwaaren-Industrie

Gelmonte & Co.

Eingelverkauft von Gold-, Silber-, Korall-, Granat-

Waaren, Uhren etc., da Er-

sparung der Bodenmiete, nur

Königsstr. 22, Hof part. r.

Möbel u. Polsterwaaren,

reelle Waare empf.

Franz Tutzauer,

Tischlermeister, 1896L*

Berlin SW., Glöcher-Strasse 14.

Herren-Hüte 1,25 M.

Musterfächer, elegante Façons, ver-

kauft die Fabrik im Komptoir Köppen-

Strasse Nr. 68.

Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.

Rum mit Fl. 1,00,

Cognac " " 1,50,

Punsch " " 1,50,

Glühwein " " 1,50,

Rothwein, " " 1,00,

Ungar, medic. " " 1,50,

per Liter 2,00.

88435*) **Beyer,**

Chausseestrasse 103.

Donnerstag, 12. Dezember, abends 8½ Uhr,
im großen Saale von **Keller**, Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Arthur Stadthagen**
über: „Die Stellung der Hausfrau und der erwerbstätigen
Frau im Entwurf zum bürgerlichen Gesetzbuch“. 2. Diskussion.
Zur Deckung der Kosten Zellerksammlung.
Um zahlreichen Besuch dieser, namentlich für Arbeiterinnen wichtigen
Versammlung ersucht

Lehrplan für das Winterhalbjahr
1895/96.

Südost-Schule, Waldemarstrasse No. 14.	Nord-Schule, Müllerstrasse No. 179a.
Montag: Öffentliche Gesundheitspflege. (Boden, Trinkwasser - Versorgung, Städtereinigung, Wohnungshygiene, Vollbäder, Nahrungsmittel etc.) Herr Dr. Heymann.	Montag: Nationalökonomie (wie in der Südost- Schule). Herr Dr. A. Bernstein.
Dienstag: Kein Unterricht.	Dienstag: Kein Unterricht.
Mittwoch: Geschichte. (Mittelalter. Die alten Deutschen. Völkerwanderung. Kirche und Staat. Mohammedanisch-arabische Kulturperiode. Feudalismus und Zunftwesen.) Herr Dr. Pinn.	Mittwoch: Deutsch (wie in der Südost-Schule). Herr Heinrich Schulz.
Donnerstag: Deutsch. (Sektüre. Anfertigung von Aufsätzen.) Herr Heinrich Schulz.	Donnerstag: Öffentliche Gesundheitspflege (wie in der Südost-Schule). Herr Dr. Weyl.
Freitag: Herr Heinrich Schulz.	Freitag: Geschichte (wie in der Südost-Schule). Herr Dr. Pinn.
Sonabend: National-Ökonomie. (Die Marx- Engels'schen Lehren. Werth, Mehr- werth, Kapital.) Herr Dr. A. Bernstein.	Sonabend: Nachbereitung. Herr Heinrich Schulz.

Der Unterricht beginnt pünktlich um 9 Uhr abends und endet pünktlich um 10¹/₂ Uhr.

Die Schulräume sind täglich von 8 Uhr abends an geöffnet (Sonntags 10—12 Uhr), um den Mitgliedern Gelegenheit zur Benutzung des Zeitungs-, Zeitschriften- und Büchermaterials zu geben. Es liegen in beiden Schulen fast sämtliche proletarischen, sowie die wichtigsten bürgerlichen Tageszeitungen, außerdem eine große Anzahl von wissenschaftlichen Revuen, Fachschriften, Gewerkschafts- und Volksblätter aus.

In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen Versammlungen abgehalten, in denen wichtige Fragen allgemeinen Interesses in populär-wissenschaftlicher Weise erörtert werden. Unter joch'undiger Leitung werden ferner wissenschaftliche, künstlerische und gemeinnützige Institute beschäftigt, um neben der speziellen Ausbildung unserer Mitglieder auch für ihre allgemeine Bildung zu sorgen.

Der Mitgliedsbeitrag, sowie das Unterrichtsgeld für jedes Unterrichtsfach beträgt monatlich je 25 Pf. Aufnahme neuer Mitglieder (am besten bei Beginn jedes Semesters) sowie die Zahlung der Beiträge erfolgt in beiden Schulen und in den nachstehend verzeichneten Zahlstellen:

S. Schöning, Staßschreiberstr. 29.	N. Nord-Schule, Müdderstr. 179a. Gnaadt, Putzbußerstr. 32. Gleisner, Müdderstr. 7a. Wernau, Rosenthalerstr. 57.
SO. Südost-Schule, Waldemarstr. 14. Schulz, Admiralstr. 40a.	NO. Mamlok, Barnimstr. 42.
SW. Grube, Mariendorferstr. 5. Windhorst, Junkerstr. 1.	NW. Löffler, Stendalerstr. 12.
O. Owczarek, Langestr. 65.	W. Werner, Bülowstr. 59.

Der Vorstand.
NB. Alle Briefe, Aufträgen und Zusendungen etc. sind an den Vor-
sitzenden, Schriftsteller **Heinrich Schulz**, Berlin S. O. 10, Kaiser-Franz-
Grenadierplatz 7, alle Geldsendungen an den Kassirer **H. Königs**, Berlin S. 59,
Dieffenbachstr. 30, zu richten. 4/16

Louis Keller's Festsäle,
Sonabend, den 14. Dezember 1895:

veranstaltet von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmänner
Berlins und Umgegend (Direktion: **Gustav Grass**).
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 25 Pfennig.
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** 63/5

Jeden Morgen von 1/28 Uhr ab
Verkauf von Rindenfett, Linsen, Knochenfleisch, Schinken-
knochen, Schinkenped, Blut- und Leberwurst sowie allen
übrigen Fleisch- u. Wurstwaren zu äußersten Engrospreisen.
Wurstfabrik mit Dampfbesrieb,
Wilhelmstraße 56, Hof rechts. 1739b

In Berlin
einzige
Verkaufs-



Stelle einer
Rathenower
opt. Fabrik.

Bei Bedarf optischer Waaren, als alle Sorten Brillen, Klemmer, Operngläser, Perspective, Krimstecher, Fernrohre, Stereoskope, Pantoscope, Lupen, Lesegläser, Laterna magica, Thermometer, Barometer u. s. w. empfehle meine Verkaufsstelle

Brunnenstrasse 1, Eingang Weinbergsweg.
Meine Verkaufsstelle bietet für ganz Berlin die einzige Gelegenheit, optische Waaren direct ab **Rathenower Fabrik** zu kaufen, daher **beste Waaren, billiger** als bei Händlern, französische und Nürnberger Fabrikate.
K. W. Stein, Optische Fabrik, Rathenow.

Verantwortlicher Redakteur: **Heinrich Runert**, Schöneberg, Berlin. 35

Ang. Deutsch. Tapezirer-Verein
(Filiale Berlin).

Mittwoch, den 11. Dezember, abends
8½ Uhr, im Restaurant Zubeil,
Lindenstr. 106:

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten (Organfrage). 4. Verschiedenes und Fragekasten. 177/12
Am zahlreichen und pünktlichen Erscheinen ersucht Der Bevollmächtigte.

Ersteht nur diesmal.

 Von einer Lieferung
 durchgebildete
 2000 Stück sogenannte
Armeer-
Pferde-Decken
 werden wegen vermehrter, (nicht ganz
 sonder) ausgeführter Bestells zum Ver-
 billigen Preise von Mt. 4.50 per Stück
 direct an Kaufwache abgegeben.
 Diese decken — unverschie-
 denen — Decken halt waren wie
 ein Fels, ca. 130 x 180 cm groß, (als
 beinahe das ganze Pferd bedecken), dunk-
 elbraun mit beseitigen Räubern und
 4 kleinen Streifen (Bordüre) versehen
 R. Vohren
engl. Sport-
Pferde-Decken,
 goldgelb und erdgelb, Größe ca.
 160 x 205 — demselben halbrounden 4
 streifen Streifen versehen, offerire wegen
 ganz geringem (aus vom Kaufmann
 merkbarem) Mischelr 4 Mt. 8.25 per
 Stück, laut Mt. 15.—
 Erstlich angedachte Bestellungen,
 welche nur gegen Vorkaufensordr oder
 Remittanz des Betrages anstandslos
 werden, an den General-Comptoir der
 „Verenigten Kaufmanns-Gesellsch.“
 G. Neuberger, Berlin W., Leipziger-
 straße 115.
 Der NN für nicht Zufandes
 verpflichtet ich mich, den erlösten
 Betrag zurückzugeben.

Weberstr. 16 u. 39312*
Gerichtsstr.
31.
Backbutter
à Pfd. 80 u. 90 Pf.
Tafelbutter
à Pfd. M. 1.-

Achtung!
Küchen-Einrichtungen.
 Eisernes oder Emaille-Geschirre,
 Messer, Gabeln, Löffel, Glas und Por-
 zellan, Bürsten, sowie sämtliche
 Completirungsartikel f. Haus u. Küche
 kaufen Sie am billigsten im
Bürgerlichen Kaufhaus
G. Gerstel 3856L*
 für den Südwesten:
 100 Belle-Alliance Straße 100,
 für den Norden:
 105 b Friedrichstraße 105 b
 an der Weidendammer Brücke.

„Vorwärts“.
Beliebter [38548]
Berliner Bitter.
R. Hubert,
W., Göbenstraße 21.

**Selten
günstige
Gelegenheit!**

Nur einmaliges Inserat!
So lange der Vorrath reicht,
versende unter Nachnahme
nach allen deutschen Postorten
**für nur 4 Mark
6 Meter**
doppeltbreit Damenduch zu
einem vollständigen Kostüme,
in Farben: blau, grün, bor-
deaux, grau und braun. Nur
sofortige Bestellungen
werden erledigt. &
Versandgeschäft
Carl Hoffmann,
Herborn in Nassau.

Sophapläusch-
Reste
 in glatt, gepresst und ge-
 webten Qualitäten, auch
 edel Friso und Moquet,
 enthaltend 6 bis 22 Meter,
 spottbillig! Muster franco!
 Abgepackt Satteltaschen sehr
 hochelegante billig.
 Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

den Inseratentheil verantwortlich: T.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser

Donnerstag, den 12. Dezember, abends 9 Uhr,
im Tonisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37:
Ausserordentliche Vereins-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Regelung der Angelegenheiten betr. die Firma
Maurer u. Dimmich. 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Donnerstag, 12. Dezember, abends 8 Uhr, bei Herrn Gold,
Große Frankfurterstr. 133:

Vertrauensmänner-Versammlung für den Ofen.
Tages-Ordnung:
 1. Besprechung über „Lohn- und Arbeitsverhältnisse“. 2. Was fordern wir?
 Es ist Pflicht der Verbandskollegen, das sämtliche Werkstätten des
 Ofens vertreten sind.
 799 **Die Ortsverwaltung.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe
 Berlins und Umgegend.
 Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr,
 im Lokal des Kollegen Henke, Rannhustr. 27:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Vereins-Syndikus Dr. Schöps über „Ertheilung von Schenk- und Singspiel-Konzessionen in Berlin und den Vororten“.
2. Diskussion. 69/3
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der Vorstand. Im Auftrage: C. Behrend.

Allgemeiner Verein der Töpfer
und Berufsgenossen Deutschlands. — (Zentrale Berlin).
Donnerstag, den 12. d. M., abends 7 Uhr,
im Lokal des Herrn Wernau, Rosenthalerstr. 57:
Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Max Kiesel** über die Chartistenbewegung. 2. Diskussion und Verschiedenes.
Gäste sind willkommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Schöneberg. Achtung!
Donnerstag, 12. Dezember, abends 7½ Uhr, im Saale des Herrn **Obst,**
(Grosses Hof)

Gr. öffentl. sozialdemokrat. Volksversammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Regierungs-Beamten **Kessler:**
Die Stellung der Sozialdemokratie in neuester Zeit. 2. Diskussion, 3. Ver-
schiedenheit.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellerersammlung statt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Arbeiter-Verkehrs-Almanach für Berlin und Umgebung.
Winter-Ausgabe 1935/36. Mit einem Plan von Berlin. Preis 20 Pf.
Enthaltend die neuesten Fahrpläne, Adressen der Organisationen u. s. w.
Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kioskpresse und Zeitungs-
spezialisten, sowie vom Verlage: **Hans Baake, Berlin S., City-Passage**

Lothringer-
Str. 28/29

Ecke der
Christinen-
strasse.

Echte Rathenower Stahlbrillen und Pincenez Mk. 1.00.
Feinste Ia Mk. 2.00, Ia Nickel Mk. 2.50.
Operngläser, fein achromatisch, Mt. 6.50. Beste Marke
Erika" Mt. 12.— mit Lederriem u. Riemen. Laterna magica mit 48 An-
sichten 5 Mk. Kleine Eisenbahnen, Dampfmaschinen mit Spiritusheizung
sowie sämtliche elektrische Bestandtheile zu enorm billigen Preisen.
Preislisten gratis und franco.



Musik-Instrumente.

Größtes Lager in Zithern, Violinen,
Gitarren, Mandolinen, Harmonikas u.
den größten bis kleinsten. Album m.
Musik, sowie sämtliche Musikwerke zum
Drehen und selbstspielend empfiehlt
Aug. Kessler, Saufherstr. 52.



Carl Scholz, Brangelsstraße 32.
Zum bevorstehenden **Weihnachtsfeste** empfehle zu **Geschenken** als vorzüglich geeignet: **Bilder von Lassalle, Marx, Engels** mit und ohne Rahmen. **Sozialdemokratische Siansprüche** etc. **Photographien** in **Rabinet** und **Vistite**, **Büsten** etc. Als **Prachtgeschenk** ganz besonders zu empfehlen: **Der erste Mai** in **sauberster** **Einrahmung**. 36692.
Großes Lager von **Delgemälden**, **Stahl**- und **Kupferstichen**, **Landchaften** **compl.** zu **billigen** **Preisen**. **Weihnachtsbestellungen** bitte so **bald** wie **möglich** zu **machen**. **Nach** **außwärts** gegen **Nachnahme**.
(Grosch's Lager, Brangelsstraße 32.)

Großes Lager fertiger Rahmen.

Album- und Lederwaren-Fabrik
O. Gundau, 8945L.
30 Granienstraße 30,
Ecke Adalbertstraße,
empfiehlt sein großes Lager aller Arten
Lederwaren und Schmucksachen, wie
Portes, Ohrringe, Armbänder, Colliers,
Ringe, Uhrentetten, Kästchen u. zu den
billigsten Preisen. — Zigarren-Caschen
in Echaleder mit Silber- und Gold-
Monogrammen von 1,25 Mark an.

Stoße in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.